

3. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 18. November 2009

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	32	3. Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	
1. Regierungserklärung		Gesetzentwurf der Landesregierung	
Ministerpräsident Platzeck	32	Drucksache 5/31	
Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)	40	<u>1. Lesung</u>	81
Dr. Woidke (SPD)	48		
Goetz (FDP)	52	4. Wahl eines Mitgliedes des Präsidiums	
Frau Kaiser (DIE LINKE)	55	Antrag mit Wahlvorschlag der Fraktion der SPD	
Vogel (GRÜNE/B90)	63	Drucksache 5/50	81
Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)	68		
Dr. Woidke (SPD)	68		
Goetz (FDP)	69		
Frau von Halem (GRÜNE/B90)	69		
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	71		
2. Gesetz über die elektronische Ausfertigung und Verkündung von Gesetzen und Rechtsverordnungen des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Ausfertigungs- und Verkündungsgesetz - BbgAusfVerkG)			
Gesetzentwurf des Präsidenten		Anlage	
Drucksache 5/29		Gefasster Beschluss	82
<u>1. Lesung</u>	73		
Präsident Fritsch	73		
Holzschuher (SPD)	74		
Eichelbaum (CDU)	74		
Frau Mächtig (DIE LINKE)	75		
Goetz (FDP)	76		
Schulze (SPD)	77		
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	79		
Minister der Justiz Dr. Schöneburg	80		

Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 3. Sitzung des Landtages Brandenburg in seiner 5. Wahlperiode.

Unter unseren Gästen begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Stadtschule Altlandsberg. Herzlich willkommen in Potsdam!

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich Ihnen Folgendes mitzuteilen:

Auf ihr Mandat im Landtag Brandenburg verzichtet haben Herr Martin Gorholt mit Ablauf des 6. November 2009 und Frau Tina Fischer mit Ablauf des 9. November 2009. Der Landeswahlleiter hat mitgeteilt, dass Frau Barbara Hackenschmidt mit Wirkung vom 7. November 2009 sowie Frau Kerstin Kircheis mit Wirkung vom 10. November 2009 Mitglieder des Landtages geworden sind. Frau Hackenschmidt und Frau Kircheis gehören der SPD-Fraktion an.

Die SPD-Fraktion hat mitgeteilt, dass sie am 11. November 2009 den Abgeordneten Dr. Dietmar Woidke als Vorsitzenden sowie die Abgeordnete Klara Geywitz als Parlamentarische Geschäftsführerin gewählt hat. Darüber hinaus wurden die Abgeordneten Martina Gregor-Ness, Susanne Melior, Sylvia Lehmann, Mike Bischoff und Ralf Holzschuher in den Fraktionsvorstand und somit zugleich zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Frau Dr. Ludwig darf ich einen Glückwunsch aussprechen. Sie hatte den Mut, an einem Freitag, dem 13. zu heiraten. Toi, toi, toi!

(Allgemeiner Beifall)

Damit heißt sie nicht mehr Frau Dr. Funck.

Gibt es zu der Tagesordnung Bemerkungen? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zur Tagesordnung. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung

Das Wort erhält als Erstes der Herr Ministerpräsident. Bitte, Herr Platzeck.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Dr. Ludwig, auch von mir herzlichen Glückwunsch zur Hochzeit. Ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung sagen: Das ist auch nach über einem Jahr noch schön.

(Heiterkeit)

Viel Freude in dem neuen Lebensabschnitt!

Meine Damen und Herren! Die neue Brandenburger Regierung hat ihre Arbeit im Dienste aller Bürgerinnen und Bürger des Landes aufgenommen. Fast zwei Jahrzehnte nach der Wieder-

gründung unseres Landes tragen damit die SPD und DIE LINKE in Brandenburg erstmals gemeinsam Verantwortung für unser Land.

Gemeinsam Verantwortung tragen für Brandenburg - die Formulierung beschreibt gleichzeitig, was diese Regierungskoalition von ihrer Vorgängerin nicht unterscheidet. Die Partner der bisherigen Koalition haben gemeinsam Verantwortung getragen. Auch beide Partner der neuen Landesregierung sind sich bewusst, was Verantwortung in schwierigen Zeiten bedeutet.

Wer Regierungsverantwortung übernimmt, kann nicht so etwas wie eine weiße Wundersalbe verschreiben, die alle Probleme auf der Stelle löst. Wer Regierungsverantwortung übernimmt - egal, aus welcher politischen Richtung er kommt -, der muss und will zuvörderst für einen soliden Haushalt sorgen und kann nicht gleichzeitig nach Steuersenkungen, Investitionen überall und Haushaltskonsolidierung rufen. Wer Verantwortung übernimmt, muss sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Er muss für gute Bildung für alle von Anfang an ebenso sorgen wie für eine sichere und zunehmend klimafreundliche Energieversorgung. Regierungsverantwortung zu tragen heißt also, Ziele zu definieren, Strategien zu entwickeln und dann für deren Verwirklichung zu kämpfen. Eine verantwortungsbewusst handelnde Regierung kann nicht, darf nicht und wird nicht alles zugleich versprechen. Ehrlich sagen, was geht, aber auch ehrlich sagen, was nicht geht - das ist verantwortungsbewusst, auch wenn es zuweilen als Beschränkung oder gar Belastung empfunden werden kann.

Beide Partner dieser Regierung haben sich gemeinsam für das Prinzip Verantwortung entschieden. Wir haben das getan, damit unser Land erfolgreich auf dem bisher Erreichten aufbauen, die gegenwärtige Wirtschaftskrise meistern und seinen Weg in eine gute Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger fortsetzen kann.

Meine Damen und Herren! Die bisherige Landesregierung handelte unter der Überschrift „Erneuerung aus eigener Kraft“. Das Handeln der neuen Regierung orientiert sich an dem Motto „Gemeinsinn und Erneuerung - ein Brandenburg für alle“. Damit machen beide Koalitionspartner deutlich: Wir werden Bewährtes fortsetzen, aber dort neue Akzente setzen und neue Fragen energisch anpacken, wo dies im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nötig ist.

Die Problemlagen im Lande - und nicht nur hier - verschieben sich. Wir müssen heute vor allem Wirtschaft und Soziales viel enger zusammendenken, als das bisher die Regel war. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele mit Blick auf die Jüngsten, mit Blick auf jene, über deren Zukunft wir heute entscheiden, nennen:

Erstens: Wir müssen zu Kenntnis nehmen, dass inzwischen gut ein Viertel der Kinder in Brandenburg aus Haushalten mit Hartz-IV-Hintergrund kommt. Gute und gut bezahlte Arbeit hat weder mit ihrer unmittelbaren Erfahrungswelt zu tun, noch - das halte ich für gravierender - können sie sicher sein, dass ihre Zukunft eine Zukunft mit guter, auskömmlicher Arbeit sein wird.

Zweitens: Wir müssen zu Kenntnis nehmen, dass Alleinerziehende mit geringem Einkommen kaum noch daran glauben, dass der Staat sie in ihrer schwierigen Lage bei der Erziehung und der Eröffnung von Lebenschancen für ihre Kinder ernsthaft und wirksam unterstützt.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden Brandenburg nicht voranbringen, wenn wir solchen Problemen nicht das Gewicht beimessen, das sie im wirklichen Leben haben. Soziale Balance, echte Chancengleichheit herstellen und sozialen Aufstieg für alle ermöglichen - das sind Fragen, die uns bewegen und bewegen müssen. Wir wollen Aufstieg möglich machen. Wir wollen dieses Land zusammenbringen, immer wieder, und auch zusammenhalten.

Vor uns liegen dabei anstrengende Jahre. Die Finanzmittel, die uns zur Verfügung stehen, sind begrenzt. Der Landeshaushalt wird in den nächsten zehn Jahren um 25 % schrumpfen. Die vor uns liegenden Herausforderungen dagegen, die wir bewältigen müssen, sind beträchtlich.

Beträchtlich sind ebenfalls die Erwartungen, die die Menschen im Land an uns richten. Von ihrer Landesregierung erwarten die Menschen in Brandenburg, dass sie dauerhaft stabile politische Verhältnisse im Lande gewährleistet sowie ordentlich und geschlossen ihre Arbeit verrichtet.

Von ihrer Landesregierung erwarten die Menschen eine Politik, die allen Brandenburger Kindern und Jugendlichen in allen Landesteilen erstklassige Bildungs- und Lebenschancen eröffnet.

Von ihrer Landesregierung erwarten die Brandenburger eine Politik, die bestehende Arbeitsplätze sichert und qualifizierte neue Jobs in zukunftsfähigen Branchen ins Land holt.

Von ihrer Landesregierung erwarten die Brandenburger eine Politik, die wirtschaftliche Erfolge und soziale Gerechtigkeit auf produktive Weise miteinander verbindet und nicht gegeneinander ausspielt.

Von ihrer Landesregierung erwarten die Brandenburger eine Politik, die gezielt Investitionen in die Zukunft unseres Landes mit solider Haushaltsführung vereinbart.

Von ihrer Landesregierung erwarten die Bürger eine Politik, die langfristige Energiesicherheit mit ökologischer Vernunft in Einklang bringt.

Und sie erwarten eine Politik, die Weltoffenheit und Toleranz in unserer Gesellschaft nachhaltig befördert.

Meine Damen und Herren! Nicht alle Erwartungen, die die Bürger an uns richten, wird die neue Landesregierung zu jeder Zeit vollständig erfüllen können. Völlig klar ist aber allen an dieser Regierung Beteiligten, dass es diese Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sind, an denen wir unser Handeln ausrichten werden. Sie bilden die entscheidende Richtschnur unseres Handelns in den nächsten fünf Jahren.

Diese Regierung ist für die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs da - für alle Brandenburger, nicht nur für Teilgruppen oder Teilregionen. In diesem Bewusstsein wollen wir wirtschaftliche Entwicklung und bessere Lebenschancen ermöglichen, weder Menschen noch Regionen zurücklassen und die Beziehungen besonders zu unseren polnischen Nachbarn verbessern.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir wissen, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben über viele Jahre viel Kraft, Engagement und Arbeit in die Ent-

wicklung ihrer Heimat gesteckt. Demokratische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen, Initiativen, Vereine, Verbände und unzählige ehrenamtlich Engagierte haben sich dabei verdient gemacht. Brandenburg im Jahr 2009 ist ein lebendiges Land. Mit Respekt und auch mit Dankbarkeit erkennen die Koalitionspartner die vielfältigen Leistungen ungezählter gesellschaftlicher Akteure für unser Gemeinwesen an. Die Arbeit dieser Regierung fußt auf diesen Leistungen. Sie knüpft an dieses Engagement an. Es sind die Brandenburger selbst, meine Damen und Herren, die die Kraft unseres Landes ausmachen. Darauf setzen wir auch in Zukunft.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die Menschen zu stärken, aber auch, sie zu schützen, ist Aufgabe dieser Landesregierung. Die neue Brandenburger Landesregierung ist sich bewusst: Wir handeln aus der Vielfalt der Brandenburger Gesellschaft heraus. Wir übernehmen Verantwortung für das ganze Land. Wir sind offen für gute Ideen, woher sie auch immer kommen mögen. Wir suchen die Kooperation mit allen, die zu solch einer Kooperation willens und bereit sind.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Mit unserer politischen Arbeit wollen wir dazu beitragen, unser Land zusammenzuhalten und noch mehr zusammenzuführen. Orientierung am Gemeinwohl, das ist der Maßstab, an dem wir uns messen lassen werden, meine Damen und Herren.

Die neue Regierung bekennt sich zu den Werten der freiheitlichen Gesellschaft, zu den Werten des Gemeinnsinns und der sozialen Verantwortung. Wie kostbar, aber auch wie gefährdet diese Werte sind, zeigt uns nicht nur der Blick zurück in die Vergangenheit, das erleben wir auch, derzeit in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise, sehr eindrücklich. Freiheit, Gemeinnsinn und Verantwortung - die gegenwärtige Krise ist ein Beleg dafür, welche Verwerfungen eintreten können, wenn diese Werte, und zwar gerade in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit missachtet werden.

Meine Damen und Herren, diese Krise erinnert uns eindringlich daran, dass der moderne Sozialstaat eine zivilisatorische Errungenschaft ist, die wir verteidigen und gerade deshalb auch immer wieder erneuern müssen. Die neue Brandenburger Landesregierung ist sich dessen bewusst und wird ihren Beitrag dazu leisten.

Sie unterscheidet sich damit grundsätzlich von der seit kurzem in Berlin regierenden schwarz-gelben Zwei-Klassen-Koalition.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie Zurufe von der CDU)

Letztere betreibt eine Politik der gesellschaftlichen Spaltung. Schon jetzt steht fest, dass sie auf wesentliche Herausforderungen unserer Zeit nicht die adäquaten Antworten hat, sondern falsch reagiert.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Diese Regierung setzt auf ein Weiter so! nach der Finanzkrise. Sie ignoriert damit die Ursachen der tiefsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren, und die Verursacher der Krise werden nicht an

den Lasten beteiligt. Die geplanten Steuersenkungen sowie der geplante Stufentarif - so viel steht jetzt schon fest - kommen nur wenigen zugute. Sie sind konjunkturpolitisch falsch, da das Geld für nachhaltige Zukunftsinvestitionen wie Investitionen in Bildung und die Stärkung kleiner Einkommen fehlt. Die geplanten Steuersenkungen sind ungerecht, weil die Mehrheit der Bürger unseres Landes sie am Ende mit steigenden Abgaben und Gebühren zu finanzieren hat.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie sind ein untauglicher Versuch, Leistungsträger anzuspornen. Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger kommentierte das in einem Interview vor wenigen Tagen wie folgt:

„Wohlhabende und Reiche strengen sich doch nicht mehr an, weil sie noch ein paar Euro zusätzlich auf dem Konto haben.“

Recht hat Bofinger damit, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Entlastungen für die schwarz-gelbe Klientel auf Pump haben mit seriöser Finanzpolitik in der Bundesrepublik nichts zu tun.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Denn früher oder später werden diejenigen dafür zahlen, die auf ein solidarisches Gemeinwesen angewiesen sind. Darüber können auch einige symbolische Verbesserungen nicht hinwegtäuschen.

Im Bereich der Gesundheits- und Pflegepolitik wird ganz exemplarisch offenkundig, wohin Schwarz-Gelb will. Man will zur schrittweisen Privatisierung und Entsolidarisierung der sozialen Sicherheitssysteme. Dieser Weg ist in dieser Koalition ganz klar angelegt. Die Versicherten werden höhere Beiträge zahlen und mehr Kosten allein tragen müssen. Die solidarische Finanzierung wird zurückgedrängt. Das wird dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft einen Bärendienst erweisen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Schwarz-Gelb will den Niedriglohnsektor ausbauen. Befristete Beschäftigung soll erleichtert werden. Sogar die schwer erkämpften bestehenden Mindestlöhne sollen überprüft werden. Die neue Vetomöglichkeit der Arbeitgeberverbände lässt befürchten, dass sogar bestehende Mindestlohnvereinbarungen nicht weiter verlängert werden. Ich sage hier ganz klar und deutlich: Wir werden diesen Irrweg von Schwarz-Gelb nicht mitgehen. Schwarz-Gelb kann sich auf unseren Widerstand im Bundesrat schon heute einstellen.

(Starker Beifall SPD und DIE LINKE sowie Zurufe)

Es freut mich, dass Sie sich freuen und dann wohl mittun werden.

Es war der Zusammenbruch der DDR vor genau zwei Jahrzehnten, der das Wiedererstehen des Landes Brandenburg ermöglicht hat. Eine historische Fügung, für die wir uns bis heute glücklich schätzen können. Zugleich aber bedeutet die Hinterlassenschaft der ökonomisch und ökologisch verschlissenen

DDR eine für unser Land schwere Hypothek. Wir wissen heute, beim Neuaufbau des Landes gelang es nicht, allen Menschen eine wirkliche Zukunftsperspektive zu ermöglichen. Dafür waren die Herausforderungen in den Jahren nach 1990 zu überwältigend, zu neu und zu vielfältig.

Nicht jedes Vorbild im Umbruch war tauglich. Nicht jeder gut gemeinte Rat von außen erwies sich am Ende tatsächlich als ein guter Rat. Wir haben in Brandenburg in verschiedenen Regierungskonstellationen lernen müssen, unseren eigenen Weg zu finden und zu gehen. Nun schlagen wir ein neues Kapitel unserer Landesgeschichte auf. Was sich bewährt hat, werden wir bewahren. Was der Erneuerung und der Verbesserung bedarf, werden wir anpacken.

(Zuruf von der CDU)

Der im Land in den vergangenen Jahren verfolgte Kurs der Erneuerung aus eigener Kraft war wirksam. Auch wenn wir jetzt unsere Politik neu ausrichten, um den neuen Herausforderungen im Land gerecht zu werden, wird es wieder um Erneuerung gehen, und es wird am Ende wieder auf unsere eigene Kraft ankommen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Im Laufe der letzten Wahlperiode haben sich die Exporte brandenburger Unternehmen verdoppelt. Die Arbeitslosigkeit konnte fast halbiert werden. An vielen Orten, in vielen Familien im Land sind Aufschwung und Aufstieg geglückt. 56 % der Bürger unseres Landes sehen dieses Land gut auf die Zukunft vorbereitet. 2004 waren es nur 34 %. Wir werden deshalb, meine Damen und Herren, die Erneuerung aus eigener Kraft energisch weiterführen. Die beiden Regierungspartner werden diese Aufgabe gemeinsam angehen und dabei ihre verschiedenen Erfahrungen und Ideen zur Geltung bringen.

Gemeinsam werden wir in der neuen Koalition dem Prinzip Stärken stärken treu bleiben, also den eingeschlagenen Erfolgspfad der Wirtschaftsförderung fortsetzen, dabei auch an Bewährtem festhalten, aber - und das entschlossen - nachjustieren, wo es sich als nötig erweist. In der Förderpolitik wird man sich auf Verlässlichkeit verlassen können. Darauf kann die Wirtschaft im Land Brandenburg auch unter der neuen Regierung vertrauen. Zugleich geht aber - das weiß gerade jeder Unternehmer und jede Unternehmerin - das Leben weiter.

Wir werden das System der Branchenschwerpunktorte und die Branchenkompetenzfelder neu ordnen, und wir werden sie auch straffen. Gemeinsam werden wir die Wertschöpfung in Brandenburg stärken und streben deshalb eine dynamische, zugleich zunehmend ökologisch ausgerichtete Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsstruktur mit einem breiten und gesunden Mittelstand an.

Im Regierungshandeln heißt das nichts anderes als stetes Bemühen um Existenzgründung und Neuansiedlung, aber auch - ich will das hier noch einmal sehr klar und deutlich sagen - Betreuung und Bestandspflege der in Brandenburg ansässigen Unternehmen. Wir halten sowohl an den Mikrokrediten als auch an unserem größten Infrastrukturvorhaben, dem Flughafen BBI, fest.

Gemeinsam begreifen wir das Thema Energie als ein fundamentales Zukunftsfeld für Brandenburg. Deshalb werden wir

unsere Kompetenzen als Energieland systematisch ausbauen. Wir setzen zunehmend auf erneuerbare Energien. Wir setzen weiter auf die Brückentechnologie Braunkohle, die durch Kohlendioxidabscheidung und Speicherung ohne Beeinträchtigung von Sicherheit und Eigentum der Bevölkerung klimafreundlicher werden muss.

(Zuruf von der Fraktion GRÜNE/B90)

Wir setzen auf Solar- und Windenergie, auf Energiespeicherung und Energieforschung. Brandenburg soll zu einem modernen Energieland werden, das im nationalen, aber auch im internationalen Maßstab Rahmenmaßstäbe setzt, meine Damen und Herren. Das ist unser Ziel, und das werden wir erreichen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir legen in der Forschungs- und Entwicklungspolitik einen Schwerpunkt auf innovative, marktfähige Umwelt- und Energietechniken made in Brandenburg. Die Regierung unterstützt die Gründung eines Instituts für Geoenergie und CO₂-Technologien an der BTU in Cottbus. Wir überprüfen unsere Förderprogramme mit dem Ziel, unsere Wirtschaft stärker ökologisch auszurichten.

(Petke [CDU]: Wie soll das gehen?)

Wir wollen uns beim Neubau von Landesgebäuden an den Passivhausstandard anlehnen, und wir werden den Ausbau erneuerbarer Energien auch dadurch vorantreiben, dass wir mögliche fachplanerische Restriktionskriterien ändern. Dabei behalten wir auch Belastungen der Menschen wie etwa bei Windkraftanlagen im Blick und setzen uns deshalb bei neuen Windkraftanlagen für einen Abstand von 1 000 m zum nächsten Ort, zur nächsten Siedlungskante ein.

(Zurufe von der CDU)

- Sie sollten sich die Aufregung noch ein bisschen aufsparen. Da kommt ja noch etwas. - Gerade die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die zusammen mit ihren Beschäftigten die Wirtschaft unseres Landes prägen, sollen sich jederzeit der Unterstützung unserer Regierung gewiss sein. Das, meine Damen und Herren, gilt ganz selbstverständlich auch für das Handwerk in Brandenburg. Handwerk heißt Fachwissen und Qualität. Handwerk heißt Ausbildung und Arbeit. Handwerk heißt tüchtige Gewerbe mit sozialer Verantwortung. Wir werden den Handwerkerinnen und Handwerkern dieses Landes weiter zur Seite stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Die Regierung unterstützt ebenso alle Menschen, die in unserem Land eine Existenz gründen oder investieren wollen. Brandenburg, unser Heimatland, ist eine Wirtschaftsregion auf industrieller Grundlage und soll auch in Zukunft ein Industrieland sein. Die Leistungsfähigkeit unseres Landes stützt sich auf traditionelle wie auch auf moderne Branchen, auf gut ausgebildete, erfahrene und motivierte Beschäftigte.

Die neue Regierung setzt verstärkt auf die Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft, um wissensbasierte, zukunftssteuerte Arbeitsplätze für hochqualifiziertes Personal am Standort zu sichern und neu zu schaffen. Deshalb werden Forschung und

Technologietransfer Schwerpunkte der Landespolitik auch in Zukunft bleiben.

Wir halten die Ausgaben für Hochschulen und Forschungseinrichtungen trotz der geschilderten und noch zu schildernden schwierigen finanziellen Verhältnisse stabil, investieren über 200 Millionen Euro und noch einmal 12 Millionen Euro zusätzlich, um die Zahl der Studienplätze stabil zu halten.

Die Innovationen unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, der Ingenieure und Techniker müssen in den Unternehmen ankommen und möglichst zügig zu marktfähigen Produkten und Technologien entwickelt werden. Dazu werden wir Netzwerke weiter fördern und bundespolitische Initiativen zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung unterstützen.

Das Rückgrat der Brandenburger Wirtschaft werden auch in Zukunft Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein, und zwar Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für anständige Arbeit auch anständig bezahlt werden.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Deshalb sage ich hier auch noch einmal sehr klar: Starke Gewerkschaften und kompetente Betriebsräte sind unverzichtbare Faktoren der Kraft unseres Landes. Eine gute Zukunft ohne gute Gewerkschaften kann ich mir nicht vorstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Dies alles ist eine gute Perspektive, aber sie steht derzeit bei weitem noch nicht jedem offen. Die Kinder, von denen eingangs die Rede war, entbehren nicht nur materiellen Wohlstand. Diese Kinder brauchen auch ganz dringend bessere Bildungschancen und intensivere Förderung, um später Chancen im Leben zu erhalten. Das ist mit Geld allein nicht getan. Wir müssen zum Beispiel zur Kenntnis nehmen, dass das Ansehen des für die Zukunft unseres Landes so ungeheuer wichtigen Lehrerberufs über viele Jahre - und nicht nur in Brandenburg - deutlich gesunken ist und erst allmählich wieder steigt. Diesen Trend wollen wir mit aller Kraft beschleunigen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Das ist mir auch deswegen wichtig, weil unsere Lehrkräfte in den vergangenen Jahren unter schwierigen Rahmenbedingungen hervorragende Arbeit geleistet haben, für die ich an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir brauchen neue Handlungsansätze, auch neue Ideen, damit wirklich alle Kinder Lebenschancen bekommen, damit Alleinerziehende wirksamere Unterstützung erhalten, damit Lehrer neue Wertschätzung erlangen und zugleich - genauso wichtig - unsere Unternehmen die gut ausgebildeten Arbeitskräfte erhalten, die sie brauchen, weil sie nur so den Wohlstand schaffen können, von dem unsere Gesellschaft lebt.

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels ist es gerade auch ökonomisch wichtig, dass wir kein einziges

Kind zurücklassen. Zugleich ist es wichtig, dass beispielsweise Alleinerziehende und Lehrer, aber auch Unternehmer jederzeit sicher sein können: Diese Regierung nimmt unsere Nöte ernst. Diese Regierung steht auf unserer Seite.

Meine Damen und Herren, ich habe es eingangs schon gesagt und wiederhole es hier: Fragen der sozialen Balance, Fragen der Herstellung echter Chancengleichheit, Fragen der Ermöglichung von sozialem Aufstieg für alle, das sind die Fragen, die diese Regierungskoalition umtreiben müssen und auch umtreiben werden. Es sind die wichtigen Fragen, die darüber entscheiden, ob unsere Gesellschaft zusammenhält oder ob sie auseinanderfällt. Wenn sie auseinanderfällt, haben wir allesamt keine Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir wollen dieses Land zusammenbringen und zusammenhalten, weil beides zusammengehört und einander bedingt. Genau deshalb bekennt sich die neue Landesregierung auf der einen Seite aus tiefer Überzeugung zur großen Errungenschaft des Sozialstaates. Aber auf der anderen Seite umfasst unser politischer Auftrag, so, wie wir ihn gemeinsam begreifen, weit mehr als die Linderung vorhandener Nöte und Defizite.

Wir bekennen uns - auch das sage ich, um jedem Missverständnis vorzubeugen - ohne Wenn und Aber zu einer nachsorgenden Sozialpolitik, wo immer sie auch nötig ist. Eine nachsorgende und regionale Nachteile mildernde Sozial- und Infrastrukturpolitik bleibt ohne Frage notwendig. Aber, meine Damen und Herren - und da sind wir uns einig -: Unser Blick richtet sich darauf, diese nachsorgende Sozialpolitik wo immer möglich durch eine vorsorgende Gesellschaftspolitik zunehmend überflüssig zu machen. Wir wollen an den Anfang, an die Ursachen, und wir wollen nicht am Ende bei der Reparatur viel Geld ausgeben, wo wir Menschen nicht mehr zufrieden und glücklich machen können. Am Anfang liegt die Quelle dessen, was wir erreichen wollen.

(Beifall SPD)

Moderne Sozialstaatlichkeit bedeutet immer stärker soziale Vorsorge und damit Investition in die Fähigkeit von Menschen. Ganz im Geiste des ostdeutschen Aufbruchs von 1989 zielt der zeitgemäße Sozialstaat auf die soziale, aber eben auch die ökonomische, kulturelle und politische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um das solidarische Miteinander wirklich freier Menschen. Das ist das Ziel auch für die Entwicklung unseres Landes, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vorsorgende Sozialgesellschaftspolitik betrifft alle Generationen, aber sie beginnt bei den Jüngsten. Zu einer solchen Politik gehört insbesondere die entschiedene Abkehr vom Prinzip des Aussortierens und der Auslese im Bildungssystem.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die frühe Aussonderung von Kindern ist und bleibt ungerecht. Sie verbaut Entwicklungschancen und ist deshalb auch aus ökonomischer Perspektive widersinnig.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren - ich hoffe, dass das auch die Kollegen von Schwarz und Gelb irgendwann begreifen -:

(Ah! bei der CDU)

Es ist eben nicht so, dass die einen Kinder von Natur aus schlau sind und die anderen Kinder von Natur aus doof.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Frau Große [DIE LINKE]:
So ist es! - Zurufe von der CDU)

Warum das eine Kind pfiffig ist und das andere nicht und wie man die Bedingungen verbessern kann, damit mehr Kinder schlau werden und den Aufstieg schaffen können, das sind die Fragen, auf die wir in den kommenden Jahren Antworten geben müssen, wenn wir nicht wollen, dass dieses Land auseinanderfällt in erfolgreich Angekommene und dauerhaft Abgehängte. Das werden wir nicht zulassen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie vereinzelt von der Regierungsbank)

Eben deshalb legt die neue Landesregierung allerhöchsten Wert auf Bildung. Von nichts hängt die Zukunft unseres Gemeinwesens im 21. Jahrhundert so sehr ab wie von den Fähigkeiten und Kenntnissen der Menschen. Gute Bildung darf deshalb so wenig wie irgend möglich von sozialer oder regionaler Herkunft abhängen. Dabei liegen uns besonders die Kinder und Jugendlichen am Herzen; denn jeder Euro, den wir bei ihnen investieren - inzwischen Allgemeingut -, wird sich später doppelt und dreifach auszahlen. Das ist die beste Vorsorge überhaupt.

Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir die Netzwerke „Gesunde Kinder“ ausbauen, damit ein gesellschaftliches Klima des Hinschauens bei positiver Entwicklung von Kindern entsteht. Dabei ist uns besonders das Engagement der Ehrenamtlichen, die diese Netzwerke tragen, wichtig.

Ich will mich an dieser Stelle für die vielen Initiatoren, die diesen Gedanken geboren, in die Tat umgesetzt und in Brandenburg zu einem erfolgreichen Modell entwickelt haben, sodass es ein Exportmodell geworden ist, sehr herzlich bedanken. Sie haben für die kommende Generation etwas unschätzbar Gutes getan, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir werden deshalb die Kita-Betreuungsrelation bei den unter Dreijährigen von eins zu sieben auf eins zu sechs verbessern.

(Oh! bei der CDU)

Wir werden die Kita-Betreuungsrelation bei den unter Sechsjährigen von eins zu dreizehn auf eins zu zwölf verbessern. Wir wollen, dass Brandenburg nicht nur quantitativ, sondern Stück für Stück auch qualitativ eines der besten Kita-Netze Deutschlands bekommt. Wir werden dafür weitere Verbesserungen vornehmen, die Sprachförderung ausbauen und auch die Ausbildung der Kita-Erzieherinnen und hoffentlich zunehmend auch -erzieher verbessern.

(Zuruf des Abgeordneten Bochow [SPD])

- Wir haben gesagt, wir nehmen jede gute Idee auf, egal, woher sie kommt.

Darum werden wir die Qualität unserer Schulen entscheidend verbessern. Wir werden 1 250 neue Lehrer einstellen, die Schüler-Lehrer-Relation konstant halten und den Schulen mehr Selbstständigkeit geben. Wir haben uns fest vorgenommen, die viel zu hohe Zahl der Schulabgänger bis 2015 zu halbieren. An dieser Stelle besteht dringender Handlungsbedarf, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD: Schulabgänger ohne Abschluss! - Heiterkeit bei der SPD)

- Schulabgänger ohne Abschluss, Entschuldigung. Es soll ja auch zur Fröhlichkeit beitragen. Leider halbiert sich die Zahl der Schulabgänger auch ohne unser Zutun, nämlich mangels Kinder.

Meine Damen und Herren! Wir werden dazu neue Wege einschlagen, um wirkliche Fortschritte zu erzielen. Wir werden die individuelle Betreuung der Schüler verbessern und vor allem Schüler mit Förderbedarf weitaus stärker in die Regelschulen einbeziehen. Was in den besonders erfolgreichen Bildungsnationen möglich ist, wird in Zukunft auch in Brandenburg möglich sein, weil es ein sinnvoller und ein guter Weg für die Kinder ist.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Wir werden ein Schüler-BAföG einführen,

(Oh! bei der CDU)

damit auch mehr Kinder aus einkommensschwachen Haushalten das Abitur machen können. Das Abitur darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, meine Damen und Herren; deshalb ein Schüler-BAföG.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Wir werden die Berufsvorbereitung der Schüler verbessern, das Praxislernen ausbauen und die Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen vertiefen.

Weil wir dies alles wollen, wird die Regierungskoalition in Brandenburg eines ganz sicher nicht tun: Wir werden keine Studiengebühren erheben; denn wir wollen mehr Studierende aus allen sozialen Schichten, nicht weniger.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Studiengebühren wird es mit uns nicht geben, meine Damen und Herren.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir nehmen die Proteste der Studierenden ernst. Bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses gibt es ganz offenkundig eine Reihe von ernststen Problemen. Viele Studentinnen und Studenten befürchten, durch die nicht immer optimale Komprimierung von Studiengängen nicht mithalten zu können. Wir wissen, dass die Bedingungen nach der Umstellung auf Bachelor und Master an den Hochschulen noch nicht optimal sind. Wir werden den Prozess der

Überprüfung der Studiengänge durch die Hochschulen intensiv und konstruktiv begleiten und werden uns für bessere Studienbedingungen einsetzen. Aber dies wird, wie die Wissenschaftsministerin schon gestern sagte, nicht ein Prozess sein, der in wenigen Tagen umgesetzt werden kann. Wir bitten deshalb um etwas Geduld, meine Damen und Herren.

Wir wollen Chancengleichheit für alle. Deshalb investieren wir in die Bildung - von Kita über Schule bis zur Hochschule. Aber gute Bildung erfordert, wie ein moderner, vorsorgender Sozialstaat überhaupt, mehr als nur Geld: Verantwortung und Gemeinsinn, Offenheit und Teamgeist, Kreativität und Entwicklung. Das alles entsteht nur in einer Atmosphäre des wirklichen Miteinanders.

Deshalb brauchen wir in unserem Land auch und besonders Zustimmung und Zuneigung noch mehr als bisher zu Kindern überhaupt. Zu dieser positiven Grundhaltung gehört die Einsicht, dass Kinder zusammengehören und jedes Kind von jedem anderen Kind auch lernen kann. Zu dieser positiven Einsicht gehört schließlich auch, dass Kinderlärm künftig kein Klagegrund mehr sein darf.

(Zuruf von der SPD: Genau! - Beifall SPD und DIE LINKE)

Deshalb wird die neue Regierungskoalition diese Geräuschkulisse, das Lachen und Lautsein spielender Kinder, durch Änderung der Immissionsschutzgesetzgebung privilegieren. Wir haben von diesem Geräusch zu wenig in unserem Lande, meine Damen und Herren, und nicht zu viel.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

In das Zentrum einer Gesellschaft mit Gemeinsinn gehört auch die Kultur. Deshalb arbeitet die Regierungskoalition dafür, dass Kultur- und Bildungsangebote landesweit, auch in dünn besiedelten Regionen, erhalten werden. Ein kulturpolitischer Schwerpunkt bleibt dabei der Erhalt und die Sanierung der Preußischen Schlösser und Gartenlandschaft. Wir werden auch - ich sage an der Stelle: endlich - das Deutsche Filmorchester Babelsberg dauerhaft finanziell absichern - es hat es verdient, meine Damen und Herren -

(Beifall SPD und DIE LINKE)

und die gerade pädagogisch wertvollen Musikschulen weiter im Land fördern.

Was ich für die Kultur gesagt habe, gilt in ähnlicher Weise für den Sport. Brandenburg war ein Sportland, ist ein Sportland, und wir wollen es auch bleiben. Die Regierung wird den Breiten- und Spitzensport auch in Zukunft mit 15 Millionen Euro pro Jahr unterstützen; darauf kann sich der Sport des Landes verlassen. Wir werden im ländlichen Raum mit dem „Goldenen Plan Brandenburg“ den Ausbau von Vereinsstätten fortführen. Brandenburg bleibt ein Sportland, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Die neue Regierungskoalition bekennt sich dezidiert zu dem Ziel, keine Region im Land abzuhängen, keine Region aufzu-

geben. Die Bürgerinnen und Bürger im Land Brandenburg können sich darauf verlassen: Die öffentliche Daseinsvorsorge wird überall gewährleistet, auch wenn sich viele Formen der Leistungserbringung allein schon durch die demografische Entwicklung verändern werden. Es wird nichts so bleiben, wie es war; aber wir werden die öffentliche Daseinsvorsorge sichern.

Darauf zielen unter anderem die Anstrengungen, Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes zu gewährleisten. Die Regierungskoalition wird das Mobilitätsticket über das Jahr 2010 hinaus fortführen.

In der Fläche des Landes ist und bleibt die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftszweig, ja, sie ist und bleibt das Rückgrat des ländlichen Raumes. Wir setzen die Agrarwirtschaftsinitiative fort. Die Agrarförderung soll gezielt eingesetzt werden, um existenzsichernde Arbeitsplätze in der Fläche unseres Landes zu schaffen und zu erhalten und auch, um immer ökologischeres Wirtschaften zu unterstützen.

Die Landesregierung, meine Damen und Herren, setzt sich dafür ein, dass die Mittel der ersten und zweiten Säule der EU-Agrarförderung, die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz erhalten bleiben, und wir werden dafür kämpfen - das wird ein harter Kampf werden -, dass die erfolgreichen Strukturen der brandenburgischen Landwirtschaft auch in Zukunft nicht benachteiligt werden.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Dafür bitte ich das gesamte Parlament auch künftig um Unterstützung.

Das gilt nicht zuletzt dafür, die Ergebnisse der Bodenreform unangetastet zu lassen. Pläne der Bundesregierung, dieses eigentlich abgeschlossene Thema neu aufzurollen, werden wir energisch bekämpfen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Zum Prinzip „Ein Brandenburg für alle“, auf das sich die neue Koalition verpflichtet hat, gehört ganz wesentlich zugleich ein schonender wie dem Gemeinwohl verpflichteter Umgang mit unserer natürlichen Lebenswelt. Auch dazu an dieser Stelle nur ein Beispiel, aber dieses klipp und klar: „Ein Brandenburg für alle“ bedeutet für uns selbstverständlich auch Brandenburger Seen für alle. Wir werden uns nachhaltig dafür einsetzen, dass alle Bürger jederzeit Zugang zu den Seen unseres Landes haben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Armut wird sich diese neue Regierung nicht abfinden. Das beste Mittel gegen Armut sind Arbeitsplätze, von denen Frauen und Männer vernünftig leben und ihren Kindern einen guten Start ins Leben ermöglichen können. Dabei gilt die Maxime „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Männer wie Frauen gleichermaßen. Das wird die Richtschnur dieser Landesregierung sein und bleiben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Brandenburg will kein Billiglohnland sein, sondern ein Land, in dem gute Arbeit auch anständig entlohnt wird. Gute Arbeit schafft mehr als Kaufkraft und sichert mehr als nur den

unmittelbaren Lebensunterhalt. Sie ist Basis für Selbstverwirklichung und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass auf der Ebene des Bundes ein existenzsichernder gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird. Die Zeit dafür ist in Deutschland reif.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

In Brandenburg werden wir die Vergabe öffentlicher Aufträge an soziale Standards und die Bezahlung wenigstens an Mindestlohniveau binden. Arbeitslosen, vor allem Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitslosen, wird die neue Landesregierung mithilfe neu geschaffener, öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse eine neue berufliche Perspektive ermöglichen. Wir wollen bis 2014 eine aktivere öffentliche Beschäftigungspolitik ermöglichen. Deshalb haben wir uns verpflichtet, 8 000 öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse unter Nutzung der vorhandenen Bundesmittel unter der Bedingung zu schaffen, dass diese nicht in Konkurrenz zu regulären Beschäftigungsverhältnissen stehen werden.

In der Gesundheitspolitik verfolgen wir das Ziel, eine auskömmliche ambulante Versorgung in allen Regionen des Landes sicherzustellen. Die Wiederkehr der Gemeindeschwester AGnES in modernisierter Form ist nicht nur ein Gebot der Vernunft, nein, meine Damen und Herren, diese Wiederkehr von AGnES ist auch ein Beleg dafür, dass gute, für die Menschen hilfreiche und passende Lösungen auch für schwierige Fragestellungen möglich sind. Wir werden auch die Telemedizin mit aller Kraft ausbauen.

Die neue Regierungskoalition wird dafür sorgen, dass die Brandenburger Krankenhäuser in den kommenden fünf Jahren mit Landesmitteln in Höhe von 400 Millionen Euro weiter modernisiert und ausgebaut werden. Mittelfristig streben wir gemeinsam mit Berlin an, unsere Region zum leistungsstärksten Zentrum der Gesundheitswirtschaft in Deutschland zu entwickeln. Das schafft Tausende moderne Arbeitsplätze und Perspektiven für die Menschen in unserem Land. Die Spitzenforschung in den Life Sciences, den Lebenswissenschaften, in der Hauptstadtregion ist dafür eine gute Grundlage.

Meine Damen und Herren, die Partner der neuen Regierungskoalition sind sich einig: Was verteilt werden soll, muss zuvor erarbeitet und erwirtschaftet werden.

(Oh! bei der CDU)

Niemand macht sich etwas vor. Vor uns liegen Jahre, in denen die Haushaltslage des Landes äußerst angespannt sein wird. Die Konsolidierung der Brandenburger Landesfinanzen, bei der in der vergangenen Wahlperiode bemerkenswerte Ergebnisse erreicht wurden, ist mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich schwerer geworden. Zusätzliche Belastungen für die Kommunen und auch für das Land drohen aufgrund der schon erwähnten Steuer- und Abgabenpolitik der neuen Bundesregierung. Zugleich laufen Sonderzuweisungen des Bundes zur Bewältigung der Folgen der deutschen Teilung aus.

Was steht an? Gegenüber dem Vorjahr müssen wir im Jahr 2010 mit weiteren Mindereinnahmen in Höhe von ungefähr 140 Millionen Euro rechnen. Sollte das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Schwarz-Gelb verabschiedet werden, werden wir mit zusätzlichen 50 Millionen Euro Min-

dereinnahmen im Jahr 2010 rechnen müssen, in den Folgejahren wahrscheinlich mit Mindereinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe. Zugleich werden die Sonderzuweisungen des Bundes zur Bewältigung der Folgen der deutschen Teilung rückläufig sein. Die kumulierten Mindereinnahmen des Landes in dieser Legislatur betragen dann fast 1,5 Milliarden Euro.

(Frau Dr. Ludwig [CDU]: Das ist doch nicht neu!)

Dabei steigen natürlicherweise die Pensionslasten. Wir können uns auch nicht darauf verlassen, dass die Zinsen nicht steigen.

Meine Damen und Herren, damit habe ich nur ganz kurz umrissen: Die weitere Konsolidierung unseres Haushalts wird eine der schwierigsten Aufgaben der nächsten fünf Jahre sein und bleiben.

Zur ehrlichen Bestandsaufnahme gehört ebenso: Die finanzielle Situation der Kommunen wird zunehmend schwieriger. - Übrigens, angesichts der Situation bin ich ganz froh, dass der Finanzminister schon graue Haare hat, sonst würde er sie mit Sicherheit bekommen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die kommunale Ebene konnte zwar 2008 mit einem Überschuss abschließen, die Steuereinnahmen sind jedoch auch hier rückläufig, und die Schlüsselzuweisungen werden sich verringern. Mit den geplanten Gesetzen auf Bundesebene wird sich auch diese Situation verschärfen.

Hier ist ein schwieriger Balanceakte angesagt; denn trotz aller Belastungen darf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes nicht abgewürgt werden. Die Kinder und Jugendlichen, für die wir uns ganz besonders einsetzen, dürfen nicht morgen unter den Kosten, die wir heute verursachen, leiden. Dabei macht sich niemand etwas vor. Es werden ausgesprochen schmerzliche Entscheidungen in diesem Landtag zu treffen sein.

(Frau Dr. Ludwig [CDU]: Welche denn?)

Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist: Das vorhandene Geld soll vordringlich für besonders zukunfts wirksame Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Innovation genutzt werden. Die Koalitionspartner sehen sich vor einer großen Herausforderung, nämlich langfristig und stabil die Balance zwischen Personalstärke und finanziellen Möglichkeiten des Landes einerseits und der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sowie einer bürgernahen und effektiven Aufgabenerledigung andererseits zu halten. Ich sage aber hier für die öffentlich Bediensteten des Landes: Der Kurs der vergangenen zwei Jahrzehnte wird beibehalten, betriebsbedingte Kündigungen schließen wir aus. Das ist eine ganz klare Vereinbarung in dieser Koalition, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Dem vorhersehbaren Rückgang der aktiv Beschäftigten durch Altersabgänge bis 2014 auf etwa 43 700 und bis 2019 auf etwa 36 000 treten wir entgegen. Wir werden dafür sorgen, dass der Personalbestand bis zum Jahr 2014 bei ca. 45 500 und bis 2019 bei 40 000 gehalten wird. Dazu suchen wir den Dialog mit den Beschäftigten und unter anderem im Rahmen des Tarifvertrags Umbau mit den Gewerkschaften. Besondere Bedeutung mes-

sen wir der Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Kita-Erzieherinnen und -Erziehern bei.

Meine Damen und Herren, innere Sicherheit sowie zu diesem Zweck die sichtbare Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum bleiben wichtige Anliegen dieser Regierung. Die Ausstattung der Polizei werden wir weiter modernisieren. Gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien des Landes sowie innerhalb einer großen und ständig wachsenden Zahl von zivilgesellschaftlichen Akteuren setzen sich die Landesregierung und die sie tragenden Parteien für ein tolerantes, für ein weltoffenes Brandenburg ein.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Allen Formen von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus werden wir entschieden entgegentreten. Die Verherrlichung von Diktaturen - gleich, welcher Art - hat in unserem Gemeinwesen keinen Platz, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Deshalb wird die neue Landesregierung den Kampf gegen Rechtsextremismus mit aller Kraft fortführen. Schwerpunkte bleiben dabei die Säulen Repression und Prävention. Wir werden die Brandenburger Justiz stärken und bürgerfreundlicher machen. Dazu gehören die Verkürzung der Dauer von Gerichtsverfahren, vor allem an Sozialgerichten, und die Schaffung zusätzlicher Richterstellen bei den Sozialgerichten sowie der Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs und auch die Stärkung des Opferschutzes.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bessere Lebenschancen für mehr Menschen in Brandenburg, wirtschaftliche Dynamik und Erneuerung, mehr Zusammenhalt und stärkerer Gemeinsinn - diese Ziele werden wir nur dann erreichen, wenn in der neuen Regierungskoalition ein Rad ins andere greift. Hier ist ein wirklich integrierter Ansatz nötig. Deshalb muss und wird es etwa eine gut abgestimmte und produktive Zusammenarbeit zwischen Arbeits- bzw. Familienministerium, Bildungsministerium und Wirtschaftsministerium geben. Die enge und produktive Zusammenarbeit aller Ressorts wird in den nächsten Jahren zu meinen Hauptaufgaben gehören. Die Probleme sind ressortübergreifend; die Lösungen müssen es genauso sein.

Meine Damen und Herren! Die Koalitionsbildung von SPD und DIE LINKE hat in den vergangenen Wochen lebhaft Debatten ausgelöst. Darum abschließend einige klärende Worte zum Charakter dieses politischen Bündnisses: Niemand verkündet diese neue Koalition zu einem historischen Projekt. Hier haben sich zwei Parteien nüchtern auf koalitionsvertraglicher Grundlage zusammengetan, um die Probleme im Lande zu lösen und so vielen Menschen wie möglich eine bessere Zukunft zu bieten. In diesem Sinne blickt die Koalition nicht zurück, sondern sie packt an und baut auf, weil es im Hier und Jetzt genug zu tun gibt. Das ist unsere wichtigste Aufgabe. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten, dass die Koalition Probleme löst und Zukunft möglich macht. Aber, meine Damen und Herren, natürlich findet Politik nicht im geschichtslosen Raum statt. Wir alle kommen irgendwoher. Wir alle haben unsere Erfahrungen gemacht, und der erste Daseinsgrund der 1989 wiedergegründeten Sozialdemokratie im Osten Deutsch-

lands war es nun einmal, das illegitime Machtmonopol der SED zu brechen, aus dem später die Partei DIE LINKE hervorgegangen ist. Die Koalitionspartner haben mit ihren Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen intensiv über Herkunft, Haltung und Werte gesprochen. Alle an dieser Regierungskoalition Beteiligten sind sich einig darüber, dass diese Koalition mit irgendwelchen Schlussstrichen nichts zu tun haben will und nichts zu tun haben wird.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Einig, meine Damen und Herren, sind sich die Koalitionspartner weiterhin darin, dass die ostdeutsche Friedens- und Bürgerbewegung sowie die Arbeit der 1989 wiedergegründeten, seit 1946 von der SED unterdrückten und verfolgten Sozialdemokratie zur positiven Entwicklung unseres Landes entscheidend beigetragen hat. Erst die Volksbewegung des Herbstes 1989 in der DDR machte es möglich, dass auch aus der SED heraus der Aufbruch zu einer demokratischen Partei im pluralistischen Wettbewerb mit anderen Parteien erfolgen konnte. In unserem Koalitionsvertrag haben wir deshalb ganz klar und unmissverständlich festgehalten:

„Eine Verklärung der SED-Diktatur wird es mit dieser Koalition nicht geben.“

(Unruhe bei der CDU)

„Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht. Wir werden die Lehren der Geschichte umfassend beherzigen und weitergeben. Unser Respekt und unsere Zuwendung gelten den Opfern der Diktatur, das Andenken an erlittene Repressionen werden wir wach halten.“

(Beifall SPD und DIE LINKE - Unmut bei der CDU)

Diese Vereinbarung ist unmissverständlich. - Wissend, dass nichts vergleichbar ist, würde ich den Kollegen, die im Moment sehr viel Lärm machen, sagen: Beschäftigen Sie sich wenigstens auch mal für eine Puseratze mit der Vergangenheit Ihrer Vorgänger-Blockparteien. Auch das würde durchaus guttun.

(Dr. Woidke [SPD]: Viel Spaß! Ich werde gern dabei helfen! - Widerspruch bei der CDU)

Da Sie ja sehr insistieren: Kollege Schönbohm sagte in einem Interview - angesprochen darauf, dass der Kollege Junghanns, der viele Jahre Wirtschaftsminister war, noch im August 1989 vehement die Mauer verteidigte -: Ja, das stimmt, aber der Kollege Junghanns hat dazugelernt. - Ich glaube, dass Dazulernen nicht an Parteizugehörigkeit gebunden ist, meine Damen und Herren. Das geht nicht nur in der CDU!

(Starker Beifall SPD und DIE LINKE)

Vor genau 20 Jahren entstanden mit dem Fall des Eisernen Vorhangs die Voraussetzungen für das neue Europa, in dem wir heute leben. In der Mitte unseres friedlich geeinten Kontinents gelegen ist das Land Brandenburg ein besonders glücklicher Nutznießer dieser europäischen Einigung. Auch deshalb bekannt sich die neue Brandenburger Regierung ausdrücklich zur

europäischen Integration und zur Europäischen Union. Rechtsgrundlage dafür ist unstreitig der Lissabonner Vertrag. Die Debatte um die Zukunft der Europäischen Union geht weiter. Wir werden uns dabei aktiv einbringen. Es geht um ein wettbewerbsfähiges und zunehmend sozialeres Europa. In Abstimmung mit den Gewerkschaften werden wir uns für ein neues Verhältnis von sozialen Grundrechten und wirtschaftlichen Grundfreiheiten in den europäischen Verträgen einsetzen, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lebendige Demokratie und gelebte Freiheit, eine tatkräftige Regierung und ein handlungsfähiger Staat, engagierte Bürgerinnen und Bürger, starke Kommunen sowie eine solidarische Gesellschaft des Miteinanders in einem weltoffenen Land guter Nachbarn mitten in Europa - all dies gehört zusammen. Die Partner der Regierungskoalition wollen, dass es mehr Menschen werden, die sich an unserem demokratischen Gemeinwesen beteiligen, weil sie sich ihm zugehörig fühlen. Darauf werden wir hinarbeiten. Wer dieses Ziel teilt, ist herzlich eingeladen, mit uns zusammenzuarbeiten. So wird Brandenburg eine gute Perspektive für alle Menschen in diesem Lande bieten. - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter anhaltender Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Das Wort erhält geschäftsordnungsgemäß die stärkste Oppositionsfraktion und damit Frau Prof. Dr. Wanka.

Ich sehe mich leider genötigt, Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, darauf hinzuweisen, dass Sie auch in der Rolle der Opposition Mitglieder dieses Hohen Hauses sind, und bitte Sie, die entsprechende Disziplin zu wahren.

(Schulze [SPD]: So was nennt man gute Kinderstube!)

Frau Prof. Dr. Wanka (CDU): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kaiser wird vor wenigen Tagen in der „Berliner Zeitung“ bezüglich des Koalitionsvertrages mit den Worten zitiert:

„Wir sind nicht froh und glücklich über dieses Verhandlungsergebnis, aber das ist die SPD auch nicht.“

Ich kann sagen, Frau Kaiser, da stimmen wir ausnahmsweise - wirklich ausnahmsweise - mal überein.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Wir haben doch schon öfter übereingestimmt!)

Ich kenne auch niemanden, der über diesen Vertrag glücklich ist. Er ist kraftlos, er ist mutlos, und die Regierungserklärung, die wir gerade gehört haben, passt zu dem, was wir von Rot-Rot in den letzten Wochen erlebt haben. Sie haben es nämlich tapfer - wirklich tapfer - vermieden, über Inhalte,

(Unmut bei der SPD - Vereinzelt Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

über konkrete Ziele, über Maßnahmen zu reden. Stattdessen gibt es nur Wunschkonstruktionen, möglichst solche, die der Bund - Schwarz-Gelb - bezahlen muss; das haben wir gerade gehört. Es gibt Allgemeinplätze, es gibt Absichtserklärungen, aber nichts Konkretes. Dafür gibt es bundesweit belächelte - ich finde: verunglückte - Rechtfertigungsversuche, missionarische Versöhnungsversuche und illustre Personalien.

(Beifall CDU und FDP)

Das ist also der neue Stil, das ist der Politikwechsel.

Nun muss man an einer solchen Stelle fair sein und sich fragen: Was kann man, was muss man von einem Vertrag, von einer Regierungserklärung erwarten? Ich denke, man muss erwarten, dass gesagt wird: Was ist die Politik? Wie sieht sie in den nächsten Jahren aus? Man muss erfahren: Was ist das Neue? Das interessiert brennend. Und man muss wissen oder zumindest eine Andeutung bekommen: Was sind die Lösungen, die für die Probleme gesucht werden? Probleme haben wir ja.

Der Ministerpräsident hat bei der Unterschriftsleistung unter den Vertrag vollmundig verkündet, er wolle sich daran messen lassen. Das wird schwierig. Wir haben es gerade gehört: Er hat aufgezählt, was die Brandenburger von der Landesregierung erwarten können - eine lange Liste. Dann jedoch kommt die Quintessenz, nämlich die Aussage: Das geht aber nicht alles gleichzeitig.

(Zuruf von der SPD: Ja, das ist das Problem!)

Das ist wahr, und das kann man in fünf Jahren wieder sagen. Man kann auflisten, was alles erwartet werden konnte, und sagen, es ging nicht alles gleichzeitig, also ging das oder das. Das heißt, die Messlatte bleibt von vornherein unten. Wenn man den Grundtenor des Vertrags liest, stellt man fest, dass er lautet: Wir wollen alles besser machen, damit alles besser geht.

Was kann man nun wirklich erwarten? Was ist denn nun wirklich wichtig bei einer solchen Erklärung? Ich denke, es steht völlig außer Zweifel, dass man zu Beginn einer Regierungszeit eine schonungslose Analyse vornehmen und dann versuchen muss, Konsequenzen für die nächsten Jahre aufzuzeigen.

Gucken wir einmal, was die Kanzlerin zu dem sagt, was uns im Moment alle beschäftigt: die Krise. Die Krise ist bis jetzt in Brandenburg sehr gut bewältigt worden; da können wir nicht klagen.

(Ness [SPD]: Die kam über uns!)

Die Aussage der Kanzlerin: Die volle Wucht der Auswirkungen der Krise wird uns im nächsten Jahr erreichen, auch und gerade in den öffentlichen Haushalten der Kommunen, der Länder und des Bundes. - Die klare Aussage lautet also: Die volle Wucht der Krise wirkt im nächsten Jahr auf diesen Haushalt.

(Zuruf von der SPD: Deshalb muss man die Steuern senken!)

Meine Damen und Herren, was sagt der Vertrag?

(Zuruf von der SPD)

- Jetzt rede ich!

(Lachen bei der SPD)

- Was sagt der Vertrag? Der Vertrag sagt: Die Koalition wird sich für eine verbesserte Finanzausstattung von Bund, Ländern und Kommunen einsetzen. Klasse! Solch Wunschkonstruktionen grenzen schon an Realitätsverweigerung.

(Beifall CDU und FDP)

Es ist aber ganz typisch für diese dürre Seite - es ist nur eine dürre Seite im Koalitionsvertrag, auf der man zu Finanzen, Floskeln, Lippenbekenntnisse, Selbstverständlichkeiten liest -, dass zum Beispiel darin steht: Der Konsolidierungskurs muss nachhaltig fortgesetzt werden.

(Vereinzelt Lachen bei der CDU)

Das steht völlig im luftleeren Raum. Das Ganze wird aber noch schlimmer. So richtig Sorge bekommt man, wenn man liest, dass der neue Finanzminister damit kokettiert und in der Zeitung sagt, dass er vom Finanzressort eigentlich keine Ahnung hat,

(Vereinzelt Gelächter bei der CDU)

aber dann - Zitat - verkündet:

„Ich bin ein fleißiges Kerlchen, und ich arbeite mich schnell ein.“

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und CDU)

Wenn ich die letzten Sätze von ihm lese, aus denen hervorgeht, dass wieder Personaleinstellung und Stellenabbau gegeneinandergerechnet werden, dann stelle ich fest, dass wir immer noch in der Einarbeitungsphase sind. Dabei ist der Stellenabbau die zentrale Frage im Finanzbereich. Dazu liest man leider nichts.

(Bischoff [SPD]: Das steht darin! Schwarz auf weiß!)

Nun kommen wir zu Schwarz-Gelb. Das, was in der Regierungserklärung von Herrn Platzeck gesagt wurde, das, was hier zugehört wurde, werden wir jetzt wochenlang hören.

(Zuruf von der SPD: Das ist auch richtig so!)

Das wird immer wieder gezogen: Der Bund - Schwarz-Gelb - ist schuld. Was die beschließen, hindert uns, richtig das zu machen, was wir wollen, was sich alle wünschen.

(Bischoff [SPD]: Auf unserem Buckel!)

Früher war es der Klassenfeind, und jetzt ist es Schwarz-Gelb.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

- Herr Bischoff, dass der Klassenfeind schuld war, das wussten wir. Aber wenn man einmal die Zahlen für das nächste Jahr, 2010, betrachtet und feststellt, was da an Mindereinnahmen zu verzeichnen ist, so muss man hinzusetzen: Das haben Ihre Truppen bis zum Wahltag - SPD auf Bundesebene - alle mit beschlossen.

Oder: Herr Platzeck sagt, Schwarz-Gelb mache Klientelpolitik. Gucken Sie einmal, was ab 1. Januar geschieht: Das ist für Familien, das ist für Kinder - das ist unsere Klientel.

(Beifall CDU und FDP - Ness [SPD]: Und Hotelbesitzer!
- Zuruf von der SPD: Vor allem für Reiche!)

- Keine Aufregung, liebe Kollegen, es geht weiter, der Höhepunkt kommt noch.

(Zwischenrufe bei der SPD - Zuruf von der CDU: Wie wär's mit einem Ordnungsruf?)

Was wäre, wenn Frau Merkel so reagiert hätte? Dann hätten wir seit anderthalb Jahren ständig und überall Klasse-Reden gehört

(Frau Alter [SPD]: Das macht sie doch!)

über den Feind, über die Finanzhaie, über die USA etc. Da hätte man ständig sagen können: Die sind schuld an der Krise, an der Finanzkrise, an der Wirtschaftskrise, das könnte man ständig geißeln. Aber was hat sie gemacht?

(Frau Alter [SPD]: Gar nichts! Sie reist herum!)

Sie hat einen Kurs entwickelt, der Deutschland erfolgreich durch die Krise führt. Wir sind das Musterland bei der Bewältigung der Krise.

(Beifall CDU - Ness [SPD]: Wer ist denn schuld an der Krise?)

Und genau das kann man von einer Landesregierung erwarten: dass sie die hier genannten Fakten - wie sich der Haushalt verändert, Solidarpakt, alles jahrelang bekannt - klar benennt. Also muss man - die nächsten fünf Jahre sind die entscheidenden - deutlich machen: Welche Wegstrecke will die Regierung denn bis zum Jahre 2014 zurücklegen, um 2019 wirklich in einer wirtschaftlich selbstständigeren Form zu sein? Das muss man erwarten.

Dabei gibt es natürlich Unsicherheiten. Aber diese Unsicherheiten in der Einnahmesituation hat auch Baden-Württemberg, hat auch Niedersachsen, die haben alle. Da kann man sich doch nicht einfach hinstellen und sagen: Jetzt sage ich nichts dazu, weil ich nicht weiß, wie es genau kommt.

(Bischoff [SPD]: Und jetzt gibt's noch einen obendrauf!)

Gucken Sie sich doch einmal die Koalitionsverträge an, die jetzt geschlossen wurden. Es haben ja mehrere Bundesländer Koalitionsverträge geschlossen. Da steht was drin. Oder wenn Sie dies nicht wollen, gucken Sie doch in unseren alten Vertrag von 2004! Wir haben damals massiv gestritten - das war mit das Heftigste -, und da steht was drin: über die Investitionsquote, über das Verhältnis von konsumtiv und investiv. Da steht Aufgabenkritik drin, da stehen Einsparpotenziale und Einsparziele drin.

(Minister Speer: Ja, das ist alles von mir! - Gelächter bei der CDU)

Das ist alles möglich gewesen in diesem Vertrag.

(Bischoff [SPD]: Aber Schönbohm war der Vorreiter; das stimmt! - Unruhe im Saal)

In diesem Vertrag, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, haben Sie sich eine dürre Seite genommen, auf der wirklich nichts steht. Es ist wirklich ein beispielloser Verlust an Verbindlichkeit. Es ist eben eine Wolke von Beliebigkeit.

(Bischoff [SPD]: Deshalb ja die Steuersenkungen!)

Das Wort Schuldenbremse zum Beispiel steht gar nicht darin.

(Minister Speer: Das ist ja auch ein Witz!)

Das hat der ehemalige Finanzminister mit ausgearbeitet und Platzeck im Bundesrat mit beschlossen. Es steht nichts darin; man muss sich nicht wundern. Platzeck hat es beschlossen, und der neue Finanzminister sagt, er hält nichts davon.

Nun weiß ich es nicht mehr ganz genau, aber wenn ich richtig informiert bin, klagt die eine Hälfte der Regierung gegen die andere - genau wegen der Schuldenbremse.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Da kann man es natürlich nicht hineinschreiben; da fehlt es natürlich.

(Beifall CDU und FDP)

Also: Ich kann lesen und rechnen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sie sagen: Wir übernehmen Verantwortung in schwieriger Zeit. - Aber Sie haben keinen Mut, Sie haben kein Selbstvertrauen, um sich wirklich Ziele zu setzen, die man dann auch einmal verfehlen kann. Das findet sich in diesem Vertrag nicht.

Das Motto der letzten Legislaturperiode lautete: „Erneuerung aus eigener Kraft“. Das passt auf keinen Fall mehr für die jetzige; das muss auch nicht sein. Es gibt ein neues Motto.

Wenn Sie sich die Summen, die im Koalitionsvertrag für irgend-etwas stehen, angucken, stellen Sie fest, dass diese größtenteils zu 100 % vom Bund finanziert sind. Zum Beispiel kommen die 12 Millionen Euro, die hier bei den Hochschulen extra erwähnt wurden, zu 100 % vom Bund; es kommen sogar 39 Millionen - kleine Korrektur.

(Heiterkeit bei der CDU)

Die 200 Millionen Euro für die Bauten sind mindestens zu 50 % vom Bund,

(Dr. Woidke [SPD]: Die sind nicht vom Bund, sondern vom Steuerzahler!)

im Krankenhausbereich zu drei Vierteln bzw. aus EU-Mitteln.

(Görke [DIE LINKE]: Das war vorher auch so!)

Das heißt, wir finden hier in diesem Vertrag eigentlich nur zwei Zahlen, die wirklich Landeszahlen sind, wo zu 100 % vom Land finanziert wird. Das sind das Schüler-BAföG und die Lehrergehälter; die konnten wir noch nicht abgeben.

(Zuruf von der CDU: Und die 40 Millionen für den Arbeitsmarkt!)

- Dazu komme ich noch. Die müsst ihr ja nicht ausgeben.

Das heißt, dieser Koalitionsvertrag enthält an vielen Stellen eine Kürzung, zum Beispiel im Wissenschaftsbereich. Darin steht: 200. Das ist de facto schon eine Kürzung. Und so passiert es an vielen Stellen, aber da wollen wir jetzt nicht kleinlich sein. Auf jeden Fall muss man sagen, dass dieser Koalitionsvertrag eigentlich ein Kofinanzierungsvertrag ist; die anderen sollen zahlen.

Wir sagen immer wieder: Keine Region darf abgehängt werden. - Ich habe mir genau angesehen, was hierin zum FAG steht. Meine Güte, das ist doch die entscheidende Stelle. Es geht nicht nur darum, wie die Verbundquote vielleicht verändert wird, sondern es geht darum, dass man das FAG anders stricken muss. Ansonsten können Sie in den Ämtern - unten in Elbe-Elster - die Bürgersteige hochklappen, Sie können das nicht einmal bezahlen, wenn Sie weiterhin nur auf Schlüssel, auf Personenzahlen setzen. Das muss geändert werden.

(Beifall CDU)

Wenn man wirklich alle Regionen einbeziehen, keinen abhängen will, dann ist das ein wichtiger Punkt.

Sehen wir den Koalitionsvertrag insgesamt an: Es steht sehr oft darin, dass man bewährte Dinge beibehalten wolle. Wir haben es gerade genannt bekommen: „Stärken stärken“ in der Wirtschaft ist so etwas. Man evaluiert und modifiziert vielleicht ein bisschen, aber im Prinzip will man die guten Sachen beibehalten. Der neue Wirtschaftsminister hat im Moment die größte Zustimmung, wenn er sich irgendwo hinstellt und sagt, dass er die Politik von Uli Junghanns nicht grundlegend ändern wolle.

Nun könnte man sagen: Das ist doch gut, wenn die Fortsetzung dieser erfolgreichen Politik dort drinsteht. Die SPD hat das durchgesetzt. Die SPD ist ja nicht dumm.

(Das stimmt! bei der SPD)

- Ich muss euch auch einmal was Gutes tun.

Die SPD hat das durchgesetzt, weil sie natürlich die Erfolge der letzten Jahre kennt: Halbierung der Arbeitslosenzahlen, Verdoppelung der Exportquote, Spitzenplätze im Wissenschaftsbereich. Das kennt sie natürlich. Also ist sie an der Stelle so klug, das durchzusetzen, und es hat funktioniert. Die Linke hat es akzeptiert, und wir lesen jetzt staunend, was da alles von den Linken getragen wird. Im Saarland haben die Grünen nur knapp über 5 %.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Ja!)

Sehen Sie sich diesen Koalitionsvertrag an, wessen Handschrift darin ist!

(Beifall DIE LINKE - Görke [DIE LINKE]: Haben Sie schon mal den von der CDU gelesen?)

Also, wir lesen jetzt, dass die Linken für die CCS-Verpressung sind, natürlich unter Randbedingungen. Wir lesen, dass die Linken das, was wir in der Gentechnik gemacht haben, ganz okay finden, dass sie für den beträchtlichen Stellenabbau im öffentlichen Dienst sind, dass sie nicht mehr kostenlose Schülerbeförderung wollen, und das kostenlose Mittagessen geht auch nicht. Also könnte man sagen: Ärgert euch nicht, die machen ja

die ordentliche Politik weiter - es sind bloß andere Leute -, nun seid nicht so mickrig!

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

Aber, das ist gerade kreuzgefährlich, das ist zu wenig. Das meine ich ernst. Das ist wirklich zu wenig. Die Welt hat sich weitergedreht, und es ist ein Rückschritt, Bestandsverwalter zu sein.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Ich will an einem Beispiel illustrieren, was für mich so gefährlich, wirklich gefährlich ist und Sorge auslöst. Ich nehme das Beispiel Wissenschaft. Da stehen viele handwerkliche Fehler drin; das ist alles nicht so wichtig.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es steht auf jeden Fall darin: Der Hochschulpakt als wirklich gutes Instrument wird weitergeführt. Das ist sehr gut. Es steht darin, dass man das Konzept, das wir bei der Studienwerbung entwickelt haben, halten und weiter ausbauen will. Klar, da haben wir ja den ersten Platz in der Bundesrepublik Deutschland. Also, das ist okay.

(Dr. Woidke [SPD]: Ist doch sehr konkret, Frau Wanka!)

Das können Sie auch nicht so schnell kaputtmachen. Da müssen sogar Sie sich anstrengen. Ein paar Jahre geht das noch.

(Beifall CDU)

Aber die eigentliche Frage der nächsten Jahre, was im Wissenschafts- und Hochschulbereich passiert, wird überhaupt nicht erkannt. Es unterscheidet sich generell von dem, was wir die letzten zehn oder zwölf Jahre hatten, denn es gibt im Ergebnis des Bildungsgipfels, der 10%-Klausel, einen ganz verschärften Wettbewerb. Der Pakt für Forschung und Innovation wird nicht einmal erwähnt. Dieser Wettbewerb, diese neue Herausforderung ist für uns gefährlich. Sie können mir glauben, ich hatte schlaflose Nächte,

(Oh! bei der SPD)

weil ich überlegte, was man machen kann. Das müssen wir uns nämlich jetzt überlegen. Ich erwarte nicht von Frau Münch, dass sie eine Antwort parat hat. Aber ich erwarte, dass man wenigstens sieht, was die generelle Frage ist, und sich nicht damit zufrieden gibt, Dinge weiterzumachen, die schon laufen. Wir können an dieser Stelle mit dem Hochschul- und Wissenschaftsstandort Berlin-Brandenburg richtig baden gehen, weil dieser Wettbewerb nicht einfach zu bestehen ist und wir nicht genügend Geld haben, um das mit Geld auszugleichen. Wir müssen mit Ideen leben und die zum richtigen Zeitpunkt haben, sonst klappt es nicht. Wir haben den Zeitpunkt schon einmal verpasst, wenn man sich die Lehrstellensituation anguckt. Hier darf nicht wieder verpasst werden.

Das, was ich an diesem einen Beispiel dargelegt habe, gilt an verschiedenen Stellen in diesem Koalitionsvertrag: Man begnügt sich damit, das aufzuzählen, was okay war, und will weitermachen, aber man stellt die wichtigen Fragen für die Zukunft nicht mal und begnügt sich damit, das Bestehende zu

verwalten, anstatt die Zukunft zu gestalten. Das wäre aber wirklich wichtig.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Nun kommen wir einmal zu dem, was uns hier alle so neugierig gemacht hat

(Schippel [SPD]: Was war das bis jetzt?)

- das war Kritik, Herr Schippel -: Zu den neuen Gemeinsamkeiten.

(Heiterkeit - Zurufe)

- Nein, nein. Ich will Ihnen nur illustrieren, wie das wahrgenommen wird.

Also, Sie haben den Anspruch, Politik neu auszurichten. Das muss man ja auch, sonst braucht man keine neue Koalition. Politik neu ausrichten - das heißt Wirtschaft und Soziales neu zu verbinden. Ich sage etwas zu zwei Feldern, an denen das immer festgemacht wird. Das erste ist der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor. Die Linken forderten in ihrem Programm 15 000 Stellen; jetzt stehen 8 000 darin. Da will ich gar nicht meckern.

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Das ist okay. Man muss einen Kompromiss machen. Man bekommt nicht immer alles zu 100 %. Also 8 000 öffentlich geförderte Beschäftigungspositionen mit einer Summe - Herr Baaske machte gerade darauf aufmerksam, weil er dachte, dass ich es vergesse - von 40 Millionen Euro für die nächsten fünf Jahre.

Jetzt müssen Sie sich einmal die Gebrauchsanweisung der Linken ansehen, wie man den Koalitionsvertrag - er wurde gedruckt, man findet ihn an verschiedenen Stellen - für die eigene Klientel liest, damit sie einsieht, was mit diesem Vertrag an Gutem erreicht wurde. Ich zitiere aus dieser Gebrauchsanweisung:

„Um so wichtiger ist das klare Bekenntnis der SPD-LINKS-Koalition in Brandenburg, alles in ihren eigenen Kräften Stehende für den öffentlichen Beschäftigungssektor zu tun und damit auch - an der Seite des Landes Berlin“

- jetzt kommt das, was ich besonders stark finde -

„ein Referenzprojekt für einen Politikwechsel auf Bundesebene ab 2013 zu schaffen.“

Nichts Geringeres ist der Anspruch.

(Oh! bei der CDU)

Ein Referenzprojekt für den Politikwechsel 2013 - ein großer Ansatz!

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Jetzt rechnen wir - das kann ich ein bisschen -: 8 000 Beschäftigungspositionen, 40 Millionen Euro in fünf Jahren - das macht pro Beschäftigungsposition, die man schafft, 1 000 Euro im Jahr. Auf den Monat heruntergerechnet sind das 83 Euro pro Person. Nun ist natürlich klar, dass man keine Beschäftigung

im öffentlichen Bereich hat, die nicht durch den Bund oder die Kommunen kofinanziert wird.

(Görke [DIE LINKE]: Sie sollten einfach bei der Wissenschaft bleiben. Sie haben keine Ahnung. Gehen Sie mal in den Kreistag! - Weiterer Zuruf: Da steht: „mit Bundesmitteln“!)

- Ja, ich bin ja dabei. Zuhören! Nur nicht ungeduldig werden! Zuhören muss man schon noch können.

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Das ist völlig klar, das haben wir immer so gemacht. Das funktioniert zum Beispiel auch beim Kommunal-Kombi. Das ist ein vernünftiges Programm, das wir gemeinsam beschlossen haben. Die dreieinhalbtausend Stellen sind sehr, sehr nützlich für das Land.

Natürlich steht darin: „mit Bundesmitteln“. Aber Sie sind ja alle für den Mindestlohn. Das heißt, zu diesen 83 Euro müssen pro Monat und Person 1 300 Euro kommen.

(Görke [DIE LINKE]: Sie machen sich einfach lächerlich. Hören Sie auf!)

- Nein, Herr Görke.

(Görke [DIE LINKE]: Wenn das ein Kreistagsabgeordneter hört!)

Die müssen aus einer anderen Position kommen, vom Bund oder von den Kommunen. Deshalb sagte Herr Baaske vor 14 Tagen, er sei sich nicht sicher, ob das so kofinanziert werde. Und nun sehen wir einmal nach Berlin; das Referenzprojekt wird ja gemeinsam gemacht. Berlin hat den öffentlichen Beschäftigungssektor. Berlin hat siebeneinhalbtausend Stellen und zahlt viel, viel mehr in einem Jahr, als Sie in fünf Jahren überhaupt zu zahlen gedenken.

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Nach Einschätzung der Berliner SPD ist der öffentliche Beschäftigungssektor kostenintensiv und erreicht nur wenige Menschen. Daher solle man sich genau überlegen, ob man das Projekt fortsetzt. Ich finde es durchaus makaber, sich das Referenzprojekt für den Sturz der gegenwärtigen Bundesregierung im Jahre 2013 nun ausgerechnet vom Bund in dieser Dimension bezahlen zu lassen.

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP)

Wir haben soeben die Aussage gehört, dass alle erreicht werden sollen. Aber bei diesem großen Gemeinschaftsprojekt wollen Sie allen etwas vorgaukeln.

(Beifall CDU)

Es gibt eine zweite Gemeinsamkeit zwischen den Koalitionspartnern: die Bildungspolitik. Darauf kommt man sofort, das ist klar. Da Bildungspolitik Ländersache ist, hat man auf diesem Gebiet Möglichkeiten und kann wirklich im Land gestalten. In der Bildungspolitik gab es immer Ärger zwischen SPD und CDU, weil sie bei der SPD sehr stark ideologisch geprägt ist.

(Lachen bei der SPD)

Bildung, Bildung, Bildung - das ist die Chance für Brandenburgs Zukunft. Deshalb haben wir von der CDU uns in unserem Wahlprogramm, was finanzielle Forderungen anbetrifft, auf den Bildungsbereich konzentriert. Wenn wir aus der Krise besser herauskommen wollen, als wir hineingegangen sind, dann müssen wir in diesem für uns sehr wichtigen Bereich klotzen.

Die Verbesserung der Betreuungsrelation in den Kitas sowohl bei den über 3-Jährigen als auch bei den unter 3-Jährigen ist sehr in Ordnung. Man kann sich mehr wünschen, aber wenn man auch als Opposition verantwortungsvoll ist, dann sieht man, dass das eine Menge Geld kostet. Hier geht man einen wichtigen Schritt, der vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden kann.

Nächster Punkt: Lehrer. Frau Große, Sie wollten 2 500. Die ausgehandelten 1 250 sind die Hälfte dessen. Ich sage trotzdem: Das ist der Einstellungskorridor, den wir in den vergangenen Jahren immer hatten, im Schnitt 250 pro Jahr. Das ist auch okay. Es wäre zu überlegen, ob man bei der Einstellung ein bisschen vorzieht.

Wenn nun gesagt wird, man wolle, auch wenn die Kinderzahl zurückgeht, die Schüler-Lehrer-Relation von 1 zu ca. 15 beibehalten, dann ist das eine Sache. Aber diesen Durchschnitt haben wir schon jahrelang. Er allein nützt jedoch nichts, geht es doch um den Zusammenhalt des Landes. Im Bildungsbereich gibt es eine Zweiteilung: Im ländlichen, berlinfernen Raum herrschen grundsätzlich andere Bedingungen als im berlinnahen Raum. Dem muss man Rechnung tragen. Wenn sich in dieser Legislaturperiode die Zahl der Schüler, die das Gymnasium besuchen, halbiert, dann muss man sich überlegen, wie man darauf reagiert. Schließt man die Gymnasien im berlinfernen Raum? Natürlich will man das nicht. Der Verweis auf den Durchschnitt verkleistert also die wahre Situation. Es geht zum Beispiel um eine Begrenzung der Klassenstärken gerade im Speckgürtel, sodass es nicht mehr 28 Schüler, sondern weniger sind. Das ist möglich. Davon findet sich in Ihrem Vertrag ebenso wenig wie eine Unterrichtsgarantie. Damit fängt es jedoch an. Wenn man will, dass sich alle gut entwickeln, dann muss wenigstens der Unterricht stattfinden.

(Beifall CDU)

Von Herrn Platzeck habe ich vorhin einen Satz gehört, den ich schon gestern Abend beim Lesen des Manuskripts komisch fand. Demnach sei es nicht so, dass die einen Kinder schlau seien, die anderen nicht. Natürlich sind Kinder unterschiedlich. Manche sind sportlich begabt, manche sind musisch begabt, manche sind praktisch begabt. Alle Kinder sind ganz unterschiedlich. Deswegen lautet unser Credo, gleiche Chancen für alle zu eröffnen. Das erreicht man nicht, indem man für alle dasselbe vorgibt, sondern man muss eine größtmögliche individuelle Förderung hinbekommen.

(Beifall CDU)

Es geht um die Förderung sowohl derjenigen, die besonders begabt sind, als auch derjenigen, die besondere Schwierigkeiten haben. Deswegen finde ich den Ansatz, Förderbedarfe zu reduzieren und an deren Stelle einfach „FLEX“ zu schreiben, nicht sehr gut. „FLEX“ begrüße ich zwar, aber es wird hier nicht finanziell unteretzt.

Auch der Punkt „Klassengrößen“ ist wichtig, nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Eltern, damit sie gern in Falkensee oder woanders wohnen und dort ihre Kinder in Schulklassen schicken können, in denen sie individuell gefördert werden. Wenn man jedes Kind mitnehmen will, dann ist das entscheidend. Das geht, aber es steht kein Satz dazu im Koalitionsvertrag.

(Beifall CDU)

Aber ich wollte etwas zu den Gemeinsamkeiten von SPD und Linke sagen. Alle Journalisten wissen: Das war immer der erste Punkt, der einem dazu einfiel. Da ist vielleicht der Unterschied zwischen SPD und CDU größer.

Wenn aber Vokabeln wie „Ausortieren“ auftauchen, dann finde ich: Wenn es um Politik für Kinder geht, sollte man mit solchen Vokabeln nicht arbeiten.

(Unruhe bei der Fraktion DIE LINKE)

- 20 Jahre SPD! Das ist an der Stelle ganz klar.

Eines der Schlüsselprojekte der Linken - ich habe mir Ihre Forderungen angesehen; ich glaube, es war Schlüsselprojekt Nr. 10 oder Nr. 11 - war die Gemeinschaftsschule. Nun lese ich dieses Papier und wundere mich: Warum steht davon nichts darin? Angeblich haben wir Sie doch immer an dem gehindert, was alle die ganze Zeit gewollt hätten. Nicht einmal ein ordentlicher Modellversuch ist vorgesehen. Warum denn nicht? Warum wird nicht etwas in diese Richtung getan?

(Frau Geywitz [SPD]: Fehlt Ihnen das jetzt, oder was? - Zuruf der Abgeordneten Große [DIE LINKE])

- Ob Sie das gut finden oder nicht, Sie mussten ja dafür kämpfen, Frau Große.

(Zuruf von der SPD: Stellen Sie mal einen Antrag!)

- Nein, ich bin darüber sehr froh und erleichtert. Aber ich bin auch erstaunt, weil ich eine gewisse Erwartungshaltung hatte, was jetzt kommen würde. Ihr könntet das jetzt umsetzen.

Wirklich entscheidend ist die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs. Diesen Punkt bitte ich sehr ernst zu nehmen. Diese Möglichkeit ist entscheidend für den Zusammenhalt, für die Solidarität in einer Gesellschaft. Hierzu lautet die Aussage im Koalitionsvertrag, mehr Schüler zum Abitur zu führen. Das kann man anstreben, aber das ist die Antwort von gestern! In den 70er Jahren war das das große Thema. Wenn ein Kind Abitur machen konnte, stieg es in eine andere soziale Schicht auf. Heute sind wir in einer völlig anderen Situation. Es ist einfach altmodisch, das zum Maßstab zu nehmen.

(Beifall CDU)

Wir wissen, dass in dieser Hinsicht zum Beispiel die USA uns gegenüber große Vorteile haben. Dort kann man von jeder Ecke aus starten und dann auch ankommen und hat nicht dieses Kästchensystem. Deswegen ist das Entscheidende nicht die Eingangshürde Abitur, sondern die Durchlässigkeit im Schulsystem generell bis hinein in den Hochschulbereich.

(Beifall CDU sowie vereinzelt bei der Fraktion DIE LINKE und SPD - Bischoff [SPD]: Es lebe die Gesamtschule!)

- Nein, es geht um Durchlässigkeit von jeder Stelle aus. Sie haben es völlig missverstanden.

Was also hätte im Koalitionsvertrag stehen sollen? Schauen Sie nach Sachsen. Auch dort wurde kürzlich ein Koalitionsvertrag unterzeichnet. Sachsen ist Gewinner bei PISA. Sachsen ist, was soziale Gerechtigkeit beim Bildungserfolg anbetrifft, wie Finnland Spitzenreiter. Denen geht es richtig gut. Die Sachsen haben insoweit eine starke Stellung. Lesen Sie bitte den dortigen Koalitionsvertrag! Dort ist Durchlässigkeit konsequent gegeben.

(Frau Lehmann [SPD]: Dass sie durchfallen!)

- Nein, nein. Es ist Durchlässigkeit gegeben, sodass man an jeder Stelle starten kann. Das ist eine moderne Antwort.

Die Vorhaben zum Abitur und zum Schüler-BAföG sind nicht schlecht, das kann man machen.

(Zuruf von der SPD: Muss man machen!)

Wenn jetzt 53 Millionen Euro und damit 5 Millionen Euro mehr dafür ausgegeben werden, dann ist das okay.

Dennoch: Sie geben eine Antwort von vorgestern auf eine Frage, die sich uns heute stellt. Die Frage halte ich für so wichtig wie Sie. Vorhin hat der Herr Ministerpräsident mit einem gewissen Pathos gesagt: Mit uns wird es keine Studiengebühren geben. - Schauen sie einmal in die anderen neuen Bundesländer, auch in jene, die schon immer CDU-regiert sind. Auch dort gibt es keine Studiengebühren. Das steht in den Landesgesetzen. Alle Länder sind so schlau, das nicht zu machen. Wir haben den entsprechenden Vorschlag im vergangenen Jahr eingebracht. Das zählt leider nicht zu den Punkten, bei denen Sie sozusagen eine Erweiterung unserer Politik vorgenommen hätten.

Von der neuen Koalition ist immer wieder zu hören und zu lesen, Brandenburg solle gerechter werden.

(Zuruf von der SPD: Es geht um Chancengleichheit!)

Ich schaue in den Saal und stelle fest: Jeder, einschließlich der Gäste auf den Besucherbänken, ist dafür. Mehr Gerechtigkeit wollen wir alle. Wie aber erreicht man dieses Ziel? Was sind Ihre Antworten? Oder wenigstens: Wie lauten Ihre entsprechenden Fragestellungen?

Auch Kinderarmut ist etwas, was uns alle bedrückt. Diese darf nicht zunehmen. Das ist richtig. Ich hoffe, dass wir in Brandenburg unter Rot-Rot nicht die Entwicklung nachvollziehen, die wir in Berlin seit 2005 haben. Schauen Sie sich die gestiegenen Zahlen bezüglich der Kinderarmut an. Die höchste Kinderarmutsquote in der Bundesrepublik Deutschland haben wir in Berlin. Das will ich nicht für Brandenburg. Wenn im Koalitionsvertrag steht, dass wir die Kinder von Hartz-IV-Eltern mehr fördern müssen, dann ist das völlig okay. Aber die Frage lautet: Wie wollen Sie es machen? - Dafür brauchen Sie Geld.

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Mir geht es um die Frage, was an dieser Stelle ideologisch ist. Schauen Sie wieder nach Sachsen, auf das, was Kindern, deren Eltern von Hartz IV leben, geboten wird, was es dort umsonst gibt, was dort hinzukommt. In Sachsen geht das. Und warum?

Ganz einfach, weil man dort eine kluge Finanzpolitik gemacht hat, und zwar schon in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Ich habe nun die Sorge, dass Sie große Töne anschlagen und sagen, was Sie alles wollen, aber mit Ihrer Politik dafür sorgen, dass sich die Spielräume, um das zu bezahlen, verringern, dass die Schulden steigen und die Chancen gerade für diese Kinder damit sinken.

(Beifall CDU)

Wie kann man die Wirtschaft ankurbeln? Wenigstens solche kleinen Sachen sollte man schnell hinkriegen. Man muss überlegen, welche Sonderkonditionen durch die Konjunkturpaketmittel bestehen - Vergabegrenzen etc. - und wie man sie weiter nutzen kann. Im Koalitionsvertrag steht dazu: Wir prüfen das bis Mitte des nächsten Jahres. - Vielleicht geht es auch einmal ein bisschen schneller, denn das ist nicht unwichtig.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aus Sicht der CDU sage ich: Ihnen fehlt ein Kompass für die Ordnungspolitik und die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren. Es ist für mich kein Zufall, dass die Vokabel „soziale Marktwirtschaft“ nicht auftaucht.

(Görke [DIE LINKE]: Was selbstverständlich ist, müssen wir nicht hinschreiben!)

Warum kann sie nicht auftauchen? Es gab vor geraumer Zeit ein Bekenntnis des Ministerpräsidenten zu dieser sozialen Marktwirtschaft. Im Koalitionsvertrag bekennen Sie sich zu allem Möglichen: zu den Musikschulen, zum Jüdischen Landesverband, zur Freiheit der Wissenschaft, zu den Sparkassen. Aber es gibt kein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Warum? Ich zitiere an dieser Stelle nicht Lafontaine oder Gysi, sondern Herrn Bisky, der allen in guter Erinnerung ist, und zwar aus einer Publikation vom Juni 2007, nicht von vor zehn Jahren:

„Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse ... Wir stellen die Systemfrage! ... Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED, und auch die neue Partei DIE LINKE - wir stellen die Systemfrage.“

Also kann man bei einer solchen rot-roten Konstellation natürlich kein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft erwarten.

(Beifall CDU und FDP)

Aber irgendetwas zum Staat muss ja drinstehen. Also steht dort etwas über „vorsorgende Sozialstaatlichkeit“. Ich trete mit Ihnen jetzt in keine Diskussion über den vorsorgenden Sozialstaat. Ich zitiere stattdessen den immer schwer zu ertragenden SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach - an dieser Stelle finde ich ihn klasse -:

„Der Begriff 'vorsorgender Sozialstaat' ist eine Floskel. Es ist eine Binsenweisheit, dass jeder Sozialstaat vorsorgen muss.“

Damit möchte ich es an dieser Stelle, was den Sozialstaat betrifft, belassen.

Ich habe mich über folgenden Satz im Koalitionsvertrag gewundert und darüber gelächelt:

„Wir ... sind offen für gute Ideen, woher sie auch kommen.“

(Frau Stobrawa [DIE LINKE]: Das unterscheidet uns von Ihnen!)

Ich habe gelacht und gedacht, dass noch nicht alle kapiert haben, dass sie nun in der Regierung sind. Von ihr müssen in allererster Linie die Ideen kommen. Aber ich merke beim Lesen des Koalitionsvertrages, dass Sie es bitter nötig haben, Ideen von anderen zu nehmen.

(Beifall CDU, FDP sowie GRÜNE/B90)

Ich sage an dieser Stelle ganz ernsthaft - Sie können uns testen -: Wir machen gerne gute Vorschläge und bringen unsere Ideen ein. Dann werden wir sehen, wie man damit umgeht. Wir nehmen diese Aufforderung also gerne an.

Nun haben wir seit dem 06.11. eine neue Landesregierung, ein rot-rotes Projekt, das nicht berechenbar ist. Es gibt schon jetzt Versuche, den ungeliebten Koalitionsvertrag - Zitat Frau Kaiser - „zu unterlaufen“. Herr Gysi gibt auf dem Parteitag öffentlich, vor laufenden Kameras den Ratschlag, den Koalitionsvertrag erst einmal zu unterschreiben und dann aus der Fraktion heraus gegen den Stellenabbau im öffentlichen Dienst zu stimmen. Frau Tack, zwei Tage im Amt, sagt: Bei mir geht das gar nicht. -

Beim Thema Braunkohle war ich auf den Formelkompromiss neugierig, mit dem man aus dieser Sache wieder herauskommt. Dann habe ich den Koalitionsvertrag gelesen und festgestellt, dass er diesbezüglich 100%ig, bis in die letzte Prozentzahl, der Energiestrategie 2020 des Landes entspricht.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Dann haben Sie den doch nicht 100%ig gelesen!)

Ich will aber nicht auf diesen Punkt hinaus, sondern darauf, dass dort auch gehandelt werden muss. Lesen wir noch einmal in der Gebrauchsanweisung der Linken für ihre Mitglieder.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dort steht, wie man sich verhält: Zeit schinden. - Es ist ganz klar, wie das dann funktioniert. Mit der einen Hand wird die Genehmigung unterschrieben - das macht wahrscheinlich Frau Tack - und mit der anderen das Protestschild hochgehalten. Das hatten wir schon in der Verhandlungsphase. Ich glaube, meine Damen und Herren, Sie sind wirklich Spitze darin, Regierung und Opposition gleichzeitig zu sein.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90 sowie Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Da nützt Ihnen natürlich Ihre Ausbildung. Im dialektischen Materialismus, diesem Halbwissen, sind viele von Ihnen wirklich geschult. Das alles bei einem Koalitionspartner SPD, der kein Disziplinierungspotenzial hat. Deswegen befürchte ich, was den praktischen Verlauf anbetrifft, eine Chaoskoalition.

(Beifall CDU sowie Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Sie kennen das Problem ja schon länger, oder?)

- Da hatte ich keins.

Ich komme zum Schluss. Es ist das Wesen der Demokratie, dass man ein Amt auf Zeit hat. Das ist völlig in Ordnung und ganz normal. Es ist auch ganz normal, dass die Opposition Regierungsverantwortung anstrebt. Aber was wir nicht als normal empfinden, ist an dieser Stelle die Entscheidung von Herrn Platzek für dieses Experiment Rot-Rot, um längerfristig die SPD zu stärken. Ob das funktioniert oder nicht, müssen wir hier nicht diskutieren. Aber dieses Experiment zur Stärkung einer Partei geschieht auf dem Rücken und zulasten Brandenburgs, denn die Konsequenzen betreffen das ganze Land. Das geht nicht. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall CDU und FDP)

Ich habe an einzelnen Stellen deutlich gemacht, was das Besorgniserregende ist an dem, was konzeptionell nicht vorhanden ist, was substantiell fehlt. Diese Partei hat unser Land schon einmal an die Wand gefahren. Man kann sagen, das ist 20 Jahre her, da sind jetzt ganz andere, von denen der eine oder andere ganz klug ist und das ordentlich macht. Wenn Sie sich aber die Philosophie und das Gesellschaftsbild dahinter anschauen, zum Beispiel das hemmungslose Verschulden, dann ist ganz klar, was passiert und dass man seine Existenzberechtigung einem Zerrbild der Gesellschaft entnimmt.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Wer hat denn das Land in die Krise geführt? Gehen Sie doch einmal auch mit sich selbst kritisch um!)

Seit Wochen, seit Herr Platzek entschieden hat, den Vertrag gemeinsam mit ehemaligen Stasispitzeln zu unterschreiben, sind wir bundesweit negativ in den Schlagzeilen. Wir werden auf diese Sache reduziert. Wir haben jahrelang unter dem Image gelitten, ein Land der verkorksten Großprojekte zu sein. Es dauert Jahre, ein solches Image zu beseitigen. Deswegen ist es derzeit schwer zu ertragen - das kann man versuchen wegzulächeln -, dass 42 % der Ostdeutschen mit der Demokratie unzufrieden sind. Wissen Sie, welche Gründe die Untersuchung für die Unzufriedenheit der Ostdeutschen mit der Demokratie angibt? Die fehlende Glaubwürdigkeit der Politiker.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Da gehören Sie auch zu!)

Darum geht es hier und heute. Es geht um die Glaubwürdigkeit und die Integrität von Politik. Das müssen die Grundlagen politischen Handelns sein.

Ich habe vorhin einen Satz gehört, der mir fast die Schuhe ausgezogen hat. Der Satz lautete - ich bekomme ihn jetzt nicht ganz wörtlich zusammen -, dass die Bürgerrechtler 1989 dafür gesorgt hätten, dass die SED eine wirklich demokratische Partei in einer pluralistischen Gesellschaft werden konnte.

Ich kann Ihnen sagen: 1989 haben wir uns engagiert, zum Beispiel gegen Wahlfälschung, für Chancen für unsere Kinder, für Freiheit, für vieles, aber am allerwenigsten dafür, dass die SED eine wirklich demokratische Partei in einer pluralistischen Gesellschaft werden kann.

(Anhaltender Beifall CDU - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Ich will Ihnen noch einmal sagen, warum. Versetzen wir uns noch einmal in diese Zeit. Viele hier kennen sie ja und gehörten

nicht zu denen, die Einfluss hatten. Wir waren im Prinzip machtlos. Es war - das ist ja klar - eine Diktatur. Das heißt, wir hatten keinen Einfluss auf die Presse. Wir mussten das lesen, was in der Presse stand. Wir hatten keine Möglichkeit, politisch etwas über Gerichte einzuklagen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Woidke [SPD])

Wir hatten unwürdige Rituale, wenn ich an die Mai-Demonstrationen oder die vielen Fahnenappelle denke. Trotz alledem hatten wir etwas, was Sie uns nicht nehmen konnten, was wichtig war, was entscheidend war: innere Unabhängigkeit, sich nicht verbiegen um des Vorteils willen. Das halte ich für ganz entscheidend. Es geht heute um die Macht, aber es geht nicht um die Macht um jeden Preis. Deshalb möchte ich nicht in der Haut von einigen Leuten stecken. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall CDU - Zurufe von der SPD)

Präsident Fritsch:

Ich begrüße unsere Gäste von der WEQUA Lauchhammer. Sie merken schon, es wird ein interessanter Vormittag werden. - Das Wort erhält die SPD-Fraktion. Es spricht der Abgeordnete Dr. Woidke.

Dr. Woidke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kollegen! Kurt Schumacher hat einmal gesagt: Opposition ist der ernsthafte Versuch, der Regierung seinen eigenen Handlungswillen und seine Ideen aufzuzwingen. - Frau Wanka, Sie haben nicht nur Kurt Schumacher, Sie haben auch mich mit Ihrer Rede enttäuscht. Es war weder Handlungs- noch Gestaltungswillen aus der CDU zu erkennen. Wir haben eine Schneckenhausrede gehört.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Allerdings hat dieses Schneckenhaus eine biologische Besonderheit. Es hat offensichtlich nur eine Windung und keinen Ausgang.

(Heiterkeit bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das sagen Sie mal den GRÜNEN!)

- Ich kann das ja noch vertiefen.

(Lachen bei der SPD)

Sie krabbeln um ihre eigene Achse und meinen, es sei die Mitte der Gesellschaft. Das ist der Irrtum im Land Brandenburg, und das ist der Irrtum in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie haben damit gezeigt, dass Sie nicht wissen, wie die Menschen in unserem Land Brandenburg denken. Sie haben damit gezeigt, dass Sie nicht wissen, was die Menschen in diesem Land bewegt. Sie haben gezeigt, dass es Ihnen zuvörderst um politische Konfrontation, Beschimpfung und Belehrung geht, nicht aber um eine konkrete Verbesserung der Lebenschancen der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, das ist keine Oppositionspolitik. Das ist schlichtweg Realitätsverweigerung.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wenn Sie hier Leuten Vorträge halten wollen über Geschichten von vor 1989, dann rate ich Ihnen dringend, sich erst einmal mit der Geschichte der Block-CDU zu beschäftigen, die ohne weitere Diskussionen einverleibt worden ist.

(Jawohl! bei der SPD)

Wenn Sie aus Versehen die frühen Werke von Gerald Götting im Jahre 1989/90 geschreddert haben sollten, dann kann ich Ihnen die von meiner Mutter zur Verfügung stellen; die habe ich nämlich aufgehoben. Ich würde Ihnen da aus der Klemme helfen. Ich denke, diese Aufarbeitung ist auch in Ihrem Sinne dringend nötig, um solche Irrungen und Verwirrungen wie die um den sächsischen Ministerpräsidenten in diesem Sommer zu vermeiden. Es ist in Ihrem eigenen Interesse.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die neue Koalition hat sich das Motto „Gemeinsinn und Erneuerung: Ein Brandenburg für alle“ gegeben. Der Satz umschreibt sowohl das Ziel als auch - Frau Wanka, da bin ich natürlich vollkommen anderer Meinung als Sie - den Weg für die kommenden fünf Jahre. Wenn Sie vorhin gesagt haben, der Koalitionsvertrag sei unkonkret, müssen Sie ihn wirklich verwechselt haben. Momentan sitzt die „Selbsterfahrungsgruppe Bundeskabinett“ in Meseberg und versucht, die gemachten Festlegungen zu deuten. Dass diese Deutung nicht ganz einfach ist, hat man gestern Abend wieder im Fernsehen hören können: Wir sind uns sicher, dass wir in vielen Punkten keine Einigung erzielt haben werden, wenn wir Meseberg verlassen, aber wir sind uns sicher, dass wir uns einig sind. - Wenn das der Kontext der Bundesregierung für die kommenden Jahre ist, dann: Gute Nacht, Deutschland!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Unser Ziel ist es, Brandenburg auf gesunde Füße zu stellen. Dafür wird die SPD-Fraktion, dafür wird die Koalition, dafür wird die Landesregierung in den kommenden Jahren hart arbeiten. Wir wollen und wir werden auch in fünf Jahren sagen: Brandenburg ist vorangekommen. Ich bin sicher, dass uns das nachdrücklich gelingen wird.

(Zuruf bei der CDU)

- Sie kennen sich mit der Ost-CDU noch besser aus, das glaube ich Ihnen.

Wir Sozialdemokraten haben im Wahlkampf versprochen, für mehr Zusammengehörigkeit und mehr Gerechtigkeit zu kämpfen. Wir werden Wort halten.

Deshalb werden wir dem Landtag das Schüler-BAföG vorlegen. Zum neuen Schuljahr können dann Kinder aus einkommensschwachen Familien mit finanzieller Unterstützung in der Abiturstufe rechnen. Wir halten Wort.

Deshalb werden wir im Landtag Anfang des kommenden Jahres ein Mindestlohn- und Vergabegesetz diskutieren, damit ab Sommer öffentliche Aufträge nur noch vergeben werden, wenn Tarifverträge eingehalten und - meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, mit Ihnen war das leider nicht möglich - ein Mindestlohn gezahlt wird. Wir halten Wort.

(Beifall SPD - Zuruf von der CDU)

- Wir werden uns darüber an dieser Stelle noch unterhalten können.

Deshalb werden wir im nächsten Haushalt dafür sorgen, dass die Zuschüsse für die Kindertagesstätten in Brandenburg steigen, sodass neue Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden können, damit jedes Kind die beste Förderung erhält. Frau Wanka, ich hätte von Ihnen gern Ihre persönliche Meinung zu der im Bundeskoalitionsvertrag nun wirklich konkret festgeschriebenen Herdprämie gehört. Sie ist das falsche Signal - sie ist das falsche Signal an die Familien und an die Gesellschaft.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir werden sehr schnell dafür sorgen, dass neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden, damit in den Schulen die Qualität der Ausbildung steigt und unsere Kinder mehr Lebenschancen erhalten. Wir halten auch in diesem Punkt Wort.

Diese Kernprojekte der neuen Regierung stehen im Koalitionsvertrag. Sie müssen sehr schnell darüber hinweggeblättert haben, wenn Ihnen das nicht aufgefallen sein sollte. Sie standen auch schon im Regierungsprogramm der SPD, das wir vor der Landtagswahl vorgelegt haben. Darauf sind wir stolz. Die SPD-Fraktion wird mit aller Kraft dafür sorgen, dass es nicht nur beim Papier bleibt, sondern dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger ganz konkrete Verbesserungen in ihrem Leben spüren werden.

Der Satz „Unseren Kindern soll es einmal besser gehen“ gehörte immer zu den Leitideen der Sozialdemokraten. Leider ist diese Leitidee in den letzten Jahren etwas aus dem Blick geraten - angesichts der vielen Veränderungen nach der Wende, angesichts der fast vollständigen Deindustrialisierung, des Umbaus der gesamten Gesellschaft vielleicht auch in Teilen verständlich. Aber wir wollen, dass dieser Satz wieder Wirklichkeit wird: „Unseren Kindern soll es einmal besser gehen.“ Das ist für uns sozial und gerecht. Wir werden das kraftvoll durchsetzen, so wie es schon in unserem Wahlprogramm stand.

Wir lassen uns dabei von den Zielen des vorsorgenden Sozialstaates leiten. Uns geht es nicht um eine Vollkaskoversicherung des Lebens. Uns geht es um Eigenverantwortung, um Engagement, um Initiative, und zwar immer so früh wie möglich. Wir wollen nicht, dass das sprichwörtliche Kind in den Brunnen fällt; wir wollen, dass es gar nicht erst auf den Brunnenrand klettert.

(Beifall SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns allen ist klar, dass wir in einer globalisierten Welt nicht jedem und jeder einen sicheren und unbefristeten Arbeitsplatz versprechen können, dass wir nicht jedem und jeder ein festes Einkommen versprechen können. Was wir versprechen können, ist aber, alles dafür zu tun, dass jedes Kind, jeder Brandenburger die Chance auf einen guten Arbeitsplatz und gleichzeitig auf eine ordentliche Bezahlung hat. Das geht nicht im Gegeneinander. Das geht nur im Miteinander - im Miteinander von Politik, Gewerkschaften, Unternehmen, Verbänden und Initiativen.

Das geht nur, wenn alle an einem Strang ziehen. Denn zu einem vorsorgenden Sozialstaat gehört auch eine stabile und moderne Wirtschaft. Dazu gehören ordentliche Finanzen. Dazu

gehört eben auch ein hohes Maß an Gemeinsinn; denn ohne gesellschaftlichen Zusammenhalt ist alles nichts.

Deshalb werden wir uns stärker als bisher darum bemühen, für mehr Gerechtigkeit im Land zu sorgen. Das eine kann man nicht gegen das andere ausspielen. Ganz im Gegenteil: Wir wollen, dass sich eine moderne Wirtschaft und ein vorsorgender Sozialstaat wechselseitig befruchten.

In den vergangenen Jahren ist es uns gelungen, die Basis unserer Wirtschaft zu verbreitern. Es ist gelungen, das Fundament fester und stabiler zu machen. Das zeigt die gesunkene Arbeitslosigkeit. Das zeigt die nicht weiter aufgehende Schere zwischen Arm und Reich. Das zeigt die im Bundesvergleich bessere Wirtschaftsentwicklung in Brandenburg.

Wir wollen das wirtschaftliche Fundament in den nächsten fünf Jahren weiter festigen. Deshalb wird der Mittelstand weiter Vorfahrt haben. Deshalb werden wir die Wirtschaftsförderung weiter verbessern; denn nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Deshalb werden wir mit Mikrokrediten kleinen und kleinsten Unternehmen und Geschäftsideen eine Chance geben. Deshalb werden wir mit mehr Partnerschaftsbeauftragten unseren Unternehmen auf den Wachstumsmärkten in Mittel- und Osteuropa immer mehr Türen öffnen. Deshalb werden wir mit einer erneuerten Fachkräftestrategie dafür sorgen, dass der Fachkräfteengpass so klein wie möglich ist. Deshalb werden wir die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wissenschaft auf der einen Seite und Unternehmen und Wirtschaft auf der anderen Seite weiter verbessern.

Das alles ist Vorsorge und wachstumsorientierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Diese Politik ist gut für unser Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den vergangenen drei, vier Jahren haben viele Familien Mut gefasst. Die sinkende Arbeitslosigkeit und die wachsende Wirtschaft haben zu mehr gesellschaftlicher Stabilität geführt. Leider ist es noch nicht gelungen, alle Brandenburger an diesem Aufschwung teilhaben zu lassen. Leider bedroht die Wirtschafts- und Finanzkrise die Erfolge der vergangenen Jahre. Doch wir Sozialdemokraten werden nicht ruhen. Wir werden dafür sorgen, dass neue Aufstiegsmöglichkeiten entstehen. Wir werden dafür sorgen, dass mehr Kinder - nicht weniger - einen Schulabschluss machen. Wir werden dafür sorgen, dass mehr Kinder behütet und gesund aufwachsen. Deshalb bauen wir die Netzwerke „Gesunde Kinder“ aus. Wir werden dafür sorgen, dass mehr Kinder - nicht weniger Kinder - das Abitur machen. Deshalb bringen wir das Schüler-BAföG auf den Weg.

Frau Wanka, natürlich ist der Zugang zum Abitur für Kinder eine Grundvoraussetzung für eine spätere Karriere, die mit einem Studium beginnt, nicht endet. Dass nun ausgerechnet die CDU die Durchlässigkeit des Schulsystems zu einer ihrer Grundforderungen erhebt, war mir bis heute neu; aber auch ich lerne dazu.

Vielleicht haben Sie vor ein paar Wochen bei „37 Grad“ einen Bericht gesehen, in dem gezeigt wurde, dass Kinder der 4. Klasse in bayerischen Grundschulen zu einer Art Abschlussprüfung gezwungen werden, die am Ende über ihre Karrierechancen für das gesamte Leben entscheidet.

(Zurufe von der CDU)

Das ist das, was ich in der Diskussion bisher von Ihnen kenne. Deshalb hat mich der Tonfall vorhin etwas verwundert.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie diesbezüglich dazugelernt haben sollten, würde ich mich sehr freuen; denn langes gemeinsames Lernen und der Zugang zum Abitur sind Grundpositionen, die ich hier auch für die SPD vertreten werde.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie von der Regierungsbank - Zurufe von der CDU)

Wir sind uns auch darin einig - das habe ich auf den Plakaten zur Landtagswahl gelesen -: Wir werden dafür sorgen, dass weniger Unterricht ausfällt. - Sie können klatschen, wenn ich fertig bin. - Deshalb stärken wir die Autonomie der Schulen und stellen neue Lehrer ein.

So verstehen wir Sozialdemokraten das Ziel: „Gemeinsinn und Erneuerung: Ein Brandenburg für alle“. Wir brauchen eine gute wirtschaftliche Entwicklung, aber wir brauchen eben auch eine stabile Gesellschaft, in der niemand von Lebenschancen ausgeschlossen wird. Das ist der Kern der neuen Landesregierung, und - meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin ein bisschen stolz, es sagen zu dürfen - es ist auch ein zutiefst sozialdemokratischer Kern.

(Beifall SPD)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum sozialdemokratischen Kern gehört auch das Engagement für diejenigen, die von der wirtschaftlichen Erneuerung der vergangenen Jahre nicht in dem Maße profitieren konnten. Uns geht es ganz konkret um ältere Langzeitarbeitslose. Wer nach über einem Jahr ohne Job immer wieder Absagen erhält, der fällt nicht nur langsam aus seinem Beruf, sondern den verlässt auch immer mehr der Mut und ihm oder ihr fehlt immer mehr die Perspektive.

Genau deshalb hat die alte rot-schwarze Bundesregierung das Programm „Kommunal-Kombi“ entwickelt. Dabei wird nach dem alten Motto von Regine Hildebrandt „Wir wollen lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ gehandelt. Mit dreijährigen sozialversicherungspflichtigen Jobs erhalten ältere Langzeitarbeitslose eine Brücke in die Rente.

Wir Sozialdemokraten halten dieses Programm, wie auch immer es heißt, für gut und richtig. Deshalb muss es unbedingt fortgesetzt werden. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren von CDU und FDP, werden wir der Bundesregierung gerade auch in diesem Bereich sehr genau auf die Finger schauen und im schlimmsten Fall auch einmal auf die Finger klopfen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Genau!)

Hände weg vom Kommunal-Kombi!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die Kollegen von CDU und FDP täten gut daran, ihren Kollegen in Berlin - zurzeit in Meseberg zu erreichen -

(Heiterkeit bei der SPD)

zu erklären, wie gut und wichtig dieses Programm gerade für Ostdeutschland ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU hat ihr Wahlprogramm für die Landtagswahl unter das Stichwort „Klarer Kurs“ gestellt. Das war, wenn ich mich recht entsinne, die Überschrift. Ich habe jetzt von der Bundesregierung gehört, man fahre „auf Sicht“. Diese Sicht hat nur den Nachteil, dass hin und wieder Boden-„Nebel“ auftritt und „Westerwellen“ auf der Straße zu finden sind. Hinzu kommt, dass mittlerweile - wenn ich an die Infrastruktur Ost denke - auch der „Rahm“ sauer geworden ist.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall SPD)

Deshalb kann ich Ihnen nur raten - Frau Wanka hat vorhin auf die Erfolge der schwarz-roten Bundesregierung in den letzten Jahren sehr dezidiert hingewiesen -: Sorgen Sie dafür, dass für Brandenburg weiterhin ein verlässlicher bundespolitischer Rahmen besteht. Wir sind in vielen Dingen vom Bund sehr stark abhängig. Die Signale, die ich momentan von der Bundesregierung vernehme, lassen mich nicht gut schlafen.

Wir brauchen nicht weniger Solidarität in der Gesellschaft. Wir brauchen kein Spiel Alt gegen Jung; wir brauchen kein Spiel Arm gegen Reich. Wir brauchen mehr Solidarität, wir brauchen mehr Zusammenhalt. Deshalb ist das neoliberale Fundament der neuen Bundesregierung von vornherein kein geeignetes Fundament, um ein stabiles Haus darauf zu bauen.

Ich hoffe sehr, dass dieser neoliberalen Bundesregierung sehr genau bewusst ist, dass die Gesellschaft vor großen Herausforderungen steht, und sich nicht allzu sehr darauf verlässt, mit Klientelpolitik auf irgendeine Art und Weise über die Jahre zu kommen. Frau Merkel meint, man könne sich so „durchmerkeln“.

(Zuruf des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Sie kennen die Diskussion; Sie wissen, was geplant ist. Sie wissen, dass die Finanzierungsbasis für die tollen Versprechungen, die gemacht werden, nicht da ist.

Das alles zusammengekommen ist durchaus eine schwierige Situation. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen Sie zur Kenntnis: Das Problem sind nicht die Beschlüsse, die kommen werden; das Problem ist vielmehr das Fundament dieser neoliberalen schwarz-gelben Regierung.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Wir brauchen hier in Brandenburg nicht nur mehr Zusammenhalt zwischen den Generationen, wir brauchen auch den Zusammenhalt zwischen den Regionen. Die SPD ist auch weiterhin der Garant dafür, dass keine Region abgehängt wird. Die SPD wird dafür sorgen, dass in allen Regionen unseres Landes gute wirtschaftliche und soziale Entwicklungen stattfinden.

(Burkardt [CDU]: Wie denn?)

- Das sage ich Ihnen gleich. Geduld!

Ein starker ländlicher Raum war und ist das Markenzeichen der Mark Brandenburg, und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird so bleiben.

Das neue Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft hat bereits den schönen Namen „Ministerium für Stadt und Land“. Mit diesem Ministerium werden wir sicherstellen, dass regionale Entwicklung nach Augenmaß erfolgt. Wir werden sicherstellen, dass die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftszweig in Brandenburg bleibt, und wir werden die Fördermittel im ländlichen Raum vor allen Dingen dazu nutzen, dass neue, moderne Arbeitsplätze auch und besonders im ländlichen Raum entstehen.

Unsere Landwirtschaft ist bereits heute bundesweit an der Spitze der Produktion ökologischer Lebensmittel. Wir wollen, dass sich auch diese Entwicklung fortsetzt. Deshalb wird die Verarbeitung ökologischer Produkte weiter gezielt gefördert. Deshalb werden wir helfen, die Vermarktung Brandenburger Produkte in Berlin zu verbessern. Damit schaffen und sichern wir Arbeitsplätze, damit schaffen und sichern wir die Zukunft in unseren Dörfern.

Wenn ich von Zukunft in unseren Dörfern rede - der Ministerpräsident ist vorhin kurz darauf eingegangen -: Der wichtigste Beitrag, der momentan zur Investitionssicherheit im ländlichen Raum geleistet werden kann, ist, die Finger von der Bodenreform zu lassen. Diese Diskussion verhindert schon heute Investitionen. Sie schadet dem ländlichen Raum in Brandenburg, und sie schadet der Wirtschaftsentwicklung in Gesamtbrandenburg.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die Diskussion muss abgeschlossen sein. Doch nicht nur unsere Landwirtschaft wird Schritt für Schritt ökologischer. Das Gleiche gilt für unsere Industrie. Bereits heute ist Brandenburg die Nummer 1 bei der Erzeugung erneuerbarer Energien, übrigens mittlerweile auch - Udo Folgart kennt sich da bestens aus - ein wichtiges Standbein der märkischen Landwirte.

Der Ministerpräsident ist bereits ausführlich auf die Energiepolitik eingegangen. Ein paar wenige Sätze möchte ich ergänzen. Ich denke, wir wären auf dem Holzweg, wenn wir in Brandenburg nur Energiepolitik für Brandenburg machen würden. Genau das ist es, worauf beispielsweise die Kollegen von der grünen Partei hinauswollen. Natürlich teilen wir das Ziel, so schnell wie möglich den Strom in Brandenburg aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Energie aus Wind und Sonne, aus Erdwärme oder Biomasse hat Vorrang - überhaupt keine Frage. Doch es wäre weltfremd, wenn wir uns in dieser Frage auf uns selbst beschränken würden. Brandenburg ist nicht allein auf der Welt, vor allem haben wir Berlin in unserer Mitte. Deshalb werden und müssen wir auch immer mehr Energie bereitstellen, als wir selbst verbrauchen.

Energie ist strategisch ein immer wichtigeres Thema und ein entscheidender Industriezweig mit vielen zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Gerade deshalb wollen wir, dass Brandenburg weiter führend ist bei den erneuerbaren Energien und auch bei der Erprobung und Entwicklung neuer Energietechnologien, um Energie zu sparen und um CO₂ zu vermeiden. Wir haben dazu das Wissen. Wir haben dazu die Erfahrungen. Wir brauchen in Zukunft viel Mut, um neue Wege zu gehen. Die Menschen müssen und wollen wir dabei mitnehmen. Deshalb werden wir in den kommenden Jahren hier in diesem Haus sehr intensiv gerade über den Bereich der Energiepolitik reden und auch streiten müssen. Wir werden übrigens auch über die er-

neuerbaren Energien reden müssen, denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie, die Sie länger hier sitzen, wissen, dass auch die erneuerbaren Energien, wenn man sie einzeln auseinandernimmt, nicht ganz streitfrei sind. Ich denke hier nur an die Volksinitiative zur Windenergie.

Wir brauchen in dieser für unser Land so wichtigen Frage einen möglichst breiten Konsens. Den werden wir, da bin ich mir sehr sicher, nur in harten Diskussionen erreichen. Erforderlich ist dabei, dass niemand auf einen Baum klettert, von dem er später nicht mehr herunterkommt. Leere Versprechungen hinsichtlich der Nichtplanung und Nichtgenehmigung eventueller Tagebaue nützen niemandem, wenn sie sich am Ende als hohl oder nicht begründbar herausstellen. Am wenigsten - da rede ich aus meiner Heimatregion - nützt übrigens ein Verschiebeparkplatz, eine Vertagung den Leuten, die direkt vor Ort betroffen sind.

Deshalb möchte ich hier und heute eine Bitte an alle Fraktionen im Landtag richten: Stellen Sie keine ultimativen Forderungen und machen Sie vor allen Dingen keine ultimativen Versprechungen! Lassen Sie uns gemeinsam streiten, wie wir in einer so wichtigen Frage, wie sie eine stabile Energieversorgung in den kommenden Jahrzehnten für Mitteleuropa nun einmal ist, einen Konsens erreichen! Um nichts Geringeres geht es. Wir sollten diese Diskussion sehr verantwortlich führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die kommenden Jahre, das dritte Jahrzehnt der deutschen Wiedervereinigung, werden keine leichten Jahre sein. Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist noch längst nicht vorbei. Auch wenn die Brandenburger Unternehmen bisher vergleichsweise robust durch diese Krise gekommen sind, über den Berg sind wir noch lange nicht. Wir müssen damit rechnen, dass die Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren wieder steigt. Aber wir werden alles daransetzen, das ist der erklärte Wille der Koalition, dass dieser Anstieg so gering wie möglich ist.

Mit der heutigen Debatte wollen wir den Startschuss für die Arbeit der kommenden fünf Jahre legen. Die heutige Debatte ist deshalb auch wirklich kein Anlass zur Schwarzmalerei - darin unterscheiden wir uns ganz wesentlich von der CDU in diesem Hohen Hause -, denn die nächsten Jahre stecken auch voller Chancen. Wenn wir diese Chancen wahrnehmen wollen, müssen wir Ideen und Kreativität ganz oben auf unserer Agenda stehen haben. In genau diesem Geist des beherzten Zupackens, in einem Geist der Offenheit, Kooperation und Fantasie, wollen wir in Brandenburg in den kommenden Jahren arbeiten. Genau das soll auch der Geist sein, in dem wir hier im Landtag arbeiten wollen.

Wir haben jetzt zwei neue Fraktionen; das wird die Debatten hier beleben. Ich freue mich auf eine faire Auseinandersetzung, aber auch auf eine faire, gute und konstruktive Zusammenarbeit. Deshalb werden wir in Zukunft auch nicht einfach jeden Antrag der Opposition ablehnen, wie es das einmal gab.

(Beifall SPD, DIE LINKE und GRÜNE/B90)

Das, Frau Wanka, ist übrigens der Unterschied zu dem, was die CDU in Zeiten der schwarz-roten Koalition immer von uns verlangt hat.

(Oh! bei der CDU)

Ich habe das schon damals parlamentarisch für nicht so toll gefunden. Sie profitieren jetzt davon, dass wir in dieser Frage einen Kurswechsel vorgenommen haben.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Zuruf von der CDU: Das werden wir sehen!)

Darüber können Sie sich freuen.

(Senfleben [CDU]: Danke!)

Wir werden keinen Antrag ablehnen, Frau Wanka, nur weil er von der vermeintlich falschen Partei kommt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir haben keine Scheuklappen, und sind für gute, durchsetzbare und realistische Ideen weiter offen.

Damit möchte ich die Rede zunächst beenden. Herr Präsident, das Beste hebe ich mir für später auf. - Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Dombrowski [CDU]: Das war ja ein richtiges Feuerwerk! - Bischoff [SPD]: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir setzen mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Es spricht der Abgeordnete Goetz.

Goetz (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn eine Regierungserklärung abgegeben wird, dann erwartet man vom Begriff her, dass die Regierung etwas zu erklären hat. Das sollte sie dann auch wirklich tun. Tatsächlich ist es so, dass der Bedarf auch da ist. Diese Regierung hat tatsächlich einiges zu erklären, und zwar zunächst einmal sich selbst.

Ich erinnere daran, dass die SED

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

ehemals zwei bis drei Millionen Mitglieder hatte. Das war eine große Zahl.

(Zurufe von der SPD)

Die Gründe dafür ...

(Unruhe)

Wenn Sie für etwas mehr Ruhe sorgen könnten, Herr Präsident. Sie haben vorhin die CDU ermahnt, das ist eine Oppositionsfraktion. Vielleicht könnte man das in gleicher Weise den Regierungsfraktionen mitteilen, insbesondere dem Kollegen Schulze, der sich hier ganz gewaltig echauffiert. Möglicherweise kann auch er auf Ihren Ruf hin etwas mehr Ruhe bewahren. Ich wäre dankbar dafür.

(Schulze [SPD]: Sie müssen schon das Auseinanderhalten lernen!)

Präsident Fritsch:

An der Stelle hat der Kollege Recht. Ich bitte auch um etwas mehr Disziplin.

Goetz (FDP):

Vielen Dank. - Die SED hatte zwei bis drei Millionen Mitglieder. Die Gründe, warum dort eingetreten wurde, waren sicher vielfältig. Für manche waren es Karrieregründe. Andere, wie ich zum Beispiel, haben Sozialismus tatsächlich einmal für eine gute Idee gehalten - der größte Fehler meines Lebens. Ich weiß heute, dass der Fehler im System liegt und Sozialismus nicht besser gemacht werden kann.

Bei vielen anderen mag es möglicherweise einfach nur Bequemlichkeit gewesen sein - sie sind oft genug gefragt worden und wollten irgendwann einfach ihre Ruhe haben -, die sie diesen Weg hat einschlagen lassen. Das mag so sein. Richtig ist aber auch, dass sich von diesen zwei bis drei Millionen - wie viele es am Ende auch immer gewesen sein mögen - heute nur ein kleiner Bruchteil in der Linken wiederfindet. Die meisten haben sich gelöst, haben neue Wege und Perspektiven gefunden. Natürlich ist es so, dass die Linkspartei die Rechtsnachfolgerin der SED ist. Gleichwohl hat sie heute keinerlei Mandat, für alle ehemaligen SED-Mitglieder zu sprechen oder gar Versöhnung einzufordern. Sie, Herr Ministerpräsident, sagen, es sei kein historisches Projekt. Nein, es ist geradezu eine historische Mission - so habe ich es zumindest im „SPIEGEL“ gelesen -, was die Versöhnung mit alten SED-Eliten angeht. Ich kann für mich und viele meiner Studienkollegen aus damaliger Zeit, zu denen ich nach wie vor in gutem Kontakt stehe, sagen: Ich und viele andere brauchen diese rot-rote Regierung nicht, um auf dem Boden des Grundgesetzes bzw. in der Bundesrepublik Deutschland anzukommen.

(Beifall CDU und FDP)

Dies zieht also nicht als nachvollziehbarer Grund für die Regierungsbildung. Es gibt durchaus gute, nachvollziehbare Gründe, aber sie darzustellen ist heute zu kurz gekommen.

Ein guter, nachvollziehbarer Grund für die Bildung einer rot-roten Landesregierung ist die Tatsache - das wurde angedeutet -, dass eine Koalition mit der Linken eine stabile Mehrheit von 12 Stimmen und mit der CDU nur eine Mehrheit von 5 Stimmen bedeutet. Eine Fünf-Stimmen-Mehrheit kann vielleicht etwas knapp sein vor dem Hintergrund der Erfahrung, dass beim vorigen Mal 6 Leute aus der eigenen Gefolgschaft die Stimme verweigert haben. Das leuchtet ein. Das war der Grund für die FDP-Fraktion, kurz vor Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten zu sagen: Wir bieten an, Sie als Ministerpräsidenten mit 7 Stimmen mitzutragen - das hätte auch einer Stimmenmehrheit von 12 entsprochen -, wenn die Regierungskoalition mit der CDU fortgesetzt wird.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Es geht nicht nur um Jobs, sondern auch um Inhalte!)

Das ist von manchen als Klamauk abgetan worden.

(Görke [DIE LINKE]: Ihr werdet nicht gebraucht!)

Nur, man hätte darauf kommen müssen, seinen Horizont zu erweitern. Es hätte gereicht, nach Thüringen zu schauen; denn

dort ist ebendieses geschehen - ohne jede Vorbedingung, ohne Vorreden. Meine Parteifreunde in Thüringen teilten mir mit, dass in der Thüringer SPD viele durchaus froh darüber sind, dass die FDP diesen Weg gegangen ist. Es wäre auch hier in Brandenburg möglich gewesen.

(Beifall FDP und CDU)

Frage: Was bleibt an Gründen eigentlich über? Richtig ist, dass es Schnittmengen zwischen SPD und Linke gibt. Richtig ist nach meinem Empfinden auch - wenn ich einfach nur die Parteiprogramme vergleiche oder höre, was heute hier gesagt wurde -, dass die Schnittmengen zwischen SPD und Linke größer sind, als sie es zwischen SPD und CDU waren. Das ist sicherlich so. Richtig ist auch, dass sich von den im Wahlkampf versprochenen und angekündigten Schnittmengen im Koalitionsvertrag wie in der Regierungserklärung nur Bruchteile wiederfinden. Vieles wurde schon beerdigt, bevor die Regierung ihren Job überhaupt angetreten hat.

(Beifall FDP und CDU)

Richtig ist es auch, wenn gesagt wird, dass die Linke eingebunden werden müsse, damit sie nicht dauerhaft in der Opposition ist, von wo aus sie viel versprechen kann und am Ende nichts halten muss. Richtig ist sicherlich auch, dass in Punkten, in denen es Differenzen zwischen SPD und Linkspartei gab, am Ende das Programm der SPD zum Zuge gekommen ist. Herr Ministerpräsident, das haben Sie gut gemacht. Es war in manchen Punkten das kleinere Übel und in manchen Punkten gut so, wie es gekommen ist. Das nehmen wir zur Kenntnis. Insofern viel Glück auf diesem Weg!

(Schulze [SPD]: Das ist Anmaßung! - Beifall FDP und CDU)

Die Bildungspolitik ist eines dieser Themen. Diesbezüglich wurde vor der Wahl von allen Seiten viel versprochen: mehr Lehrer, bessere Bildung, mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, mehr Chancengerechtigkeit, Stichworte wie: Es dürfe niemand zurückgelassen werden. Von den vielen Versprechen bleibt die Ankündigung, dass es 1 250 neue Lehrer geben soll. Vor der Wahl versprochen waren eigentlich zusätzliche Lehrer. Die 1 250 Lehrer werden neu eingestellt, wobei der Hinweis ausgelassen wird, dass 2 500 bis 3 000 Lehrer in den nächsten Jahren aus Altersgründen aus dem Beruf ausscheiden werden. Das heißt, wir werden zum Ende der Wahlperiode weniger Lehrer im Land Brandenburg haben als gegenwärtig. Das höchstgesteckte Ziel besteht darin, den Schlüssel der Lehrer-Schüler-Relation ungefähr gleich zu halten. Das ist keine in die Zukunft gerichtete Politik. Durch sie wird Bildung nicht nachhaltig und dauerhaft verbessert.

In den „Potsdamer Neueste Nachrichten“ vom heutigen Tage gibt es ein schönes Titelbild. Es zeigt demonstrierende Studenten mit einem Schild, auf dem steht: „Generation doof“. - Das ist der Eindruck, den die Studenten im Gepäck haben, wenn sie auf die Straße gehen. Die Demonstrationen und Proteste sind in vollem Umfang berechtigt.

Wir als FDP wollen Chancengerechtigkeit, nicht Gleichmacherei. Kinder sind unterschiedlich, und zwar von Anfang an. Was wir tun können, ist, Chancengerechtigkeit zu vergrößern, das heißt, auch denjenigen Chancen zu geben, die schlechte Startbedin-

gungen haben. Aber wir müssen dabei auch immer die eigene Leistungsfähigkeit und den eigenen Leistungswillen im Blick haben.

(Frau Große [DIE LINKE]: Es sagt doch niemand, dass wir sie alle gleichmachen wollen wie ein Quadrat!)

Was wir nicht tun können, ist, am Ende jedem Schüler einen Abschluss bzw. gleiche Abschlüsse zu garantieren, wie es in Berlin vorgeschlagen wird. Von dort kommen die kuriosesten Ideen, etwa, dass am Ende in einer Art Lotterie Gymnasialplätze verlost werden sollen.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Ja, das ist Mist, das stimmt!)

Ich bin gespannt, ob uns so etwas auch in Brandenburg noch ereilen wird.

(Zurufe: Nein, das wird es nicht geben!)

Es heißt, Geld allein mache keine Bildung. Das ist richtig und völlig klar. Das Problem ist nur, dass bereits jetzt darauf hingewiesen wird, dass mehr Geld am Ende nicht zur Verfügung stehen wird. Es soll also mit weniger Geld eine bessere Bildung gefahren werden, und das mit insgesamt weniger Lehrern. Damit einher geht ein riesiger Anspruch, den Sie - teilweise im Koalitionsvertrag - manifestiert und erörtert haben. Jedoch gilt: Unterricht kann nur gut sein - Frau Kollegin Wanka hat es gesagt -, sofern er überhaupt stattfindet. Diese Gewähr fehlt nach wie vor. Da macht Bildung keinen Fortschritt, auch nicht mit dem Vertrag, wie er gegenwärtig vorliegt.

Ich will nicht alle Diskussionen im Vorfeld der Regierungsbildung wieder aufmachen, aber, meine Damen und Herren Minister, wenn ich mich auf der Regierungsbank umschaue, muss ich feststellen: Sie sind einfach zu viele an der Zahl. Wir als FDP hatten im Wahlprogramm die Möglichkeit einer Reduzierung der Ministerien vorgesehen. Wir bedauern, dass dieser Schritt nicht gegangen wurde. Es wäre keine große Hürde gewesen, nach dem Vorbild anderer Länder ein Kultusministerium zu bilden oder den Bereich Infrastruktur im Wirtschaftsministerium anzusiedeln.

Man kann einwenden: Was bringt das schon, ein Minister mehr oder weniger? Es ist nicht nur ein Minister weniger, sondern auch ein Staatssekretär, ein Referent des Ministers und des Staatssekretärs, ein Fahrer, eine Sekretärin weniger.

(Krause [DIE LINKE]: Wir wollen Arbeitsplätze schaffen!)

- Ja, Arbeitsplätze auf der Ministerbank. Das ist es, was hier geschaffen wird. Mehr steckt nicht dahinter.

Wenn man nur einmal auf die Spitze der Ministerien schaut, dann kommt ein netter siebenstelliger Betrag zustande. Diesen Betrag kann man umsetzen: Mit diesem Geld könnten die Stellen von 30 oder 40 Polizeibeamten erhalten werden, anstatt den Personalabbau im Polizeibereich in ungeahnter Art und Weise fortzusetzen.

Bezüglich der inneren Sicherheit sind zwei Sätze vorgebracht worden: Die Polizei solle in der Fläche präsent bleiben, und man wolle für eine bessere technische Ausstattung sorgen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass das die Beamten dauerhaft zufriedenstellen wird. Im Polizeibereich gibt es hierzulande einen

der höchsten Krankenstände - jährlich über 30 Tage - bundesweit. Wenn alle Beamten gleichzeitig krank würden, bedeutete das einen mehr als vierwöchigen Ausfall der Polizei im Land Brandenburg. Bei der Polizei gibt es einen riesigen Beförderungsrückstau und eine damit verbundene Demotivation in allen Bereichen. Wenn Sie so weitermachen und den Beamten vermitteln, dass in den nächsten Jahren weitere 3 000 Beamtenstellen abgebaut werden sollen, dann ist der einzige Einbruch, den diese Polizei noch aufklärt, der des Winters. Mehr können wir von ihnen dann nicht mehr erwarten.

Wir brauchen beim Punkt Finanzen Generationengerechtigkeit. Dieser Aspekt wurde angesprochen, aber wie dies geschehen soll, ist nicht dargestellt worden.

Besonders interessant ist, dass bereits jetzt die Schuldigen ausgemacht werden, wenn das Versprochene am Ende nicht durchgeführt wird und grandios scheitert: Natürlich ist Schwarz-Gelb in Berlin schuld an jedem Scheitern, das hier in Brandenburg in den nächsten Jahren zu erwarten ist.

Da ist von Mindersteuereinnahmen die Rede. Herr Baaske hat einen Antrag eingebracht: 2,5 Milliarden Euro für die nächsten Jahre bundesweit. Rechnet man das auf die Länder um, so wären es nach dem Bevölkerungsschlüssel 75 Millionen Euro. Berücksichtigt man, dass die Steuerkraft Brandenburgs weit unterdurchschnittlich ist, dann sind wir im nächsten Jahr vielleicht bei 50 Millionen, vielleicht bei 35 Millionen Euro. Genau weiß es keiner, es sind Schätzungen. Wenn aber gleichzeitig in den nächsten Jahren über 40 Millionen Euro für den öffentlichen Beschäftigungssektor ausgegeben werden sollen, der es am Ende nicht bringt, dann können 35 Millionen Euro, die fehlen, keine Entschuldigung für eigenes Versagen sein. Nur, so wird es hier aufgebaut. Kollegin Wanka hat die 8 000 Stellen bereits umgerechnet. Ich bin noch einen Schritt weiter gegangen und habe Folgendes errechnet: Es macht pro Arbeitsstunde 50 Cent. Nach den Mindestlohnvorstellungen der SPD hieße das, dass 7 Euro zu diesen aus der Landeskasse bereitgestellten 50 Cent hinzukommen müssten. Nach den Vorstellungen der Linken wären es 9,50 Euro. Juristen nennen so etwas einen Vertrag zulasten Dritter. Das funktioniert generell nicht und wird auch an dieser Stelle nicht funktionieren. Wir können also nicht darauf hoffen, dass die versprochenen Stellen so entstehen werden.

Dann wird gesagt, sie sollten nicht im Widerspruch zu anderen, normalen Beschäftigungsverhältnissen stehen und diese nicht aushöhlen.

Da ist die Frage, wo im öffentlichen Beschäftigungssektor sie denn entstehen sollen. Möglicherweise in den Kommunen. Da ist die Rede von Tourismusprojekten, dass wir dann irgendwie 8 000 Scouts, Fremdenführer, Museumsführer haben werden. Das kann ich mir schwer vorstellen.

Natürlich wird es Kommunen geben, die mehr Geld haben - ich komme selbst aus einer solchen -, die sich solche zusätzlichen Beschäftigten, zusätzlichen Stellen leisten können. Das wird passieren. Aber das sind Stellen bzw. Beschäftigte, die gerade im Garten- und Landschaftsbau aktiv werden, die für öffentliche Ordnung, öffentliche Sauberkeit in den Kommunen eingesetzt werden und die genau dort eingreifen, wo es eine Vielzahl von Unternehmen gibt, die auf diesem Gebiet bereits tätig sind.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Die sollen am Menschen arbeiten, nicht am Strauch!)

Das haben wir auch in der Gemeinde Kleinmachnow, unserer Nachbargemeinde. Dort gibt es einen riesigen Bauhof, der für die kleine Gemeinde Kleinmachnow viel zu groß ist. Selbstverständlich sind sie gern bereit, weitere Stellen zu schaffen, weitere Leute aufzunehmen, müssen aber sehen, wo diese dann beschäftigt werden. Das geschieht zum Beispiel in der Stadt Teltow, also über die Gemeindegrenzen hinweg. Das geschieht auch in unmittelbarer Konkurrenz zu eigenen kleinen Privatunternehmen, die darunter zu leiden haben und die öffentliche Aufträge verlieren, weil die öffentliche Hand glaubt, alles besser machen zu können, besser machen zu müssen, es besser hinzubekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

So funktioniert es eben nicht. Wenn gesagt wird, dass Brandenburg die Exporte in den letzten Jahren verdoppelt hat - das trifft zu -, so ist dies jedoch den Unternehmern und Arbeitnehmern in Brandenburg geschuldet, die diese Leistung erbracht haben, und nicht der Leistung der Landesregierung. Ihr Verdienst ist es gewiss nicht. Es ist der Fleiß vieler Einzelner.

(Beifall FDP und CDU)

Was wir nicht gehört haben, sind echte Projekte, die aufzeigen, wie es im ländlichen Raum in Brandenburg weitergehen soll. Es ist eben noch einmal angesprochen worden. Wir haben bereits jetzt die Situation, dass in vielen ländlichen Regionen der Landarzt tatsächlich nur noch im Fernsehen kommt. Da wäre die Frage, wie man das ändert, wie man das aufgreift, wie man für eine bessere ärztliche Versorgung sorgt.

(Schulze [SPD]: Fragen Sie Herrn Rösler!)

Die Gemeindeschwester im Rahmen des Modellprojektes AGnES wird das nicht ausgleichen können, wenn es darum geht, dort für bessere Versorgung zu sorgen.

(Schulze [SPD]: Das macht das „Röslein“! Er hat keine Ahnung von Medizin!)

Richtig ist vieles von dem, was Sie, Herr Ministerpräsident, zur Energiepolitik gesagt haben. Wir sind in unserer Auffassung zum Thema Braunkohle relativ dicht beieinander. Wir brauchen die Braunkohle auf absehbare Zeit als einheimischen Energieträger, als Übergangstechnologie, die auch fortgeführt werden muss, um Versorgungssicherheit für das Land Brandenburg und sicher auch darüber hinaus zu gewährleisten.

Natürlich brauchen wir auch - wenn es eine Übergangstechnologie sein soll - ein Ausstiegsszenario und ein Programm, wie man in Zukunft anders vorgehen kann. Dazu gehören erneuerbare Energien jeder Schattierung. Auch hier ist klar, dass erneuerbare Energien nicht gegen die Menschen durchgesetzt werden können.

Die Volksinitiative gegen die Massenbebauung mit Windrädern ist angesprochen worden. Das ist genau ein solcher Punkt. Das sind relativ wenige, relativ einfache Forderungen, die dort aufgemacht worden sind, die zu einem größeren Konsens innerhalb der Gesellschaft beigetragen hätten, was die Neuerrichtung von Windrädern angeht. Ich kann nicht nachvollziehen, dass man diesen relativ einfachen Forderungen, die nicht einmal Geld gekostet hätten, nicht nachkommen kann, um dort zu

einer größeren Verträglichkeit auch im Bereich erneuerbare Energien beizutragen.

(Schulze [SPD]: Lassen Sie sich das vom Wissenschaftlichen Dienst erklären!)

Hier ist von der Bodenreform die Rede gewesen. Es gibt die Bodenreform aus dem Jahre 1946 - das ist ein Thema. Ich wäre schon zufrieden gewesen, wenn wir mehr zur Aufarbeitung der Bodenreformaffäre gehört hätten, die sich erst vor wenigen Jahren in dieser Landesregierung, in diesem Hause zugetragen hat.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Auch da fehlt uns noch eine Menge.

Und es wird weiter handwerklich gepfuscht. Wir werden gleich nach der Regierungserklärung ein Gesetz zur elektronischen Ausfertigung von Gesetzen behandeln, das hier eingebracht werden soll. Mit diesem Gesetz ist es bereits einmal schiefgegangen, weil man handwerkliche Fehler, die man hätte sehen müssen, einfach nicht gesehen hat. Es werden auch woanders Fehler gemacht; das ist keine Frage. Aber wenn darauf hingewiesen wird, dass sich Fehler andeuten, auftreten werden, sollte man dies auch zur Kenntnis nehmen. Genauso ist es jetzt wieder. Es gibt erneut den Hinweis, dass eben ein Gesetzentwurf, der vom Präsidenten des Landtages eingebracht wird, eigentlich kein Gesetzentwurf ist, weil kein Initiativrecht des Landtagspräsidenten vorliegt. Dieser Entwurf kommt eben nicht aus der Mitte des Hauses. Das ist eine besondere Situation. Darüber werden wir nachher reden. Also auch da wird der Pfusch weiterbetrieben.

(Schulze [SPD]: Es empfiehlt sich, die Verfassung zu lesen!)

- Da wir bei der Verfassung sind - ich danke Ihnen, Herr Kollege, für diesen Einwurf -, darf ich daran erinnern, dass die Vizepräsidentschaft im Landtag, die wir voriges Mal angesprochen haben, ein wichtiges Thema demokratischen Grundverständnisses ist und bei der Debatte darüber die Verfassung falsch ausgelegt, dass sogar falsch zitiert wurde, dass behauptet wurde, dass es Gutachten gäbe, die es tatsächlich nicht gibt.

(Dr. Woidke [SPD]: Das behaupten Sie! - Minister Speer: Olle Kamellen!)

Es würde reichen, die eigenen Entwürfe, die eigenen Protokolle, die im Jahre 1992 zur Verfassung erstellt wurden, zu lesen, um zu wissen, wie es konkret war.

(Beifall FDP - Schulze [SPD]: Er kommt nach 20 Jahren und erklärt es uns!)

Es gibt weitere Demokratiedefizite, die wir als FDP in Zusammenarbeit mit allen Fraktionen, die da guten Willens sind, angehen werden. Ich erinnere daran, dass die Kommunalverfassung erst vor kurzem angepasst, geändert wurde und dass Fraktionsstärken in der Kommunalverfassung angehoben wurden, in Kreistagen auf vier Sitze, in vielen größeren Städten auf drei oder auch auf vier Sitze. Das ist undemokratisch. Es benachteiligt in wenigen Kreistagen, kreisfreien Städten uns, es benachteiligt vor allem GRÜNE, benachteiligt Bürgerinitiativen, benachteiligt viele kleine Gruppierungen, die in die Kreistage,

in die Stadtverordnetenversammlungen gewählt worden sind, weil einige wenige Große sich einig waren.

Ich habe im Wahlkampf in verschiedenen Diskussionen mit viel Wohlwollen gehört - Herr Christoffers hat den Saal gerade verlassen -, dass Herr Christoffers gesagt hat: Von uns, von der Linken kam das nicht. Wir sehen das eigentlich anders.

Wir haben den Gesetzentwurf eingebracht. Er wird im Dezember hier beraten werden. Ich bin gespannt, wie wir uns dann dazu verhalten werden und was dann an Zustimmung kommt. Wenn die Zustimmung so groß ist wie avisiert, dürfte es kein Problem sein, diesen Fehlgriff, diese Regelung aufzuheben und für mehr Demokratie in den Kreistagen und Städten und Gemeinden in Brandenburg zu sorgen.

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90)

Wir haben gehört, meine Damen und Herren, dass es die Brandenburger sind, die die Kraft unseres Landes ausmachen. Das ist richtig, denn die Regierung ist es nicht. Wir haben viel gehört: „Reichtum für alle!“ - viel Sozialromantik, die heute verbreitet worden ist, leider wenig Konkretes. Die neue Kraft, die eigentlich zu erwarten gewesen wäre, der Aufbruch in ein neues Zeitalter waren hier heute nicht zu spüren. Was wir sehen, ist neue Kraft allenfalls unter den Motorhauben der Dienstwagen, nicht aber in dieser Landesregierung.

(Beifall FDP und CDU)

Es wäre heute, in dieser Regierungserklärung viel zu erklären gewesen. Das ist nicht erfolgt. Schade!

(Beifall FDP und CDU - Zuruf von der SPD: Peinlich!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Für die Fraktion DIE LINKE erhält nun die Abgeordnete Kaiser das Wort. Bitte schön!

Frau Kaiser (DIE LINKE): *

Frau Vizepräsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Mein Vorredner hat vorhin bemängelt, dass die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, die heute ja zur Debatte steht, ihm irgendwie nicht genug erklärt hat. Manchmal helfen Erklärungen nicht unbedingt weiter. Mir steht die ganze Zeit die Frage vor Augen, ob Sie es denn seit gestern Abend geschafft haben, sie zu lesen. Möglicherweise haben Sie das nicht geschafft. Mir wäre daran gelegen, dass wir uns anhand der Dinge auseinandersetzen, die geschrieben sind, die gesagt werden, und nicht anhand derer, die man zu hören meinte. Ich will mir große Mühe geben, mich an diesen Vorschlag zu halten.

(Zuruf von der CDU: Mühe allein genügt nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach zehn Jahren rot-schwarzer Regierungskonstellation in Brandenburg gibt es nun eine neue Regierungskonstellation, eine andere, in Brandenburg noch nie dagewesene - sagen einige - Regierung, und das stimmt ja auch: Rot-Rot. Herr Dombrowski sagt: Das ist vollkommen ohne Not passiert. - Das kann man so sehen.

Regierungswechsel gab es in diesem Land 1990, 1994, 1999 und 2009. Wir alle teilen die Erfahrung, dass sich im Ergebnis demokratischer Wahlen Kräfteverhältnisse verändern können und demzufolge auch Regierungen. Was mich nur wundert, ist, sehr geehrte Frau Prof. Wanka, dass Sie das so wundert und empört. Das hat Ihre Fraktion offenbar regelrecht verunsichert.

(Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: Sie müssen hinhören! - Oh! bei der CDU)

Ich denke, dass diese Regierung auf der Grundlage einer größeren politischen Schnittmenge der Inhalte zustande gekommen ist, die da sind und die jetzt Priorität des gestaltenden Handelns sein sollen. Es gibt also eine andere politische Mehrheit in diesem Land aufgrund dieser Schnittmengen und die Fähigkeit zu Kompromissen, die Sie uns - das hoffe ich - nicht vorwerfen wollen. Und: Eine Mehrheit - das weiß ich - hat nicht immer Recht.

(Dombrowski [CDU]: Keine Frage!)

Eine Mehrheit regiert, und sie hat, wie gesagt, nicht immer Recht. Dessen sind wir uns von der Linken sehr wohl bewusst. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben gewählt, weil sie - das war jedenfalls das Ergebnis einer Umfrage, nicht einer, die die Linke selbst gemacht hätte, sondern einer öffentlichen - vier Hauptthemen und Sorgen hatten, Fragen bezüglich ihrer Zukunft. Das waren erstens die Fragen Arbeit, von der man existenzsichernd leben kann, zweitens die Zurückdrängung der Armut,

(Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: Das haben wir ja geschafft!)

drittens das Anliegen, Bildung sozial gerechter und zukunftsfähiger für alle zu sichern und viertens das Thema, die Lebensverhältnisse in Städten und Gemeinden so zu gestalten, dass sie für alle bezahlbar und auskömmlich sind. Das sind die Sorgen der Leute im Land.

Deshalb lassen Sie mich den Gedanken des Ministerpräsidenten aufnehmen: Ja, diese Koalition handelt aus der gesamten Brandenburger Gesellschaft heraus, weil diese Anliegen zu vertreten sind. Ich hoffe, das werden wir ganz selbstverständlich in Verantwortung für das ganze Land in der nächsten Zeit auch können. Wir sind dabei offen für gute Ideen, wenn sie helfen, die Demokratie zu entwickeln und die soziale Gerechtigkeit zu fördern. Das ist unser Maßstab. Wir fragen da nicht, aus welcher Fraktion sie kommen, sondern wir fragen, was sie bewirken, diese Ideen und Vorschläge. Wir suchen - das möchte ich an dieser Stelle unterstreichen - die Kooperation mit allen im Parlament und außerhalb des Parlaments, die dazu bereit sind. Wir wünschen uns den politischen Wettstreit und den politischen Wettbewerb für Brandenburgerinnen und Brandenburger. Das gilt hier im Parlament, und erst recht gilt es im ganzen Land.

Diese Koalition hat sich in schwierigen Zeiten und möglicherweise für noch schwerere Zeiten zusammengefunden. Übrigens war das eine Aussage von Frau Blechinger bei der Debatte zur Regierungserklärung 1999: Diese Koalition hat sich in schwierigen Zeiten zusammengefunden. - Offenbar hat man diese Einschätzung zu verschiedenen Zeiten auch so getroffen. Wir bejammern das ausdrücklich nicht, sondern wir sehen das als

Herausforderung. Diese Koalition hat sich gefunden, damit unser Land erfolgreich auf dem bisher Erreichten aufbauen, die gegenwärtige Wirtschaftskrise meistern und seinen Weg in eine gute Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger fortsetzen kann - für alle.

Gemeinsinn und Verantwortung - wenn wir in dieser Situation davon sprechen, dann meinen wir eben keine Klientelpolitik oder Parteiinteressen. Unsere Stärke resultiert nicht aus der einfachen Addition von Interessengruppen oder verschiedenen Einzelinteressen, und es darf auch nicht darum gehen, manche Leute einfach nur bei der Stange zu halten oder Leute ruhigzustellen, sondern wir sagen: Es geht uns um eine Stärke der verantwortlichen Politik, die Abwägungen trifft, die Entscheidungen trifft; denn nicht alles, was gut für den Einzelnen, für Gruppen oder Regionen wäre, ist dann unter den zu erwartenden Bedingungen akzeptabel für das ganze Land.

In dieser Art, wie wir Politik machen, nehme ich die Schlussfolgerungen aus dem Herbst 1989 ernst - wie auch Sie -, nämlich nicht selbstherrlich über die Köpfe der Betroffenen hinweg, nicht einseitig und nicht voreingenommen zu entscheiden. Das hieß vor 20 Jahren: Erst kommt das Land, dann eine Partei. Wir werden uns mit unseren Abwägungen der Öffentlichkeit stellen und die Öffentlichkeit mit ihren Abwägungen beteiligen. Gemeinsinn und Verantwortung - das wird alltäglicher Maßstab dieser Koalition sein. Gemeinsinn und Verantwortung - das ist aber auch mehr als nur eine Leitidee für Regierungs- und Verwaltungshandeln. Wir verstehen unter Gemeinsinn ausdrücklich nicht die Ansage von Eliten, wonach die einen den Gürtel enger schnallen müssen und die anderen davon profitieren.

Verantwortliche Politik muss besonders in dieser Krisensituation auf das Wohl aller zielen. Das heißt für uns, die Schwachen zu stärken. Verantwortung ist ein gesellschaftlicher Wert und nicht das Monopol von Eliten. So verstehen wir eben auch Gemeinsinn als Wert im politischen Handeln, der auf das Gemeinwohl zielt. Und, meine Damen und Herren, wie weit und wie gut diese Politik trägt, hängt auch davon ab, wie wir hier im Landtag miteinander und mit den Problemen unseres Landes umgehen. Wir - das sind Sie - jetzt in der Rolle der Opposition - und wir in den Regierungsfractionen. Die Linke verstand und versteht Opposition ausdrücklich nicht als Blockade um ihrer selbst willen, und Regieren heißt nicht prinzipielle Abwehr aller oppositionellen Vorschläge. Das hat Herr Woidke hier, denke ich, auch schon erläutert. Diesen Ansatz unterstütze ich. Sie haben uns das jahrelang anders vorgemacht. Wir werden diesem Beispiel nicht folgen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Menschen im Land wollen ja nicht starke Worte. Wenn einige Ihrer Bundestagsabgeordneten äußern: Jetzt gilt es, deutlich zu machen, wie sehr diese Koalition dem Land Brandenburg schaden wird, dann sage ich: Sei's drum, wenn das ihr Begehrt ist. Aber starke Worte helfen nicht, sondern wir brauchen starke Argumente und kluge Gedanken und Vorschläge. Die Menschen wollen was von Ihnen und was von uns, und sie wollen wissen, was unter diesen Bedingungen gehen kann, was die Zukunft sichert, und sie wollen nicht wissen, was nicht geht.

(Zuruf des Abgeordneten Dombrowski [CDU])

Frau Prof. Wanka, ich weiß, Sie können lesen, und Sie können rechnen, und ich würde das auch jederzeit öffentlich immer unterstützen - absolut. Mich erfüllt auch eine gewisse Freude, dass Sie in der jetzigen Situation nun Gysi, Bisky und Lauterbach lesen. Vielleicht kann man darüber auch wirklich mal inhaltlich diskutieren. Das wäre mein Wunsch. Aber ich bitte Sie doch noch einmal zu überprüfen, ob Ihrer Fraktion der gesamte Koalitionsvertrag mit allen Seiten und auch die vollständige Regierungserklärung zugegangen ist; denn so vieles kann man nicht überlesen, was Sie heute alles vermisst haben wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Vielleicht war es auch schwierig, bei dem Lärm in Ihren eigenen Reihen zuzuhören, als der Ministerpräsident hier seine Regierungserklärung gegeben hat. Dennoch: Ich teile sehr persönlich auch Ihr Unbehagen, das Sie hatten, als es während der Sondierung und der Koalitionsverhandlungen immer hieß: Platzeck hat die Wahl zwischen zwei Frauen. - Mir hat das auch nicht besonders gut gefallen. Das gebe ich zu - da sind wir uns, glaube ich, einig -, denn es ging ja nicht um eine Liebesheirat oder so etwas. Aber ich wünsche trotzdem auch sehr persönlich, dass Sie schnell aus Ihrer Rolle der enttäuschten, der verschmähten Braut herausfinden.

(Beifall DIE LINKE)

Auf Bundesebene regieren Sie nun mit der FDP, und es ist leider abzusehen, dass diese Regierung dort keine sozialen Wohltaten verbreitet und auch für unser Land die Rahmenbedingungen weiter verschlechtert. Das ist das Problem, nicht der Wechsel an sich. Hieße es da nicht - das ist meine Frage - durch verantwortliches oppositionelles Handeln, Frau Wanka, Herr Goetz, für Brandenburg mit uns hier zusammen die Zumutungen Ihrer Farbenbrüder in Berlin abzuwehren? Aber Sie erzählen hasenherzig Ihre Geschichte davon, was alles in Brandenburg nunmehr nicht geht; vor allem gehe nicht, dass Sozialdemokraten und Linke zusammen regieren. Schon gar nicht geht Ihrer Meinung nach, was sie gemeinsam erreichen wollen. Sie schließen also messerscharf, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

Dabei haben Sie - und das hat mich denn doch schon sehr verwundert - heute bei Äußerungen des Ministerpräsidenten protestiert, für die Sie in einer anderen Regierungskonstellation durchaus Beifall gespendet hätten. So etwas verwundert mich. Das hätte ich nicht gedacht.

Lassen Sie mich noch einmal auf Ihre beiden Argumente „geht nicht“, „geht gar nicht“ eingehen. Große Aufregung gibt es derzeit, weil die Linke auf den Monat genau 20 Jahre nach dem Fall der Mauer in die brandenburgische Landesregierung eintritt. Das kann ich gut verstehen; denn gerade solche Jubiläen rufen auch schmerzhaft Erfahrungen wach, sie erinnern uns - da meine ich Sie und uns, die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE - an jene Erkenntnisse, die zum Bruch mit der DDR geführt haben.

Doch, meine Damen und Herren! Dass uns die Situation von vor 20 Jahren jetzt wieder so nahe ist, bedeutet doch nicht, dass die letzten 20 Jahre nicht existent waren, dass die friedliche Revolution erst gestern ausgebrochen ist. Die Warnung von Christa Wolf vor den politischen Wendehälsen ist doch nicht erst gestern, sondern im November vor 20 Jahren ausgesprochen worden. Allerdings haben wir heute erlebt, dass sie vielleicht auch

aktuell ist. Es gibt ja auch Landtagswahlprogramme von ehemals Regierenden, die die Opposition zur eigenen Regierungspolitik festgeschrieben hatten. Aber sei's drum.

Meine Damen und Herren! Es weiß doch jeder von uns, dass die Linke nicht deshalb in die Landesregierung eintritt, um die SPD in eine Zwangsvereinigung zu drängen und ein neues Blockflötenorchester zu dirigieren. Die Linke will weder VEB-Strukturen noch Alu-Chips wieder einführen. Wie gesagt, das weiß jeder.

Einige grundlegende Erkenntnisse teilen wir ja denn doch. Das heißt, Sie wissen, dass wir wissen, und wir wissen, dass Sie wissen. Erstens - das sage ich nicht zum ersten Mal in diesem Landtag -: Die DDR ist an ihren diktatorischen Strukturen, an fehlenden demokratischen und Bürgerrechten gescheitert. Sie scheiterte an der Unterdrückung von Wahrheit,

(Dombrowski [CDU]: An Ihnen ist sie gescheitert!)

an ihrer wirtschaftlichen Ineffizienz und auch an ihrer Ignoranz gegenüber ökologischen Problemen.

Ich denke, dass der Koalitionsvertrag diese Schlussfolgerung durchaus aufnimmt.

Zweitens: Wir sitzen alle hier in diesem Landtag, weil wir solche Verhältnisse eben nicht wieder wollen, weil wir auf dem Weg von Demokratie und Meinungsfreiheit, von sozialer und ökologischer Marktwirtschaft die Gegenwart gestalten und die Zukunft erreichen wollen. Dafür wurden wir hier alle gewählt. Zum Glück sitzen in diesem Landtag nur demokratische Parteien.

(Beifall DIE LINKE)

Drittens: Nur in diesem Sinne haben wir einen klaren Schlussstrich gezogen, nur in diesem Sinne sind wir die große Schlussstrichkoalition, die Sie so oft kritisieren - Sie und wir gemeinsam. Diesen kritischen, ungeschönten Blick auf die Vergangenheit sowie Respekt und Unterstützung für die Opfer müssen und wollen wir uns erhalten. Dieser Blick aber, meine Damen und Herren, darf nicht durch leichtfertige Gleichsetzung des rot-rot regierten Brandenburgs mit Honeckers DDR verstellt werden oder - ich weiß nicht, was schlimmer ist - durch den unfassbaren Vergleich des Ministerpräsidenten mit Paul von Hindenburg. Das ist schon böse und ehrabschneidend.

(Beifall DIE LINKE)

Vor allem verharmlost dieser Umgang mit der Geschichte bis zur Unkenntlichkeit das, was an der Vergangenheit des letzten Jahrhunderts besonders kritisch zu sehen ist.

Ich hatte es ursprünglich nicht vor, aber die von Ihrer Seite begonnene Debatte hat mich dazu bewogen, an die - auch von mir unterschriebene - Erklärung des „Neuen Forums“ vom Herbst 1989 zu erinnern. In dem Text vom 7. Oktober 1989 wendet sich das „Neue Forum“ ausdrücklich an die über zwei Millionen Mitglieder der SED und formuliert:

„Ihr bildet die größte und wichtigste politische Körperschaft im Lande. Zu Euch gehört ein enormes Potenzial von Fachwissen und Leitungserfahrung, das für die Erneuerung unserer Gesellschaft dringend gebraucht wird.

Führt die Diskussion in Euren Reihen! Führt das Politbüro in die wirklichen Probleme der DDR ein! Führt die Gesamtpartei zu einem konstruktiven, lebensnahen Kurs! Die Diskussion, die die SED selbst führen muss, ist ein wichtiger Teil der gesamtgesellschaftlichen Diskussion, die unser Land braucht.“

An dieser Stelle sage ich: Für die Zukunft Brandenburgs sollte demokratische Politik doch diese Erkenntnisse von 1989 - Offenheit, Pluralismus, demokratischer Meinungsstreit - bewahren; denn was 1989 an konstruktiver Kritik möglich war, sollten wir auch 20 Jahre später nach wie vor können.

(Beifall DIE LINKE, vereinzelt SPD und des Ministerpräsidenten Platzeck)

Nun komme ich zu dem zweiten „Geht gar nicht!“ Sie wollen nicht, dass SPD und Linke gemeinsam regieren. Schon gar nicht wollen sie das, was wir gemeinsam vorhaben. Sie halten es für falsch, unrealistisch, nicht bezahlbar. Ich glaube nicht, dass es etwas bringt, wenn wir uns hier gegenseitig unsere Wahlprogramme um die Ohren hauen. Deswegen werde ich der Versuchung widerstehen.

Ich denke einfach, dass das, was Ihnen - auch mit der heutigen Regierungserklärung - auf den Tisch gekommen ist, einfach nicht Ihrer Vorstellung von einer modernen Gesellschaft entspricht. Für Sie soll immer nur das gehen, was Sie gemeinsam tun oder tun würden. Im Bund erleben wir gerade, was geschieht, wenn Sie regieren und welche Folgen das für das Land hat.

Beginnen wir bei den Finanzen, die nicht nur Sie, sondern auch uns berechtigterweise besonders umtreiben. 550 Millionen Euro fehlen Brandenburg für den Haushalt 2010, und zwar als Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Bewältigung der Folgen dieser Krise hat Ihre Chefin, Frau Merkel, zum Thema Nr. 1 ihrer Regierung erhoben. Schlimm genug, dass die Beseitigung der Ursachen kaum noch eine Rolle spielt. Noch schlimmer ist, dass die Banken schon wieder weitermachen wie bisher und den nächsten Crash kräftig vorbereiten.

Wie aber sollen wir nun im Land Brandenburg mit den Folgen, mit den Kosten dieser noch anhaltenden Krise zurechtkommen? Etwa durch den Steuersenkungswahn Ihrer Partei, Herr Goetz? Allein der kostet Brandenburg dann noch einmal 100 Millionen.

Ich schließe die Frage an: Wem bringt das etwas? Denen, die viel Steuern zahlen, bringt das am meisten. Denen, die kaum oder, wie Niedriglöhner, keine Steuern zahlen, bringt das nicht nur keinen Gewinn, sondern sogar eine spürbaren Verlust, nämlich an sozialen Leistungen und öffentlicher Daseinsvorsorge. Meine Damen und Herren von CDU und FDP, das ist das genaue Gegenteil von Gemeinsinn und Verantwortung, wie sie diese neue Landesregierung versteht. Das ist auch das Gegenteil dessen, was Brandenburgerinnen und Brandenburger fordern, nämlich Arbeit, von der man existenzsichernd leben kann, Armutsbekämpfung und eine gute, sozial gerechte Bildungspolitik mit Chancen für alle Kinder. Dass die selbsternannte bürgerliche Opposition in diesem Haus die neue Landesregierung für den Widerstand gegen die aktuelle Bundespolitik kritisiert, ehrt uns geradezu.

Heute ist von uns gefordert worden, darzulegen, welche „schmerzhaften Entscheidungen“ wir treffen wollen. Darüber wird in der Zukunft zu diskutieren sein. Aber auf Bundesebene sind die Folgen solcher Entscheidungen schon sichtbar, wenn ich allein an die Einschnitte in die Gesundheitsversorgung oder die Arbeitsmarktpolitik denke. Dass diese fatalen sozialen Wirkungen der Bundespolitik beabsichtigt, zumindest willentlich in Kauf genommen und durchgesetzt werden, zeigt andererseits in aller Deutlichkeit, wie weit Sie sich von den Interessen der Brandenburgerinnen und Brandenburger verabschiedet haben, meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es liegt doch auf der Hand: Deutschland und damit auch Brandenburg stehen vor einer Zäsur. Neue Herausforderungen sind auf die Tagesordnung gerückt, obwohl wir die alten noch gar nicht bewältigt haben.

In Brandenburg wollen wir einen anderen Weg gehen. „Erneuerung aus eigener Kraft“ bleibt also aktuell, aber vor dem Hintergrund einer gänzlich anderen Situation. Die derzeitige Krise kam zustande, weil grundlegende Werte der demokratischen Gesellschaft, des Gemeinsinns und der sozialen Verantwortung missachtet wurden. Unsere Koalition ist genau unter diesen Vorzeichen zustande gekommen. Wir, DIE LINKE und die SPD, schlussfolgern daraus, dass der moderne Sozialstaat, inzwischen arg ramponiert, jetzt endlich verteidigt werden muss, bevor er weg ist. Insofern, Herr Dombrowski, kam diese Koalition vielleicht doch nicht ohne Not zustande, sondern weil auch die Mehrheit in der brandenburgischen Gesellschaft genau darin übereinstimmt, dass der Sozialstaat verteidigt werden muss, bevor er ganz weg ist.

(Beifall DIE LINKE)

Den Sozialstaat zu verteidigen heißt auch, ihn zu erneuern. Daran arbeiten wir. Eine ganze Reihe weiterer Herausforderungen ist dabei nicht zu übersehen. So haben im Ergebnis zehnjähriger sogenannter „Reformen“ Wirtschafts- und Arbeitswelt, Finanzsystem und Sozialstaat tiefgreifende Änderungen erfahren. Armut ist heute in unserem Land ein Problem, das nicht ignoriert werden darf und nicht mehr übersehen werden kann.

Wir stehen außerdem vor den Ergebnissen der Transformation Ostdeutschlands - nach westdeutschem Vorbild übrigens - und den Folgen des neoliberalen Umbaus seit den 90er Jahren. Es ist unübersehbar, dass damit verbundene Hoffnungen nicht aufgegangen sind und dass in diesem Prozess Menschen ihre Arbeit und ihre Lebensperspektive verloren haben.

Die Regionen Brandenburgs entwickeln sich auseinander: Bevölkerungsrückgang hier, Bevölkerungszunahme dort. Die Anforderungen an die öffentlichen Daseinsvorsorge sind aber überall gleich. Es werden überall Ärzte, Busse und Schulen gebraucht. Die Anforderungen sind hoch. Zugleich muss also diese öffentliche Daseinsvorsorge neu organisiert und materiell gesichert werden.

Eine weitere Herausforderung, deren Bedeutung wir alle teilen, ist die Bildung. Wir sagen: Sie darf nicht von sozialer oder regionaler Herkunft abhängen. Gute Bildung als die zentrale Zukunftsaufgabe erfordert Investitionen sowohl in Bildungs- als auch in soziale Strukturen. Das ist die Situation.

Genau deshalb muss der schon genannte Leitgedanke „Erneuerung aus eigener Kraft“ mit neuem Inhalt erfüllt werden. Da sind wir dann bei den Vorhaben der Koalition für die nächsten fünf Jahre, eben weil Alltagsorgen und Zukunftswünsche und -aussichten der Brandenburgerinnen und Brandenburger uns umtreiben. Genau deshalb wollen wir den sozialen Zusammenhalt und seine politischen wie ökonomischen Grundlagen stärken. Wir setzen uns künftig für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ein. In Brandenburg gehen wir zum Beispiel mit dem Vergabegesetz einen konkreten Schritt voran.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Unsere SPD-LINKS-Koalition bricht mit der Dumpinglohnphilosophie und ihrer Praxis. Brandenburg soll kein Billiglohnland bleiben. Eine moderne und wettbewerbsfähige Wirtschaft, Arbeitsplätze und auskömmliche Löhne sind Grundvoraussetzungen für Wohlstand und sozialen Frieden.

Ich habe bisher von Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, keine andere Idee gehört. Auch wenn mir vielleicht wieder vorgehalten wird, dass ich immer nur ein Beispiel zitiere, so will ich es dennoch auch an dieser Stelle bringen, weil es die Realität sehr plastisch verdeutlicht. Eine Bekannte von mir ist alleinerziehend und geht den ganzen Monat als Friseurin in Berlin arbeiten. Ihr Kind bringt sie in die Kita. Am Monatsende hat sie 580 Euro in der Tasche. Ich habe von Ihnen keine Idee gehört, wie man - außer über einen gesetzlichen Mindestlohn - dieses Problem im Sinne wenigstens der Existenzsicherung lösen kann. Das Aufstocken mit Hartz IV ist für mich nicht nur entwürdigend, sondern keine Perspektive.

(Beifall DIE LINKE)

Wir werden für die Langzeitarbeitslosen in Brandenburg, die Sie rechts liegen lassen wollen, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor einführen, um insbesondere für die älteren unter ihnen berufliche Perspektiven sowie ein existenzsicherndes Einkommen zu schaffen.

Ich frage mich: Warum arbeiten Sie sich an diesem ÖBS so ab?

(Zuruf von der CDU: Gibt es schon! Er funktioniert!)

- Dann können wir gern darüber reden. - Wir schlagen 8 000 existenzsichernde, mehrjährige Arbeitsplätze im ÖBS vor. Auf der anderen Seite sind Sie bei der Verlängerung der Kurzarbeiterregelung durch die neue Bundesregierung einen richtigen Schritt gegangen. Aber die einen nicht arbeitslos werden zu lassen ist genauso wichtig wie auf der anderen Seite Langzeitarbeitslose wieder in existenzsichernde, bezahlte Arbeit zu bringen. Da braucht es keine bössartigen Zwischenrufe, sondern die Erinnerung daran, was Sie selbst gesagt haben: „Sozial ist, was“ - ich verändere - „existenzsichernde Arbeit schafft“. Lassen Sie uns darum kämpfen, dass wir das in Brandenburg schaffen!

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ich frage mich oft, wie Sie sich in der CDU damit abfinden können oder wollen, dass es scheinbar überflüssige Menschen gibt. Das wird sich mir wirklich nie erschließen.

(Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit, Frau Kaiser!)

Wir sagen: Kein Mensch ist überflüssig. Der Einstieg in den ÖBS ist der erste Schritt, und nur ein erster Schritt kann zu einem zweiten führen.

Die Aufgabe der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist weit umfassender, als kurzfristige Schutzschirme für Menschen zu schaffen, die auch wir fordern. Es geht nicht allein darum, die Menschen im Arbeitsleben zu halten. Es geht darum, anderen Menschen einen Zugang zu ausreichend bezahlter Arbeit zu ermöglichen. Lassen Sie uns das nicht verkennen, und verweigern Sie sich diesem Problem nicht.

Im Bund bauen CDU und FDP die Möglichkeiten für aktive Arbeitsmarktpolitik gerade ab. Hier im Land hadern Sie zusätzlich mit jedem Cent, der für solche Belange ausgegeben werden soll. SPD und Linke haben zu keiner Zeit einen Hehl daraus gemacht, dass für den Einstieg in die öffentlich finanzierte Beschäftigung ein Mix aus Mitteln des Bundes, des Landes, der Kommunen und der Träger erforderlich ist. Es bedarf schon einiger Verdrehungskünste, verehrte Kollegin Wanka, wenn Sie daraus den Vorwurf machen, die Brandenburger Landesregierung wolle eine öffentlich finanzierte Beschäftigung nur auf Kosten der schwarz-gelben Bundesregierung einrichten. Das ist nicht so.

(Zuruf der Abgeordneten Prof. Dr. Wanka [CDU])

Wir verlangen von der Bundesregierung nicht mehr und nicht weniger, als die Mittel aus dem Bundeshaushalt bzw. dem Haushalt der Bundesagentur, die jetzt für passive Leistungen ausgegeben werden, für die Schaffung von Stellen zu nutzen.

(Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: Ich lache mich tot. Sie benutzt meine Argumente!)

Das sind Steuergelder. Die gehören nicht einer Regierung. Es geht also darum, Arbeit anstatt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Für den Bund sind das keine zusätzlichen Ausgaben, sondern das ist ein Nullsummenspiel.

Anders stellt sich die Situation für das Land dar. Das haben wir sehr bewusst entschieden. Wir brauchen in der Tat zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt, weil auf Landesebene Einsparungen bei den Passivleistungen gar nicht anfallen. Zu diesen zusätzlichen Mitteln bekennt sich die Koalition, und zwar im Interesse von Langzeitarbeitslosen. Ich weiß nicht, was Sie daran kritikwürdig finden.

Ich kann aus menschlicher Sicht verstehen, dass Sie unsere Koalition gern scheitern sehen möchten. Davon ist allerdings die Sehnsucht nach einer Streichorgie des Bundes wesentlich zu unterscheiden, mit der alles unmöglich wird, was in Brandenburg irgendwie von Nutzen sein, was Brandenburg voranbringen könnte. Damit ist das Verhältnis zwischen Landesinteressen, den Interessen von Menschen und parteipolitischen Interessen in eine arge Schieflage geraten. Auch die Landesregierung, an der die CDU beteiligt war, hat davon profitiert, dass der Bund Arbeitsmarktinstrumente wie den Kommunal Kombi zur Verfügung gestellt hat.

Selbstverständlich geht es nicht, dass wir als Land Lückenbüßer für die Bundesregierung spielen. Wir können nicht als Ersatzfinanzierer einspringen, wo sich die Bundesregierung herauszieht. Das wollen wir auch politisch nicht. Wir werden nicht die Aufgaben der Bundesregierung in der Sozial- und

Arbeitsmarktpolitik übernehmen, damit die Bundesregierung diese Mittel einspart, um sie vielleicht als Steuergeschenke wieder den Vermögenden zukommen zu lassen. Das wäre ungerecht und falsch. Ich weiß nur nicht, warum Sie uns an dieser Stelle so viel dafür kritisieren, dass wir bundesweit die Stimme für eine andere, sozial gerechtere Politik erheben. Man kann auch mal sagen, dass wir in Brandenburg mehrheitlich eine andere Meinung haben.

Die neue Koalition setzt deutliche Akzente bei der Milderung und Überwindung von Armut. Die Kinderarmut ist eines der dringendsten Probleme in unserer Gesellschaft. Dass es sie überhaupt gibt, ist die schärfste Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten 20 Jahre. Wir wollen ihr entgegenwirken. Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Regelleistungen für Kinder nach den Sozialgesetzbüchern II und XII eigenständig ermittelt werden. Darüber hinaus geht es um eine sachgerechte und armutsfeste Grundsicherung für Kinder. Ich finde es problematisch, was ich heute von Ihrer Seite dazu gehört habe. Kindergelderhöhung über Jahre nur denen zukommen zu lassen, die kindergeldberechtigt sind, aber denen, die es am nötigsten brauchen, den Leuten, die von Hartz IV leben, den Kindern in diesen Bedarfsgemeinschaften nicht, sondern die Erhöhung anzurechnen und somit die Not nicht da zu lindern, wo sie am größten ist, und das sozial gerecht nennen, ist schon ziemliche Heuchelei.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Sie haben von Berlin und der Armutsquote gesprochen. Ich sage jetzt nicht, dass Sie lange nicht in Brandenburg an der Havel, in Frankfurt (Oder) oder in manchen Dörfern im Land waren. Auch dort ist die Armutsquote besorgniserregend hoch. Wenn sich Rot-Rot zum Ziel setzt, Belastungen für sozial schlechter Gestellte im Land, besonders für Hartz-IV-Betroffene und Aufstocker, zu verringern und ihnen die gesellschaftliche Teilhabe am Leben zu erleichtern, dann sind das ganz konkrete Vorschläge, um der Armut entgegenzuwirken.

(Beifall DIE LINKE)

Das Mobilitätsticket ist solch ein Vorschlag aus dem Jahr 2008. Das wollen wir über das Jahr 2010 hinaus fortführen. Bei dessen Weiterentwicklung werden die bisherigen Erfahrungen berücksichtigt. Die Koalition strebt außerdem die Ausdehnung des Geltungsbereichs auf Berlin an, damit insbesondere auch die Arbeitspendler das Ticket nutzen können, zum Beispiel auch meine Bekannte, die alleinerziehende Friseurin. Dass das sozial gerecht wäre, kann man ihr gut vermitteln.

Hinzu kommt, wir streben an, dass Kinder aus SGB-II- und SGB-XII-Haushalten von Beiträgen zur Schülerbeförderung freigestellt werden. Wir sind uns einig, das beste Mittel gegen Armut und zur sozialen Integration der Gesellschaft ist gute Arbeit. Auch die Gewerkschaften fordern das.

Die Modernisierung der brandenburgischen Wirtschaft, die auf stabile Unternehmen setzt, muss technologischen Fortschritt mit sozialen und ökologischen Kriterien verbinden. Wenn wir auf gute Arbeit setzen, dann gilt das auch und erst recht für die Landesbediensteten. An dieser Stelle ist der Zugang, den die Koalition zur Personalbedarfsplanung gesucht und gefunden hat. Es geht also nicht so weiter wie bisher.

Wir denken, dass Bürgerinnen und Bürger einen handlungsfähigen Staat brauchen. Dazu gehören kompetente und motivierte Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten sowie Verwaltungsangestellte. Die Koalition wird die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und eine bürgernahe und effektive Aufgabenerledigung durch ressortübergreifende Personal- und Einstellungspolitik gewährleisten. Wir wollen diese ausdrücklich politisch steuern, damit durch den Rückgang der aktiven Beschäftigten, durch die Altersabgänge und die sonstige Fluktuation auf etwa 43 700 bis zum Jahr 2014 und auf etwa 36 000 im Jahr 2019 - ich bin überzeugt, dass Sie diese Zahlen kennen - Spielräume entstehen und diese für Einstellungen genutzt werden können. Das Ziel ist die Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dafür nutzen wir ganz offensiv und von vornherein den Dialog mit den Beschäftigten und mit den Gewerkschaften im Rahmen des Tarifvertrags Umbau. Betriebsbedingte Kündigungen schließen wir aus. Die Landesregierung wird so viele neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen, dass der Personalbestand im Jahr 2014 bei 45 500 liegt. Für das Jahr 2019 geht die Koalition von einer Zielzahl von 40 000 aus. Das sind keine altbekannten Planziffern, sondern damit werden auch erforderliche Entwicklungen deutlich.

Wenn die von allen hier vertretene Forderung nach besserer Bildung ernst gemeint ist, muss die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern in Kitas Vorrang haben. Mit Überlastung, Krankenstand und Ausfall wollen und dürfen wir uns nicht abfinden. Meine Damen und Herren, gute Bildung für alle von Anfang an ist für uns eine soziale Frage, mit Blick auf die Zukunft vielleicht sogar die entscheidende soziale Frage. Deshalb schlagen wir den Weg zu verstärkter individueller Förderung und zu längerem gemeinsamen Lernen ein. Wir trennen uns von der ungerechten Idee der frühen Trennung, ja Aussonderung von Kindern. Ich bin sehr überrascht, dass wir jetzt gemeinsam mit der CDU die Gemeinschaftsschule im Land einführen wollen. Jedenfalls habe ich Ihren Beitrag heute so verstanden, Frau Prof. Wanka. So mutig waren noch nicht einmal wir, dieses Wort hineinzuschreiben, und zwar deshalb, weil wir im Land keine Schulformdebatte wollten, die nach schon 17 Schulgesetznovellen weiter zu Unruhen führen würde. Wir setzen auf Qualität, die zum Beispiel die Kita und die Grundschule stabilisiert, die Bildungsqualität verbessert und dazu führt, dass eine integrative Förderung und die Durchlässigkeit möglich sind, dass zum Beispiel Kinder aus der Oberschule nach der 10. Klasse oder früher den Weg auf das Gymnasium finden. Genau darauf setzen wir und nicht auf ein Wort, was Ihnen aber offensichtlich an dieser Stelle wichtig war. Aber da sind wir lernfähig.

Wir wollen durchaus, dass jedes Kind, das dazu befähigt ist, das Abitur ablegen kann, das Kind der Verkäuferin genauso wie das Kind der Beamtin. Junge Erwachsene ohne Ausbildung sollen den Anspruch auf eine zweite Chance erhalten und den Schulabschluss oder eine Berufsausbildung nachholen können. Wir werden sehr genau darauf achten, dass es soziale Chancengleichheit für alle gibt, dass niemand seiner sozialen oder regionalen Herkunft wegen von bestmöglicher Bildung ausgeschlossen wird. Das soll und muss nach den 17 Schulgesetznovellen in 20 Jahren gehen. Es geht uns also nicht um Schnellschüsse.

Nehmen wir in diesem Zusammenhang die Kitas als Bildungseinrichtung. Sie dienen in erster Linie nicht den Eltern, son-

dern den Kindern. Wir sagen: Auf den Anfang kommt es an. - Deshalb geht es um mehr als um Bestandsverwaltung, wie Sie hier den Vorwurf erhoben haben. Es geht darum, die Qualität der Bildungsarbeit in den Kitas zu erhöhen. Dafür werden wir 33 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich investieren. Damit verbessern wir den Betreuungsschlüssel für die Null- bis Dreijährigen auf 1 : 6 und für die Drei- bis Sechsjährigen auf 1 : 12.

Ich habe vorhin Ihren Zwischenruf gehört, ich glaube von der Kollegin Ludwig, das wollten Sie auch. Ja, wenn Sie das denn wollten, ist das in Ordnung. Dann können Sie damit einverstanden sein. Aber Sie haben in zehn Jahren mindestens zehnmal dagegengestimmt.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ich kann mich übrigens erinnern, jedenfalls haben es die Zeitungen gemeldet, dass die CDU während der Sondierung einverstanden war, den Stellenabbau weiter so zu realisieren, wie er geplant war. Wir haben an dieser Stelle gesagt: Stopp Stellenabbau! Sie waren einverstanden mit allen Kürzungszahlen, mit allen haushaltspolitischen Rahmenbedingungen, die vorgegeben waren - doch, doch. Das wurde auch öffentlich gesagt. Die CDU muss aber zur Kenntnis nehmen, dass wir jetzt gemeinsam - Rot-Rot - den Stellenabbau stoppen und 700 Lehrerstellen im System behalten. Dazu kommen dann die Einstellungen.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Frau Kaiser, darf ich Sie kurz unterbrechen? Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Frau Kaiser (DIE LINKE):

Ja, klar.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Dombrowski, bitte schön.

Dombrowski (CDU):

Frau Kollegin, Sie haben gerade über Bildungspolitik gesprochen. Was muss denn der Bildungsminister, der seit Jahren eine so furchtbare Bildungspolitik zu verantworten hatte, nach Ihrem Vortrag jetzt eigentlich anders machen?

Frau Kaiser (DIE LINKE):

Wir haben dem Bildungsminister nie eine furchtbare Bildungspolitik vorgeworfen. Vielmehr hat die letzte Landesregierung hier - übrigens mit Ihrem Zutun und, soweit ich weiß, auch mit dem Schrittmaß Ihrer Fraktion - Forderungen finanzpolitischer Art durchgesetzt, also ganz andere Prioritäten gesetzt. Wir haben jetzt gesagt: Trotz der Haushaltssituation setzen wir andere Prioritäten - sozial gerechtere und gute Bildung für alle von Anfang an. Ich hoffe, das ist in Ihrem Sinne, Herr Dombrowski.

(Dombrowski [CDU]: Das war leider nicht konkret!)

- Man kann ja mal konkret etwas anderes machen.

Zur Hochschulpolitik ist heute schon eine Menge gesagt worden. Darüber möchte ich auch nicht mit Ihnen streiten, sehr ge-

ehrte Kollegin Wanka, weil ich Ihre Kompetenz da sehr schätze. Wir werden sehen, wie weit unsere Kraft reicht. Es wird keine Studiengebühren geben. Darin sind wir uns alle einig. Bei uns soll jeder Bachelor-Absolvent auch einen Masterstudiengang belegen können. Wir wollen die Bedingungen für Studierende mit Kindern weiter verbessern und setzen uns im Rahmen der Tarifgemeinschaft der Länder für die Einführung eines Tarifvertrages für studentische Beschäftigte ein und für mehr studentische Mitbestimmung. An dieser Stelle sind wir uns vielleicht nicht so einig.

Ich bitte nur, wenigstens zur Kenntnis zu nehmen, dass angesichts überfüllter Hörsäle und Seminarräume die jetzigen Streikaktionen und Besetzungen an der Universität Potsdam genau wie bundesweit an anderen Stellen wirklich nicht allein dieser neuen rot-roten Koalition in die Schuhe zu schieben sind. Das wäre ein bisschen irre, denn in zwei Wochen kann man gar nicht so viel Unsinn machen, um eine solche Protestbewegung zu organisieren.

(Beifall DIE LINKE)

Lassen Sie uns zur Kenntnis nehmen, dass überfüllte Hörsäle und Seminarräume, fehlende Hochschullehrer und die restriktiven Elemente des Bologna-Prozesses belegen, dass langfristig ein wirkliches Problem entstanden ist. Es fehlen Ressourcen, ja. Zum Teil ist das Land aber für diese Probleme nicht zuständig. Das ist kein Herausreden, sondern eher der Beleg dafür, dass man sich bundes- und europapolitisch gegen diese Vorgänge äußern muss.

Ich kann nachvollziehen, dass die Studierenden, die ihre Universität in diesen Tagen besetzt halten - auch in Potsdam -, für solche Art Erörterung wenig Verständnis haben. Wir suchen deshalb das Gespräch, und wir suchen nach Lösungen. Eines jedoch steht fest: Sicherheitskräfte sind die vollständig falsche Antwort an einer Universität, an der Gespräche und Demokratie gefordert werden.

Gerade jetzt, wo die Ressourcen knapp sind, muss man gemeinsame Wege suchen. Eine ausgehandelte Prioritätenliste ist dabei keine Streichliste. Das betrifft nicht nur das Verhältnis zwischen Hochschulen und Landesregierung, nicht nur das zwischen Protestierenden einerseits und Parteien andererseits. Gerade in solchen Situationen wie jetzt ist von Belang, dass zur politischen Grundüberzeugung dieser Koalition auch zählt:

„Hochschulen leben von dem Miteinander der Lehrenden und Lernenden und vom wissenschaftlichen Dialog zwischen allen Beteiligten in Lehre und Forschung.“

Dieses Miteinander der unterschiedlichen Gruppen muss sich auch in den Entscheidungsprozessen der Hochschulen wiederfinden. Deshalb sage ich - das ist offensichtlich eine ganz aktuelle Forderung der Studierenden -: Studentische Mitbestimmung muss gesichert und darf nicht beschnitten werden. Die nächste Bewährungsprobe dieser Art werden wir übrigens schon bald im Landtag zu bestehen haben, wenn die Debatte über die Volksinitiative „Musische Bildung“ ansteht. Die Koalition hat einen ersten Schritt auf die Initiatoren und ihre Unterstützer zu getan. Aus den verschiedenen Fraktionen heraus haben wir diese Volksinitiative mitgetragen. Wenn wir uns jetzt verpflichtet haben, die Einhaltung von Mindeststandards in der musischen Erziehung an Musikschulen zu gewährleisten sowie

die Musikschulen weiterhin zu fördern, dann ist das kein Vorwurf, dass hier irgendjemand umgefallen ist, sondern der Ausgangspunkt möglicherweise für eine weitere Debatte und auch Entscheidungen, die der Landtag zu fällen hat.

Zum Thema Demonstrationen und Volksinitiativen passt die Energiepolitik der Koalition. Wir haben uns - in der Presse hieß es: mühelos - darauf verständigt, dass die erneuerbaren Energien künftig Vorrang haben. Wir haben Regelungen zum Vorrang und Ausbau erneuerbarer Energie verabredet. Das heißt also Vorrang für erneuerbare Energien und nicht Vorfahrt für Vattenfall. Das ist insofern nicht die Fortsetzung der vorherigen Landespolitik, jedenfalls nicht eindimensional und nicht direkt.

Natürlich bleibt die Energiestrategie Grundlage, aber landesweite Netzwerke sind einzubeziehen und Institutionen weiterzuentwickeln. Dies, meine Damen und Herren, war energiepolitisch der Knackpunkt des Wahlprogramms der Partei DIE LINKE. Das kann man übrigens jederzeit nachlesen.

Ja, die Linke in Brandenburg steht nach wie vor und außerordentlich kritisch zur Braunkohleverstromung, und sie möchte sie wegen der Folgen für Menschen und Umwelt mittelfristig beenden. Ja, wir möchten Dörfern das Schicksal von Umsiedlung und Abbaggerung ersparen.

(Beifall DIE LINKE und GRÜNE/B90)

Ich hoffe sehr, dass die Bundespolitik, wenn ich an die entsprechenden Gesetze denke, und die Landespolitik stark genug sind, um solche Lösungen herbeizuführen.

Ja, wir sind auch bezüglich der CO₂-Abscheidung und -verpressung nach dem jetzigen Stand der Technik mehr als nur skeptisch. Es gab vorhin einen Zwischenruf aus den Reihen der Grünen. Ja, Sie haben Recht, die Unbedenklichkeit dieser Technologie kann derzeit wirklich niemand garantieren. Genau aus diesem Grund lassen Sie uns an der Stelle weiter dazu stehen, dass gewissenhafte, risikobewusste Erforschung all dessen nötig ist, was mit dieser Technologie zu tun hat. Daher sagen wir und insofern stehen wir zum Koalitionsvertrag - das ist auch ein tragbarer Kompromiss - bei dieser Einordnung und in diesem Zusammenhang: Braunkohleverstromung in Brandenburg ist mittelfristig zu sehen und eine Brückentechnologie.

Die Koalition wendet sich übrigens mit aller Entschlossenheit sehr entschieden gegen die Aufkündigung des Atomausstiegs auf Bundesebene. Das ist aus meiner Sicht das völlig falsche Signal.

(Beifall DIE LINKE, SPD und GRÜNE/B90)

Wir wollen doch bitte nicht den klimaschädlichen Braunkohlestrom durch das Jahrtausendrisiko Atomstrom ersetzen, sondern wir setzen konsequent auf die beständige Stärkung umwelt- und klimafreundlicher alternativer Energien. Dafür kann diese Koalition, dafür kann die Linke in dieser Koalition in dieser Legislaturperiode viel tun. Der von uns lange diskutierte und geforderte Plan B ist de facto so beschrieben.

Einige Punkte möchte ich noch erwähnen. In diesem Zusammenhang sei bemerkt: Ich freue mich, wie stark die Grünen ihre Spur im Koalitionsvertrag der saarländischen Regierung

hinterlassen haben. Aber ich freue mich natürlich nicht, dass Sie Peter Müller zum Weiterregieren verholten haben.

(Beifall DIE LINKE)

Ich gehe davon aus, dass das Thema Energiepolitik dieses Parlament und dieses Land weiter befassen wird, und ich gehe davon aus, dass es eine zukunftsfähige Politik aus dieser Koalition heraus geben wird. Das betrifft auch die Wirtschaftsförderung. Diese erfordert soziale und technologische Modernisierung, aber auch technologische Qualität. Das liegt hier auf einer Linie. Mit der Überarbeitung der Wirtschaftsförderung sollen Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsstrukturen konsequent ökologisch ausgerichtet werden. Die Koalition will Fördermöglichkeiten des Landes weiterentwickeln zugunsten unserer überwiegend kleinen und mittleren Betriebe, die in diesem Land die meisten Arbeitsplätze schaffen und erhalten.

Meine Damen und Herren, eine deutliche Neuorientierung werden wir in der Innen- und Rechtspolitik vornehmen. Das wird Sie nicht wundern.

(Zuruf von der CDU: Von Schönbohm zu Schöneburg!)

- Es ist nicht nur ein Namenswechsel, und es ist auch nicht das gleiche Ressort. Aber wir gönnen Herrn Schönbohm in dem Fall seinen Ruhestand.

Wir werden die Landesdatenschutzbehörde stärken, die Aufsicht über den öffentlichen und den nichtöffentlichen Bereich zusammenführen. Das Wahlalter 16 bei Kommunalwahlen könnte Realität werden. Brandenburg wird sich künftig dafür einsetzen, dass Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. Wir wollen wenigstens überprüfen, wie die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der direkten Demokratie zu erleichtern ist, und hier vielleicht gemeinsam neue gesetzliche Regelungen beschließen.

Im Polizeigesetz werden wir insbesondere die Regelung zur Telekommunikationsüberwachung durch Handyortung und Kennzeichenfahndung überprüfen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir, denke ich, eine Form der Kennzeichnungspflicht für uniformierte Polizeibeamte im Einsatz finden.

Positive Veränderungen wird es beim Ausländerrecht geben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Residenzpflicht für Asylbewerber und geduldete Ausländer abgeschafft und die Regelung des § 58 des Asylverfahrensgesetzes großzügig gehandhabt wird. Wir wollen, dass Sachleistungen durch Geldleistungen ersetzt werden und dass die Bleiberechtsregelung über das Jahr 2009 hinaus verlängert wird.

(Beifall DIE LINKE und SPD sowie von Ministerin Dr. Münch)

Die Koalitionspartner prüfen die Erarbeitung eines Resozialisierungsgesetzes; es wäre bundesweit das erste. Genauso wichtig ist die öffentliche Debatte, die wir damit anstoßen würden.

Für mich ist es ein unverzichtbarer Konsens - den das gesamte Parlament hoffentlich teilt -, dass die Koalition die Haushaltsansätze für den Kampf gegen Rechtsextremismus fortschreibt und das landesweite Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, die Mobilen Beratungsteams, die regionalen Arbeits-

stellen für Ausländerfragen und den Verein „Opferperspektive“ weiter unterstützt.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Von der Sicherung und Weiterentwicklung öffentlicher Daseinsvorsorge war bereits die Rede. Zu besseren Rahmenbedingungen dafür gehört ohne Wenn und Aber die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen; denn damit, dass Wohnraum, Energie, öffentlicher Personennahverkehr hochwertig und erschwinglich vor Ort für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar sind, hat auch die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen durchaus etwas zu tun. Deshalb stehen wir für starke entscheidungs- und handlungsfähige Kommunen, für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Städten und Kreisen. Dafür kann es - selbstverständlich nach Kommunikation mit den kommunalen Spitzenverbänden - entsprechende Regelungen und Gesetze geben. Dadurch werden aber bestehende Kooperationsformen nicht infrage gestellt, sondern weiter gefördert.

Die Funktionalreform wird - fast möchte ich sagen: endlich - wieder aufgenommen. Der Vertrag hält fest: Es werden zusätzliche Aufgabenverlagerungen vom Land auf die Landkreise und von den Landkreisen auf die Gemeinden geprüft.

Meine Damen und Herren! Brandenburg mit Berlin in seiner Mitte liegt - das ist keine Überraschung - mitten in Europa. Die Politik der Koalition ist uneingeschränkt proeuropäisch mit dem Blick nach Brüssel genauso wie auf das Zusammenleben mit unseren polnischen Nachbarn gerichtet. Deshalb ist es auch keine Nebensächlichkeit, dass Brandenburg für ein wettbewerbsfähiges und soziales Europa gleichermaßen steht. Die Koalitionspartner werden sich in Abstimmung mit den Gewerkschaften für ein neues Verhältnis von sozialen Grundrechten und wirtschaftlichen Grundfreiheiten in den europäischen Verträgen einsetzen.

Die Landesregierung wird ihren Beitrag zur Vorbereitung des Landes auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle EU-Ausländer ab dem 1. Mai 2011 leisten.

Der Oder-Partnerschaft wollen wir Beständigkeit und Struktur geben. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarwoiwodschaften und Ländern an Oder und Neiße soll im Bereich Arbeitsmarkt, in der Bildungs- und Verkehrspolitik sowie im Tourismus vertieft werden, sodass die in der Region lebenden Menschen dies als immer selbstverständlicher erleben. Die Euro-Regionen sollen sich zu Trägern der grenzüberschreitenden regionalen Entwicklung profilieren.

Meine Damen und Herren, somit komme ich zum Schlusspunkt. Sozial gerechter, wirtschaftlich stabil, zukunfts- und bürgerrechtsorientiert, ökologisch und europäisch - das könnte aus der Sicht der Linken in ein paar Jahren das Markenzeichen Brandenburgs sein, das Markenzeichen eines Landes, in dem wir den Alltag der Brandenburgerinnen und Brandenburger durch eine Politik mit Gemeinsinn und Verantwortung gestalten. Die rot-rote Koalition wird insofern alltäglich. Wir selbst und Sie werden uns sicherlich an diese Koalition gewöhnen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Abgeordneter Vogel. Er spricht für die Fraktion GRÜNE/B90. Während er zum Rednerpult kommt, begrüße ich Mitarbeiter des Amtes Biesenthal. Seien Sie bei uns herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Vogel (GRÜNE/B90):

Frau Vizepräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit dem 6. November 2009 wird nunmehr auch Brandenburg von einer rot-roten Koalition regiert. Dies als historisch zu bejubeln oder zu betrauern ist wahrlich nicht unsere Sache. Denn nach Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind derartige Farbkombinationen nun wirklich nichts Neues mehr.

Bei aller Parteikonkurrenz, bei aller Kritik an Zielen und politischer Programmatik der Linken, trotz der Vergangenheit einzelner Politiker und auch trotz möglicher, demnächst zu Tage tretender Gedächtnisverluste Einzelner, die dann böse auf Sie zurückfallen werden, muss man doch redlicherweise feststellen: Die Linke ist nicht erst mit dieser Regierungsbildung Bestandteil des demokratischen Parteiensystems Brandenburgs geworden. Der Umgang mit ihr ist nicht erst seit gestern Teil der demokratischen Normalität für alle Parteien in diesem Lande.

Ich habe noch keinen christdemokratischen Landrat oder liberalen Amtsdirektor erlebt, der sich geweigert hätte, sich mit den Stimmen der Linken gegen einen SPD-Kandidaten ins Amt hieven zu lassen.

(Beifall GRÜNE/B90 und DIE LINKE - Zurufe von der SPD)

Auch wenn der Grund für den Wechsel des Koalitionspartners einzig in der von Ihnen, Herr Ministerpräsident, heute an erster Stelle genannten Erwartung der Bürger an die Sicherstellung einer ordentlichen und geschlossenen Arbeit einer stabilen politischen Mehrheit, kurz: der Sicherstellung Ihrer Wiederwahl, gelegen haben mag, möchte ich doch am Anfang unserer Arbeit als Opposition in diesem Landtag eines deutlich sagen: Diese Regierung ist nicht nur eine durch das Ergebnis der Landtagswahlen vom 27. September 2009 formal legitimierte Regierung, sie ist auch eine legitime demokratische Regierung für dieses Land.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt DIE LINKE)

Mit dieser Begründung hätte man doch als Ministerpräsident einfach einmal zu seiner Entscheidung stehen können - Punkt - und nicht wochenlang wie das personifizierte schlechte Gewissen mit immer neuen und immer haltloseren Begründungen und Analogieschlüssen diese Koalitionsbildung meinen verteidigen zu müssen

(Beifall der Abgeordneten von Halem [GRÜNE/B90])

und dabei so nebenher mit einer 20%-Hürde und der Existenz eines Parteizuchtmeisters als neue Kriterien, als Grundvoraus-

setzung für Regierungsbeteiligungen, ein sehr seltsames Politikverständnis zu offenbaren. Das hätten wir uns lieber erspart.

Wir Bündnisgrünen stehen für eine sachliche Bewertung der Ziele dieser Koalition. Wir wenden uns entschieden gegen mythische Überhöhungen und Verteufelungen der jetzigen Landesregierung,

(Vereinzelt Beifall Die LINKE - Zurufe bei der Fraktion DIE LINKE)

wir messen die rot-rote Koalition an ihren Inhalten und ihren Taten, nicht an einem vermeintlichen Tabubruch der Brandenburger Sozialdemokratie.

(Jürgens [DIE LINKE]: Da hätten Sie ein Alleinstellungsmerkmal der Opposition! Das wäre schön!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die weltweite Umweltkrise, der Verlust der biologischen Vielfalt und die Ausplünderung der Ressourcen gehen an Brandenburg nicht vorbei und verlangen genauso wie die globale Krise mutige Antworten auch in der Brandenburger Landespolitik. Aber nicht nur die an der klimaschädlichen Braunkohleverstromung ausgerichtete Energiepolitik, auch der Bildungsnotstand, das weithin sinkende Vertrauen in Demokratie und das marktwirtschaftliche System erfordern neue Konzepte. Wir brauchen einen fundamentalen Politikwechsel. Wir brauchen den Einstieg in eine neue Art des Wirtschaftens und des Konsums. Wir brauchen einen anderen Lebensstil, wenn wir unsere Gesellschaft zukunftsfest machen wollen.

Dies erforderte eine mutige Politik. Dies erforderte die Bereitschaft, neue Wege einzuschlagen, die Bereitschaft, auch inhaltliche Auseinandersetzungen mit der Mehrheitsgesellschaft zu führen und für einen anderen Lebensstil zu werben. Dies erforderte die Bereitschaft, für einen konsequenten Ausbau des Verkehrssystems einzutreten, statt mit Herrn Ramsauer um neue Bundesstraßen zu streiten, sich für Hundert Prozent Ökolandbau statt für die Verheißungen der Gentechnik einzusetzen, mit einer solaren Bauordnung auch noch den letzten Hausbesitzer zum Einsatz der Sonnenenergie zu bringen - um nur wenige Beispiele zu nennen.

Die Lösung der fundamentalen Probleme unserer Zeit duldet keinen Aufschub. Sie anzupacken erforderte Mut und schnelles Handeln. Aber, wer auch immer hierzulande gehofft haben mag, dass jetzt rote Riesenänguruhs zu großen Sprüngen ansetzen, muss nach der Lektüre des Koalitionsvertrages feststellen, dass er sein Fernglas verkehrt herum gehalten hat: statt muskulöser Hinterbeine Hasenfüße.

(Beifall GRÜNE/B90)

Denn mit der Bildung dieser Regierung ist der Mut der Brandenburger Sozialdemokratie auch schon erschöpft. Rot-Rot ist ihr schon Tabubruch genug. Da kommt nicht mehr viel hinterher. Nur nicht noch mehr anecken, scheint ihre Devise zu sein. Denn diese Regierung ist keine Reformkoalition, sondern setzt fast nahtlos die Politik der schwarz-roten Koalition fort.

Ich will Rot-Rot und Schwarz-Rot beileibe nicht in einen Topf werfen. Natürlich gibt es Unterschiede. Die Vereinbarungen zur Residenzpflicht oder zur Verlängerung der Bleiberechts-

regelung für Flüchtlinge wären mit der Brandenburger CDU wohl kaum möglich gewesen. Aber zu häufig finden sich die Unterschiede allenfalls in Nuancen. Wenn wir in der Bildungspolitik Unterschiede zur Politik der bisherigen Koalition finden wollen, dann reicht keine Lupe, dann muss man schon das Elektronenmikroskop anwerfen. Dazu wird Frau von Halem weiter ausführen.

Nehmen wir uns den Koalitionsvertrag vor. Zumeist wird an Entscheidungen von Schwarz-Rot „angeknüpft“, „weiterentwickelt“, „fortgeschrieben“, „bestätigt“. In den Einführungsätzen finden sich mitunter hervorragend klingende Lyrik aus dem Lexikon politischer Allgemeinplätze und tolle Zielformulierungen, denen jeder nur zustimmen kann. Aber Lyrik ersetzt keine Inhalte. Wir alle wollen „wirtschaftliche Entwicklung und bessere Lebenschancen“ ermöglichen. Wir alle wollen „weder Menschen noch Regionen zurücklassen“. Dann aber völlige Fehlanzeige, wenn es um die Benennung politischer Instrumente geht, um diese Ziele zu erreichen. Keine Idee dazu, wie man den Ärztemangel im ländlichen Raum beheben will. In den nächsten fünf Jahren will man erst nach Instrumenten suchen. Noch schlimmer ist, dass man in der Wirtschaftspolitik einer weiteren Konzentration das Wort redet und entgegen der erklärten Zielsetzung noch mehr Regionen abhängen wird.

Mutige Forderungen stellt man nur an die Bundespolitik, zum Beispiel zum Atomausstieg, zur Grundsicherung der Kinder, gegen die Privatisierung der Bahn oder zur Tarifvertragsgestaltung für Eisenbahner, aber nicht an sich selbst. Hier findet man Prüfaufträge, wo auch klare Beschlüsse möglich gewesen wären, sei es zum kommunalen Wahlrecht mit 16 oder zum Wassernutzungsentgelt für den Bergbau.

Dass für uns in einer derartigen Koalitionsvereinbarung die Neuausrichtung der gesamten Politik an den Prinzipien von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit als roter Leitfaden entscheidend gewesen wäre, das ist ja klar. Nachhaltigkeit, Herr Ministerpräsident, ist etwas anderes, als den Erhalt des Seenzugangs für alle Brandenburger einzuklagen. Nachhaltige Entwicklung und Generationengerechtigkeit sind keine Ressortaufgaben der Umweltministerin, an die Sie die Verantwortung delegieren, statt sie als zentrale Aufgabe in der Staatskanzlei anzusiedeln. Eine formale Deklaration reicht uns nicht aus. Immerhin, auf Seite 42 findet man dann noch die Forderung:

„Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung muss in allen Fachpolitiken Berücksichtigung finden.“

Nachdem man alle Fachpolitiken ohne erkennbare Ansätze hierzu auf den vorherigen Seiten formuliert hat, will man sich nun im Jahr 2010 mit dem Handlungsbedarf befassen. Aber die Koalition schafft es ja nicht einmal, sich vorbehaltlos zu einer Fortsetzung der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirates zu bekennen. Sie wollen an der Umsetzung der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt mitwirken, statt gleich mutig die Erarbeitung einer behördenverbindlichen Strategie der gesamten Landesregierung in den Mittelpunkt ihrer Naturschutzpolitik zu stellen.

Mit der Ausgliederung der Landnutzung und der ländlichen Entwicklung aus dem Umweltministerium nehmen Sie der neuen Umweltministerin nicht nur jeden Gestaltungseinfluss auf die wichtigsten Natur- und Landschaftsnutzer, auf Landwirtschaft, Fischerei und Forst, Sie entziehen ihr zugleich den Zugriff auf die finanziellen und personellen Ressourcen, die

dieses Haus in den letzten Jahren überhaupt noch am Leben erhalten hat.

(Beifall GRÜNE/B90)

Frau Tack, ich beneide Sie nicht um die Übernahme dieses ausgedehnten Ressorts, aber ich sichere Ihnen jede Unterstützung unserer Fraktion bei der Bewältigung Ihrer schwierigen Aufgabe zu.

Wer heute einen Koalitionsvertrag sehen will - das klang hier schon an -, der die Zeichen der Zeit erkannt hat, der die Verbindung von Ökologie und Ökonomie zur fundamentalen Grundlage seiner Politik erklärt und diesen roten Faden auch von Anfang bis Ende durch seinen Koalitionsvertrag zieht, wer rasche Schritte zur ökologischen Modernisierung der Wirtschaft neben einer mutigen Schulpolitik in den Mittelpunkt seines politischen Handelns gestellt sehen möchte, der muss in das Saarland blicken. Es tut mir leid, das sagen zu müssen: Verglichen mit der hiesigen SPD ist die CDU im Saarland geradezu eine revolutionäre Truppe.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Verglichen damit ist Ihr Vertrag ein Dokument der Mutlosigkeit und Reformverweigerung. Aufbruch sieht anders aus.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Schauen wir zur Energiepolitik, zur Klimapolitik; kurz vor Kopenhagen ja nicht ganz verfehlt. Brandenburg ist nach wie vor das Bundesland mit dem höchsten Pro-Kopf-Ausstoß des Treibhausgases CO₂ und wird dies nach diesem Koalitionsvertrag auch bis in die nächste Generation hinein bleiben.

(Bischoff [SPD]: Und Spitzenreiter bei regenerativen Energien!)

Wenn PIK-Chef Schellnhuber nun fordert, dass der CO₂-Ausstoß ab sofort pro Jahr um 3 % sinken muss, wenn man nicht ab 2020 in eine weltweite „Kriegswirtschaft“ eintreten will, dann müssten wir in Brandenburg den CO₂-Ausstoß bis zum Ende der Legislaturperiode bereits auf 50 Millionen Tonnen und bis 2020 auf 40 Millionen Tonnen gesenkt haben. Sie dagegen wollen bis 2020 den CO₂-Ausstoß wieder auf den Stand von 1995 zurückfahren. Das bedeuten Ihre 55 Millionen Tonnen. Das bedeutet Ihre lächerlich niedrige Zielsetzung einer CO₂-Reduzierung um 40 % gegenüber 1990. Im Energieteil findet sich kein einziges überprüfbares Teilziel für das Ende der Legislaturperiode. Noch schlimmer - da haben Sie sich geirrt, Frau Wanka -, die Prozentsätze sind vielleicht dieselben, aber klammheimlich hat man die Jahreszahlen verschoben. Klammheimlich haben Sie die Zielvorgaben der gültigen Energiestrategie 2020 für eine erweiterte CO₂-Reduzierung bis 2030 um fünf Jahre nach hinten verlagert. Dabei hatte der von Ihnen als neu angekündigte Ausbau der erneuerbaren Energien sowieso schon keinen Neuigkeitwert. Jetzt fallen Sie sogar noch gegenüber der bereits unter Schwarz-Rot beschlossenen Energiestrategie 2020 zurück.

(Zuruf von der CDU: Auch noch!)

Auch das gehört zur Wahrheit: Ohne gleichzeitige Beschränkung der Braunkohleverstromung führt der lobenswerte Ausbau der erneuerbaren Energien nicht zu weniger Kohle und

CO₂, sondern nur zu mehr Strom, und der wird, wie heute auch schon, europaweit verkauft werden.

(Beifall GRÜNE/B90)

Zu behaupten, die SPD habe erfolgreich ihren Braunkohlekurs gegenüber der Linken durchgesetzt, wäre Euphemismus. Es ist noch viel schlimmer. Hieß es im SPD-Wahlprogramm noch, „neue Tagebaue wird es jedoch nur mit dem Einsatz der neuen, CO₂-armen Technologie geben“, strebt die Koalition jetzt an, dass neue Braunkohlekraftwerke ab 2020 nur noch bei drastischer Reduktion des CO₂-Ausstoßes genehmigt werden. Aber Sie wissen so gut wie ich, dass nie die Frage war, ob angesichts bereits bestehender und weiter wachsender Überkapazitäten im Grundlastbereich neue Braunkohlekraftwerke mit oder ohne CCS ab sofort oder erst ab 2020 gebaut werden sollen, sondern ob mit einem planungsrechtlichen Verbot neuer Tagebaue der Energiewirtschaft die Unausweichlichkeit einer neuen Energiepolitik deutlich gemacht wird. Das Bemerkenswerte daran ist: Die genannte Zielsetzung, die sich im Koalitionsvertrag findet, hat nicht das Geringste mit dem SPD-Wahlprogramm oder dem Programm der Linken zu tun. Man fragt sich also, wessen Handschrift hier in den Koalitionsvertrag hineingekommen ist.

Wenn wir über Klimapolitik reden, dann sage ich auch Folgendes: Die freudige Botschaft des vergangenen Wochenendes war: Frau Merkel muss sich in Kürze einen neuen Klimaflüsterer und unser Ministerpräsident einen neuen Kohlekumpel suchen. Für die Entlassung von Lars Josefsson durch die schwedische Reichsregierung war nicht nur seine Atompolitik ursächlich, nein, die schwedische Wirtschaftsministerin hat ausdrücklich bemängelt, dass Vattenfall die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen zu halbherzig betrieben habe und - ich zitiere aus der „SZ“ -:

„Vattenfall konzentriert sich außerhalb Schwedens auf fossile Brennstoffe wie Kohle, zum Beispiel in der Lausitz. Auch dafür sei Josefsson verantwortlich“,

so die Ministerin. Ich denke, dieser Personalwechsel ist nicht nur eine zeitverzögerte Fernwirkung des von der Linken, den Umweltverbänden und uns gemeinsam betriebenen Volksbegehrens gegen neue Tagebaue für eine neue Energiepolitik. Er eröffnet uns auch Chancen für eine grundsätzliche Umorientierung der Energiepolitik in Brandenburg. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall GRÜNE/B90)

Es ist traurig, aber wahr, wenn die Lausitz vor dem „Verheizen“ gerettet werden soll - „Verheizen“ ist der richtige Begriff, denn zwei Drittel der in der Braunkohle steckenden Primärenergie wird als Abwärme in die Luft und in die Gewässer abgegeben -, dann retten uns eher die Schweden oder eine ambitionierte Klimaschutzpolitik der EU als das Vertrauen auf Änderung in der Landespolitik.

(Beifall GRÜNE/B90)

Wenn nicht der neue Vattenfallchef jetzt aufgrund besserer Einsicht seine Anträge zurückzieht oder gar nicht erst stellt, dann wird - das ist die Realität, Herr Christoffers - die Genehmigung neuer Tagebaue in Ihrer Verantwortung noch vor 2014 unvermeidlich.

Ich bin gespannt, wie Sie mit dem Danaergeschenk des Bundes umgehen werden, die Entscheidung über Zulassung oder Verzicht auf eine CO₂-Verpressung allein den Ländern zu überlassen. Wir jedenfalls werden unseren Teil dazu beitragen, dass die Entscheidung hierzulande nicht anders ausgeht als in Schleswig-Holstein.

(Beifall GRÜNE/B90)

Wer über Wirtschaftspolitik redet, sollte zunächst einmal die Grundlagen richtig beschreiben. Bei Ihnen heißt es - und es klang auch in Ihrer heutigen Rede wieder so an -:

„Brandenburg ist eine Wirtschaftsregion auf industrieller Grundlage und soll auch in Zukunft ein Industrieland bleiben.“

Ist Ihnen da vielleicht irgendetwas entgangen? Ein rechtzeitiger Blick in den Jahreswirtschaftsbericht 2009 hätte da vielleicht geholfen. Ihm können Sie auf Seite 13 nicht nur entnehmen, dass die Industrieproduktion nur einen untergeordneten Anteil an der brandenburgischen Wertschöpfung ausmacht und damit genauso wie der Besatz mit Industriebetrieben weit unter dem bundesdeutschen und auch ostdeutschen Durchschnitt liegt, sondern es wird auch wörtlich beklagt, dass der geringe Industriebesatz sich auf das gesamte Wirtschaftswachstum im Lande Brandenburg auswirkt. Ich denke, in der Fehldefinition Brandenburgs als Industrieland kommt die klassische sozialdemokratische Verherrlichung der Großindustrie als zentrales Aktionsfeld traditioneller linker Wirtschaftspolitik zum Ausdruck.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

Nein, Brandenburg ist unverändert und wird hoffentlich auch auf Dauer ein Land der Klein- und Mittelbetriebe, ergänzt um einige Industriebetriebe, sein, ein Land des Handwerks und des Dienstleistungssektors in einer vielfältigen und damit stabilen Unternehmenslandschaft. Diese zu fördern und zu pflegen sollte die erste Aufgabe Brandenburger Wirtschaftspolitik sein.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt bei der CDU)

In Ihrer Koalitionsvereinbarung findet sich der schöne Satz:

„Der im Land betriebene Kurs der Erneuerung aus eigener Kraft ist richtig und soll energisch weitergeführt werden.“

Haben Sie da vielleicht wieder etwas übersehen? Ist es nicht vielmehr so, dass der Landeshaushalt bis heute immer noch fast zur Hälfte aus Mitteln der EU und des Bundes aus dem Solidaritätsbeitrag und dem Länderfinanzausgleich finanziert wird? Gibt es überhaupt irgendein nennenswertes Förderprogramm, das rein aus Landesmitteln und nicht aus der GAK oder den europäischen Fonds finanziert wird? Haben Sie nicht die Komplementärfinanzierung aus EU- und GAK-Mitteln so auf die Spitze getrieben, dass mitunter überhaupt kein Landesanteil mehr aufgebracht werden muss? Ist nicht der gesamte Osten unverändert eine Transferökonomie, die nach Berechnungen der Wirtschaftsforschungsinstitute mit 80 bis 90 Milliarden Euro pro Jahr im Wesentlichen über die Zuflüsse aus den westdeutschen Bundesländern in das Sozialsystem am Leben gehalten wird? Statt hier eine nicht vorhandene eigene Kraft zu

beschwören, sollten wir uns lieber Gedanken machen, wofür wir das uns nur noch befristet zufließende Geld einsetzen wollen, um diese eigene Kraft überhaupt erst einmal zu schaffen. Wofür wollen wir angesichts der zum Ende der Legislaturperiode auslaufenden Programme der EU unsere Fördermittel noch einsetzen? Wie sichern wir eine Mehrfachnutzung der weniger werdenden Mittel?

Mutig wäre es, in der Wirtschaftsförderung jetzt vollständig auf rückzahlbare Zuschüsse umzusteigen. Richtig wäre es, im Ergebnis der Finanzkrise den absoluten Schwerpunkt auf die Sicherstellung der Kreditvergabe an heimische Unternehmen zu legen. Richtig wäre es, einen Ideenwettbewerb der Regionen um die besten Ansiedlungsprojekte zuzulassen. Mutig wäre es, die Fördermittelvergabe zu dezentralisieren. Angesichts der weltweiten Überbeanspruchung der Rohstoffvorräte wäre es zudem wichtig, neben der Einführung von sozialen Anforderungen ressourcenschonende und energieeffiziente Produktionsverfahren zum zentralen Kriterium der Wirtschaftsförderung zu erheben. Dies wäre wirklich überfällig. Denn nur mit dem konsequenten Kurs eines Programms der ökologischen und sozialen Modernisierung lassen sich Arbeitsplätze schaffen und die Auswirkungen des Klimawandels begrenzen.

Stattdessen verbleibt man im Klein-Klein des Stärken-stärken-Konzepts. Dabei sollte jedem in der aktuellen Wirtschaftskrise deutlich geworden sein, dass die einseitige Ausrichtung der Wirtschaftsförderung auf die räumliche Konzentration einzelner Branchen in Wirklichkeit ein Schwächen-schaffen-Konzept gewesen ist. Die Diversifizierung macht Standorte stabil, nicht der Aufbau wirtschaftlicher Monostrukturen.

Mit der längst überfälligen Abschaffung der früher bejubelten Branchenschwerpunktorte wird von der Landesregierung nun ein überfälliger Schritt vollzogen, um sofort in die falsche Richtung weiterzumarschieren. In Zukunft sollten die Fördermittel auf weniger Branchen und möglicherweise auch weniger regionale Wachstumskerne konzentriert werden. Damit behalten Sie die Unterteilung des Landes in förderwürdige Wachstumsregionen und abgehangene Regionen bei und verschärfen dies auch noch. Fast ganz Brandenburg ist ländlicher Raum, aber es ist nicht erkennbar, wo dieser ländliche Raum in dieser Regierung noch irgendwelche Fürsprecher hat. Das ist nicht mutig. Das ist auch keine Reform. Das ist ein weiterer Beitrag zu einer fortgesetzten Entleerung der ländlichen Räume.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

Brandenburg soll kein Billiglohnland sein. Bravo! Darüber, dass die SPD in der alten Koalition ihren Beitrag geleistet hat, dass es genauso gekommen ist, wollen wir einmal hinwegsehen.

(Görke [DIE LINKE]: Es sei ihr verziehen! Ab jetzt wird es besser!)

Daher möchte ich das von Ihnen geplante Vergabegesetz und die Forderung nach einem bundesweiten Mindestlohn auch als Schritt in die richtige Richtung sehen. Aber wieso schweigen Sie sich über die Höhe des Mindestlohns aus? An welchen Mindestlohn wollen Sie denn Ihre Vergaberichtlinie knüpfen? 7,50 Euro oder die tarifvertraglich geregelten Mindestlöhne? Dann wird es auch weiterhin so sein, dass Wachdienste, die für

das Land tätig sind, den Grundlohn von 5 Euro pro Stunde zahlen. Das darf nicht sein.

(Görke [DIE LINKE]: Das ist auch nicht mehr so. Da sind Sie einfach falsch informiert!)

Ich denke, dieser Politik des Sparens auf Kosten Dritter sollte auf jeden Fall ein Riegel vorgeschoben werden.

Wenn man in diesem Programm einen Schwerpunkt sucht, dann wird man ihn im Stellenabbau im öffentlichen Dienst finden. Hier werden Stellenzielzahlen als politische Zahlen vorgegeben: Im Jahr 2014 sollen noch 45 500 Stellen im öffentlichen Dienst des Landes verbleiben. Ob damit die Aufrechterhaltung des Bildungssystems, eine funktionierende Polizei, die Lebensmittellüberwachung, eine funktionierende Umweltverwaltung oder Justiz noch möglich sind, darüber wird kein Wort verloren. Statt zunächst einmal kritisch zu analysieren, welche Aufgaben der Staat in Zukunft noch wahrnehmen soll, werden politische Zielzahlen dekretiert.

Bereits heute hat das Land Brandenburg die niedrigsten Personalausgaben pro Einwohner, und dies wird sich auch nach der überfälligen Ost-West-Angleichung zum 1. Januar nur unwesentlich ändern. Im allgemeinen Rennen der Länderfinanzminister um den niedrigsten Personaletat sind wir nach einer Aufstellung der Bremer Finanzsenatorin der Kostenführer im Benchmark geworden. Das mag man als Erfolg feiern.

Wir sagen auch nicht, dass es keine Einsparmöglichkeiten in den Personalhaushalten mehr geben soll. Die Personalplanung muss berücksichtigen, dass Brandenburg pro Jahr gegenwärtig die Einwohnerschaft einer Kleinstadt verliert. Verwaltungsstrukturen müssen diesem Prozess angepasst werden, aber bitte nicht über politische Zielzahlen, für die es keine Grundlage gibt, sondern in einem aufgabenkritischen Prozess unter Einbeziehung der Betroffenen. Hier wollen wir gern Unterstützung leisten.

(Beifall GRÜNE/B90)

Kommen wir zum scheinbar Positiven. Die Zahl der gemeldeten Erwerbslosen ist in den letzten fünf Jahren um rund 100 000 gesunken. Seltsam nur, dass im gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten um nur 20 000 gestiegen ist. Noch seltsamer: In mehreren Kreisen Brandenburgs ist die Erwerbslosenquote massiv zurückgegangen, während die Zahl der Arbeitsplätze genauso massiv gesunken ist. So ist im Landkreis Spree-Neiße die Erwerbslosenquote um 7 % gesunken, während die Zahl der Arbeitsplätze gleichzeitig um 5 000 zurückgegangen ist. Wie erklärt sich dieses Wunder?

Zum einen schlägt der Generationswandel hier schon voll durch. Es scheiden wesentlich mehr Menschen aus dem Arbeitsleben aus, als Schulabgänger und Hochschulabsolventen nachkommen. Zum anderen wirken sich die langen Jahre der Abwanderung mobiler und besser gebildeter Einwohner aus. Als Drittes ist es der Zuzug im Berliner Umland. Wer dort sein neues Einfamilienhaus bezieht, behält zumeist auch seinen Arbeitsplatz und pendelt täglich nach Berlin. Der Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung wird im Ergebnis dieses demografischen Wandels auch in den nächsten Jahren unvermeidlich weitergehen und den bereits einsetzenden Fachkräftemangel

dramatisch verschärfen. Nachdem in den letzten Jahren jeder neunte Jugendliche, das heißt Zehntausende von jungen Erwachsenen, die Schule ohne Abschluss verlassen hat, muss der Schwerpunkt aktiver Arbeitsmarktpolitik bei deren Nachqualifizierung gesetzt werden und nicht bei der Auflage eines zweiten Arbeitsmarktes, dessen Finanzierung in den Sternen steht.

(Vereinzelt Beifall)

Egal, ob junger Hilfsarbeiter oder älterer Erwerbsloser, wir benötigen eine umfassende Qualifizierungsoffensive, um den zukünftigen Personalbedarf unserer Betriebe decken zu können. Der Fachkräftemangel ist keine Fiktion, sondern wird in dieser Legislaturperiode voll auf die Betriebe durchschlagen. Deshalb: Sparen Sie sich das Geld für den zweiten Arbeitsmarkt. Konzentrieren Sie sich auf Qualifizierungsmaßnahmen. Wenn wir unseren Staatshaushalt jemals in den Griff bekommen wollen, brauchen wir Beschäftigte, die eigenes Geld verdienen und nicht von öffentlichen Mitteln abhängig sind.

(Beifall GRÜNE/B90)

Ich schließe: „Gemeinsinn und Erneuerung“ haben Sie Ihr Programm genannt, viel Lyrik aufgeschrieben, aber wenig neue Inhalte formuliert. Soziale Gerechtigkeit haben Sie als Schwerpunkt Ihrer Politik deklariert; das ist nicht nur für eine rot-rote Regierung, sondern für jede Regierung heutzutage - so sollte man meinen - eine Selbstverständlichkeit.

Wir als Bündnisgrüne sind nicht primär darüber enttäuscht, dass Sie keine klassische grüne Politik machen, dass Sie dem Umwelt- und Naturschutz in Ihrem Programm weniger Platz einräumen als der Ausstattung der freiwilligen Feuerwehren. Ein Mehr an Naturschutzgebieten, neue Artenschutzprogramme oder gar die Abkehr von der Verfolgung der Kormorane und Elstern haben wir von Ihnen auch gar nicht erwartet.

Wir sind aber darüber entsetzt, dass Sie für das Fortbestehen unserer Zivilisation entscheidende Themen der nachhaltigen Entwicklung unter „ferner liefen“ dem Umweltkapitel zuordnen, statt Nachhaltigkeit als zentralen Ansatz einer zukunftsfähigen Politik von der ersten Seite an als zentralen Leitgedanken zu formulieren und als roten Leitfaden durch Ihr gesamtes Programm laufen zu lassen.

(Beifall GRÜNE/B90 und DIE LINKE)

Wir sind enttäuscht darüber, dass die dringend notwendige Erneuerung nicht stattfindet, sondern der Kleinmut wieder einmal gesiegt hat. Wir Bündnisgrünen stecken deswegen nicht auf. Wir werden die Arbeit der neuen Landesregierung kritisch und konstruktiv begleiten. Wir werden Handlungsalternativen aufzeigen, auf Defizite aufmerksam machen und Ansätze unterstützen, die die ökologische Modernisierung des Landes vorantreiben und soziale Teilhabe und Chancengerechtigkeit zum Ziel haben.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Wahl uns Bündnisgrünen in diesen Landtag haben die Wählerinnen und Wähler uns beauftragt, unsere grundlegenden Alternativen zur herrschenden Landespolitik zu entwickeln und vor Ihnen auszubreiten. Damit ist Ihnen zugleich die Chance gegeben, unseren Gedanken und Vorschlä-

gen in den nächsten fünf Jahren nicht nur zuzuhören, sondern das Gehörte auch zu prüfen, abzuwägen und in die Tat umzusetzen. Nutzen Sie diese Chance!

(Beifall GRÜNE/B90, SPD und DIE LINKE sowie der Abgeordneten Frau Prof. Dr. Wanka und Senftleben [CDU])

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält noch einmal die CDU-Fraktion. Frau Prof. Dr. Wanka, bitte schön.

Frau Prof. Dr. Wanka (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur kurz: Frau Kaiser, Rollenwechsel ist nicht einfach, ganz eindeutig!

(Hört, hört! und Gelächter bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Wir haben heute die Reden gehört. Sie haben es noch nicht geschafft. Das war eine Rechtfertigungsrede und nicht eine Rede aus der Verantwortung als Partner der Regierungskoalition. Das ist es nicht. Es nützt nichts mehr, das ist jetzt vorbei. Es ist vorbei, Kinderarmut allein zu beklagen. - Es ist doch klar, dass Sie dagegen sind. Wir sind auch dagegen. Aber Sie haben jetzt eine andere Funktion, Sie müssen sagen: Was machen wir? Und Sie müssen Entscheidungen treffen. Das können Sie sehr kommunikativ machen; ich bin auch sehr dafür. Man redet vorher, redet hinterher - aber irgendwo muss man entscheiden, und das muss man dann auch vertreten.

(Beifall CDU - Zuruf von der CDU: So ist es! -)

Dann nützt es nichts, zu sagen: Ich liebe euch doch alle!, und: Ich verstehe alle. Nein, man muss eine Entscheidung treffen - eindeutig an der Stelle.

(Unmut bei der Fraktion DIE LINKE)

Das Zweite - jetzt bin ich nicht mehr so freundlich -: Ich empfinde es als Unverschämtheit, was Sie heute an dieser Stelle gemacht haben und was mir schon mehrfach passiert ist, uns nämlich, wenn wir gegen eine Maßnahme sind, zu unterstellen, wir würden die Menschen nicht achten, sie interessierten uns nicht.

Ich habe heute früh etwas zu Ihrem Beschäftigungssektorprojekt gesagt, und Sie fragen: Wieso interessieren Sie sich nicht für die Langzeitarbeitslosen? Wieso ist das eine Bevölkerungskategorie, die Sie nicht interessiert? - Das ist eine Unterstellung.

In der letzten Landtagssitzung hat es Ihre Fraktion fertiggebracht - der Präsident hat nicht einmal eingegriffen, als ich mich dagegen wandte -, uns zu unterstellen, wir würden Nazizeit und SED-Zeit gleichsetzen.

Ich bitte darum - auch das gehört zur Demokratie -, ein Minimum an Fairness zu versuchen. - Danke schön.

(Starker Beifall CDU sowie Beifall FDP)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die SPD-Fraktion. Der Abgeordnete Dr. Woidke spricht.

Dr. Woidke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Opposition ist in der Demokratie ein hohes, ein wichtiges Gut.

(Zuruf von der CDU: Das hören wir gern!)

Die Opposition regiert nicht.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt!)

Frau Wanka, Sie haben gesagt, Rollenwechsel ist immer schwierig - für mich übrigens auch.

(Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: Das haben wir gemerkt! - Dombrowski [CDU]: Herzliches Beileid!)

Aber, Herr Dombrowski, Opposition trägt in einer Demokratie auch eine große Verantwortung.

(Homeyer [CDU]: Deshalb wollen wir euch dort haben!)

In Großbritannien - Herr Homeyer, da kennen Sie sich ja aus -, der Mutter aller Demokratien, heißt sie nicht umsonst offiziell „Ihrer Majestät loyale Opposition“.

(Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: Das können wir doch einführen!)

Loyal, fair und verantwortungsvoll und gern auch hart in der Diskussion; das ist kein Thema. Aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Die ersten Stunden dieser Regierungserklärung haben mich an den Umgang innerhalb der CDU-Fraktion erinnert. Dass Sie innerhalb der CDU einen gewissen Umgang pflegen, wissen alle, aber dass Sie den auch in den Landtag zu übertragen versuchen, halte ich für falsch. Sie sollten einmal darüber nachdenken.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Unmut bei der CDU)

Herr Vogel, ich war von Ihrer Rede richtig angetan, bis Sie auf ein Thema kamen, bei dem ich wirklich konträrer Meinung bin. Sie können das auch nicht mit irgendwelchen Zahlen oder Hochrechnungen verbrämen. Sie können den CO₂-Ausstoß in Brandenburg natürlich pro Kopf der Einwohner hochrechnen. Sie müssen jedoch sagen, für wie viele Menschen Brandenburg denn Strom produziert, nämlich für fast ein Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik. Das müssen Sie schon hinzufügen.

(Beifall der Abgeordneten Hackenschmidt [SPD])

Sonst könnten Sie auch hingehen und sagen: Ich rechne den CO₂-Ausstoß auf die Einwohner von Jänschwalde um. - Das wäre noch deutlich schrecklicher und jagte allen einen kalten Schauer über den Rücken, helfe uns aber nicht weiter.

Sie können hier nicht die Deindustrialisierung der Lausitz predigen und das Ganze noch als Beitrag zum Klimaschutz verbrämen. Was wir brauchen, ist eine ehrliche Debatte in der Energiepolitik. Da sind Sie gefordert. Wir brauchen eine Energiepolitik, die ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltig ist. Alles andere ist den Menschen nicht zu vermitteln.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das ist eine sehr schwierige Aufgabe, auch aufgrund dessen, dass viele davon betroffen sind. Das gilt übrigens nicht nur für den Braunkohlebergbaubereich, sondern wir haben die Diskussion bei der Windenergie - das habe ich vorhin erwähnt -, haben sie bei Solarkraftwerken und auch im Bereich der Biomasse; auch da wissen Sie aus Ihrer bis vor wenigen Monaten noch ausgeübten Tätigkeit bestens Bescheid, das Stichwort Biodiversität usw. will ich hier nur als Beispiel anführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe sehr - und möchte dies nicht weiter ausdehnen -,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

dass Sie, die CDU, auch die FDP - Herr Goetz, Ihre Rede habe ich zur Kenntnis genommen -, sich mit Ihrer Rolle hier in diesem Parlament anfreunden. Wir sind bereit, mit Ihnen konstruktiv zusammenzuarbeiten. Ihr heutiges Verhalten macht es uns nicht leicht. Wir sind trotzdem dazu bereit.

(Lachen bei der CDU sowie Zuruf: Da sind wir schon viel weiter!)

Hinzu kommt, dass Sie den hohen Anspruch, den dieses Parlament in den letzten Jahren an sich hatte, den dieses Parlament an den Umgang stellt und den die Leute an den Umgang in diesem Parlament untereinander stellen, zu erfüllen versuchen sollten. Sie sollten auch an die Leute von außen denken, die auf die parlamentarische Demokratie in Brandenburg gucken. Herumgekasperi, Karnevalsveranstaltungen sollten hier die Seltenheit bleiben. Ich denke, beim nächsten Mal werden Sie darüber reflektiert haben. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag. - Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Da trifft es sich gut, dass die FDP-Fraktion das Wort erhält und Herr Goetz reden wird.

Goetz (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Woidke, ich danke Ihnen sehr für Ihre Worte und hoffe, sie werden auch in Ihrer eigenen Fraktion gehört. Das wäre ein Beitrag zur Kultur der weiteren Abläufe in diesem Hause.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn die englische Opposition „Ihrer Majestät loyale Opposition“ ist, übersehen Sie dabei, dass die englische Königin eben nicht gleichzeitig Premierministerin ist. Insofern haben wir einen deutlichen Unterschied zur Situation in Brandenburg.

Wenn sich der Ministerpräsident darauf zurückzieht und sagt: Ich lasse das Amt des Ministerpräsidenten sein und lasse mich zum König von Brandenburg wählen - sehr gern!

(Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE - Ministerpräsident Platzek: Seien Sie vorsichtig, ich nehme das an!)

Schauen wir einmal, was dabei herauskommt.

(Zuruf von der CDU: Matthias I. - ein Schloss kriegt er ja schon!)

Vielleicht wird es dann eine loyale Opposition. Wir können dann gern weiter darüber reden, wie es hier laufen soll. Wir können dann unsere Oppositionsarbeit konstruktiv fortführen, wie wir es selbstverständlich vorhaben.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir bewusst Redezeit aufgehoben, weil ich mir gedacht habe, hier wird noch viel an konstruktiver Erwiderung kommen, viel an Neuem, was dann dringend einer Erwiderung bedarf, womit man sich dann auseinandersetzen muss.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Jetzt sind Sie enttäuscht?)

- Jetzt bin ich enttäuscht, genauso ist es; das kann man sich denken. Das wussten Sie sogar vor mir, weil Sie Ihre Rede ja kannten und ich sie erst zu hören bekam. Insofern ist es kein Wunder, dass die Enttäuschung tatsächlich eingetreten ist. Es hätte vieles konkret gebracht werden können. Das ist leider zu großen Teilen nicht gekommen, auch nicht in Nachsätzen. Das ist schade.

Wenn gesagt wird, wir werben für Gemeinsamkeit, für Ansätze, für alles, was besser und gemeinsam laufen soll: Selbstverständlich will die Opposition in gleicher Weise wie die Regierung - das nehme ich an - den Erfolg unseres Landes. Das ist gar keine Frage. Wer etwas anderes unterstellt, handelt unwürdig hier im Hause und an der Opposition. Nur gehört zur Rede dann auch, dass, wenn man sagt, wir sind erst kurz im Amt, gebt uns als Regierung doch eine Chance, Gleiches bitte auch für die Bundesregierung gelten sollte. Sie ist nämlich am gleichen Tage wie die Landesregierung gewählt worden

(Beifall FDP)

und hätte die gleiche Chance, ihre Arbeit erst einmal aufzunehmen, verdient, um zu zeigen, was herauskommt, was man leisten kann.

Die Zeit wird zeigen, wer in den nächsten vier bzw. fünf Jahren besser gearbeitet hat, wer die bessere Regierung ist, die schwarz-gelbe Regierung in Berlin oder die rot-rote Regierung in Brandenburg. Ich bin mir bezüglich des Ergebnisses ziemlich sicher. - Danke.

(Beifall FDP)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die Fraktion DIE LINKE, die Abgeordnete Kaiser.

(Die Abgeordnete Kaiser [DIE LINKE] signalisiert, dass sie keinen Redebedarf hat.)

Kein Bedarf. - Danke. Dann erhält die Fraktion GRÜNE/B90, die Abgeordnete von Halem, das Wort.

Frau von Halem (GRÜNE/B90):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir wollen uns nicht in Repliken erschöpfen, sondern noch einmal zu den Inhalten zurückkehren. Über den Wahlkampf im Sommer wurde viel gelästert, er sei so inhaltsleer gewesen.

Was die Brandenburger Landtagswahl anging, war doch eines deutlich: Bildung stand bei allen Parteien ganz oben auf der Prioritätenliste. Die SPD titulierte eines ihrer Themenplakate mit dem Slogan „Gute Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern“. Daneben stritten sich SPD und Linke um Zahlen. 1 250 Lehrerinnen und Lehrer wollte die SPD neu einstellen, 500 im Jahr die Linke. Die Frage, ob damit automatisch die Qualität des Unterrichts verbessert würde, rückte in den Hintergrund.

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Und doch ist bessere Qualität dringend nötig; denn in Brandenburg bestimmt immer noch die soziale Herkunft weitestgehend die Bildungschancen von Kindern. Damit verschleiern wir einerseits die ökonomischen Potenziale unseres Landes, und andererseits zementieren wir eine soziale Ungerechtigkeit sondersgleichen. Zukunftsfähigkeit ist das nicht.

Der Wahlkampfauftritt der beiden heutigen Regierungsparteien ließ vermuten, das Problem sei erkannt. Was ist davon geblieben? Pädagogen und Bildungsforscher sind sich einig, dass es bei der Entwicklung von Kindern auf den Anfang ankommt. In den ersten Jahren werden die Weichen gestellt, und beim Eintritt in die Grundschule ist dann oft schon klar, wer zu den Gewinnern und wer zu den Verlierern gehört.

In Brandenburg wird der Kita-Betreuungsschlüssel jetzt in den beiden Gruppen null bis drei und drei bis sechs Jahre um jeweils ein Kind verbessert. Gut so. Aber wer schon einmal ein gutes Dutzend drei- bis sechsjähriger Kinder gleichzeitig betreut hat, wird sich unschwer vorstellen können, dass individuelle Förderung dabei ein Fremdwort bleiben muss. Da rühmt man sich der Verbesserung des Betreuungsschlüssels und damit eines Unterschiedes, der für die Betroffenen wahrscheinlich kaum wahrnehmbar ist.

Soziale Benachteiligung könne durch Qualitätsverbesserung ausgeglichen werden, lesen wir im Koalitionsvertrag.

(Frau Alter [SPD]: Schritt für Schritt!)

- Das ist wahr. Aber es gibt keine zusätzlichen Freistellungen für Leitungstätigkeiten, und es sollen künftig auch Nichtfachkräfte in Kitas eingestellt werden dürfen. Dass das zur Qualitätsverbesserung beiträgt, darf bezweifelt werden.

Im Bereich Schule verstrickt sich der Koalitionsvertrag weiter in Nebelstocherei und Widersprüchlichkeiten. So heißt es in der Präambel:

„Wir schlagen den Weg zu ... längerem gemeinsamen Lernen ein.“

Aber wie? Die Gemeinschaftsschule war dezidiert erklärtes Ziel der beiden Regierungsparteien. Der Begriff Gemeinschaftsschule ist im Koalitionsvertrag hingegen tatsächlich keine Erwähnung wert. Im Gegenteil! Übrig ist nach der Wahl nur ein mageres Lippenbekenntnis zur sechsjährigen Grundschule - und das auch nur halbherzig;

(Schulze [SPD]: Gesetze werden immer noch hier bei uns gemacht!)

denn die Leistungs- und Begabungsklassen - ein Erbe der CDU - werden nicht infrage gestellt. Sie laufen der Forderung nach gemeinsamem Lernen zuwider und höhnen die sechsjährige Grundschule aus.

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Jetzt werden sie nicht einmal auf den Prüfstand gestellt. Das ist offensichtlich niemandem eingefallen.

Da ist sogar die neue CDU/SPD-Regierung in Thüringen fortschrittlicher, die die achtjährige Gemeinschaftsschule als Option für alle Schulen im Koalitionsvertrag festschreibt.

Die vor einigen Jahren eingeführten FLEX-Klassen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht zur besseren Integration in den ersten beiden Grundschuljahren haben sich bewährt. Man hätte sie flächendeckend einführen können. Aber auch diese Chance wurde vertan.

Bei der viel zu hohen Zahl derer, die die Schule ohne Abschluss verlassen - in Brandenburg immerhin jeder Neunte - sehen Sie als Koalitionsparteien dringenden Handlungsbedarf und kündigen in der neuen Koalition neue Wege an. Man darf gespannt sein!

Zum Wahlkampfthema „Neue Lehrer“: Wir sind uns einig: Wir brauchen mehr und vor allem mehr junge Lehrerinnen und Lehrer. Während im Bundesdurchschnitt noch 4 % aller Lehrkräfte unter 30 Jahre alt sind, liegt der Anteil in Brandenburg bei 0,3 %. Was sagt der Koalitionsvertrag zu Lehrerinnen und Lehrern? An einer Stelle heißt es: 1 250 neue Lehrerinnen und Lehrer würden in der Legislaturperiode eingestellt. Das haben wir heute schon mehrfach gehört. Das war die Forderung der SPD. Aber man fragt sich: Wo ist eigentlich die Linke auf der Strecke geblieben? Im gleichen Zeitraum, in dem 1 250 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden sollen, werden ca. 4 000 Stellen durch Verrentung und Altersteilzeit frei. Dass die Regierung diese 1 250 neuen Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich zur Neubesetzung der 4 000 Stellen plant, hat sie nie gesagt. Also entstünde bis zum Ende der Legislaturperiode ein Minus von 2 750 Stellen. Wenn das stimmt, gibt es nur einen Namen für das Rühmen dieser Neueinstellungen, nämlich Etikettenschwindel.

(Beifall GRÜNE/B90)

An anderer Stelle heißt es: Die Schüler-Lehrer-Relation werde bis zum Ende der Legislaturperiode beibehalten. Das hätte wegen des demografisch bedingten Rückgangs der Schülerzahlen ein Minus von immer noch 500 Stellen zur Folge.

Drittens lesen wir - das ist ein interessanter Satz, denn er fand in die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten keine Aufnahme -, es werde in dieser Legislaturperiode keinen weiteren Stellenabbau bei Lehrerinnen und Lehrern geben. Das müsste bedeuten, dass die aktuelle Zahl von 16 700 Vollzeitstellen bis zum Ende dieser Legislaturperiode gehalten wird. Da brauche ich keine Mathe-Olympiade, um zu sehen, dass hier im Eifer des Gefechts Sätze addiert wurden, die nicht zusammenpassen.

Um die entscheidende Frage, wie viel Lehrerstellen zum Ende der Legislaturperiode zur Verfügung stehen werden, drückt

sich die Landesregierung. Welch ein Verwirrspiel! Sehr geehrte Damen und Herren! Warum fürchten die Regierungsparteien hier das klare Wort wie der Teufel das Weihwasser, wenn ihnen doch das Thema so wichtig ist? Das reiht sich offensichtlich ein in die Zahl der anderen Unklarheiten. Hier gibt es zwar klare Zahlen, aber sie sagen nichts aus.

An den Hochschulen streiken die Studierenden für bessere Studienbedingungen - nicht das erste Mal in diesem Jahr. Der Bologna-Prozess muss dringend so reformiert werden, dass Studierende wieder Wahlmöglichkeiten haben. Die Inhalte der Bachelor-Studiengänge müssen überarbeitet und entfrachtet werden, damit gleichwertige Studienangebote bestehen und ein Studienortwechsel auch tatsächlich noch möglich ist. Der Zugang zum Masterstudium muss erleichtert werden. Die Zahl der Studienplätze konstant zu halten, das ist kein Erfolg.

Mit dem Hochschulpakt 2020 hat sich Brandenburg verpflichtet, als Gegenleistung für Bundesmittel, mit denen die Bedingungen für Lehre und Studium verbessert werden sollen, die Zahl der Studienanfänger auf dem Stand von 2005 zu halten. Dazu wurden Mittelzuweisungen gegenüber den eigenen Hochschulen an eine vermehrte Aufnahme von Studierenden gekoppelt. Das hat de facto dazu geführt, dass ohnehin schon von Überlastung betroffene Hochschulen in vielen Fächern mehr Studierende aufnehmen, als sie verantwortlich ausbilden konnten, nur um Mittel aus dem Hochschulpakt zugewiesen zu bekommen.

Den Bemühungen der Hochschulen um mehr Qualität in der Lehre wird damit der Boden entzogen. Für eine sozial gerechte Hochschulpolitik reicht es nicht, auf Studiengebühren zu verzichten. Rot-Rot sollte auch über Teilzeitstudiengänge oder die Abschaffung der bürokratischen und ungerechten Zwangsexmatrikulationen nachdenken. Das wäre ein richtiger Schritt. Die Studierenden müssen in den Reformprozess einbezogen werden.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Ja!)

Sie erwarten von ihren Hochschulen zu Recht mehr demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Ja!)

Gute Bildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern - das bleibt ein hehres Ziel, das wir mit diesem Koalitionsvertrag nicht erreichen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sie wollen die Kinder nicht aussortieren. Aber genau das passiert in unserem Bildungssystem. Sie wollen es nicht als naturgegeben ansehen, dass die einen Kinder pfiffig sind und die anderen weniger. Sie wollen die Bedingungen verbessern, damit mehr Kinder schlau werden. Dazu wollen Sie in den kommenden Jahren die Antworten geben. Ähnliche Formulierungen habe ich vorhin von Frau Kaiser gehört. Mir wäre es lieber, Sie könnten heute die Antworten geben.

(Beifall GRÜNE/B90)

Mir wäre es lieber, ich könnte statt einer Vielzahl von „wattigen“ Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag schon heute die Antworten auf diese Fragen lesen. Die Fragen stellen sich schließlich nicht erst seit gestern. Mir wäre es lieber, die Antwort wäre eine klare Schwerpunktsetzung zugunsten besserer Bil-

dung in unserem Land. Es wäre mir lieber, wenn das Geld, das wir durch sinkende Schülerzahlen einsparen können, im Bildungssystem verbliebe. In den Jahren 2007 bis 2009 hätten wir damit immerhin 90 Millionen Euro mehr zur Verfügung gehabt - als demografische Rendite für mehr Qualität, mehr individuelle Förderung und mehr Durchlässigkeit. Aber nein, die Zeit und die Entlastung, die wir für die Verbesserung der Qualität so dringend brauchen, wird es offensichtlich auch in dieser Legislaturperiode nicht geben.

In Brandenburg studieren von 100 Arbeiterkindern gerade einmal 17, von 100 Beamtenkindern 95. Das ist nachzulesen in einer Broschüre der SPD mit dem Titel „Zukunft braucht Herkunft“. Unter dem Eindruck dieses Bildungsnotstandes gewinnt der Slogan „Zukunft braucht Herkunft“ einen neuen Zungenschlag. Ja, es wird auch in dieser Legislaturperiode offensichtlich weiter so sein, dass die Zukunft von Kindern durch die soziale Herkunft entschieden wird - verantwortet von einer rot-roten Landesregierung, die sich Chancengerechtigkeit im Bildungswesen auf die Fahnen geschrieben hatte.

Die Jamaika-Koalition im Saarland wird die Bildungsausgaben von 25 % auf 30 % der Landesausgaben erhöhen. Warum können wir das nicht?

(Bischoff [SPD]: Die haben es ja! - Minister Speer: Das höchstverschuldete Land neben Bremen!)

Bei uns sind es gerade einmal 18 %. So können wir den Anspruch, Bildung dürfe nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, nicht erfüllen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, warum so zaghaft? Sehr geehrte Damen und Herren von der Regierungskoalition, Sie sprechen von „Gemeinsinn und Verantwortung“. Nehmen Sie die Verantwortung wahr, von der Sie sprechen! Der Rohstoff zwischen den Ohren unserer Kinder ist der wichtigste Rohstoff, den wir haben. Gute Bildung ist das wichtigste Gut, das wir ihnen mitgeben können. Wenn wir dafür nicht sorgen, verschlafen wir die Zukunft.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

Präsident Fritsch:

Auf meiner Rednerliste steht noch Frau Nonnemacher. Möchten Sie das Wort ergreifen? - Sie haben noch sieben Minuten Redezeit.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Ministerpräsident, Sie beginnen Ihre Regierungserklärung - nach dem Motto „Bewährtes fortsetzen“ - mit Lob für die alte Regierung und entfalten dann, nach 55 Minuten, sozialdemokratische Politik pur.

(Frau Lehmann [SPD]: Richtig!)

Sie schließen mit einem Appell für lebendige Demokratie und gelebte Freiheit, engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie

starke Kommunen. Auch wenn die Regierungserklärung nur wenig zu diesen Themen enthält, möchte ich doch aus bündnisgrüner Sicht zu einigen innenpolitischen und sozialpolitischen Themen Stellung nehmen.

Lassen Sie mich vorab erklären, dass wir zwar die kleinste Oppositionsfraktion darstellen und nach 15 Jahren Abstinenz mit hohem Engagement auf der parlamentarischen Bühne wieder mitwirken wollen. Wir sind aber keinesfalls auf Krawall gebürstet. Wir wollen eine kritische und unbequeme, aber auch eine differenzierte und konstruktive Opposition sein. Sie sagen, Sie seien offen für gute Ideen, woher sie auch kämen, und suchten die Kooperation mit allen, die zu solcher Kooperation willens seien. Nun, wir haben die guten Ideen, und wir kooperieren gern, wo es inhaltlich möglich ist.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie vereinzelt SPD)

In diesem Sinne möchte ich hervorheben, dass einige Punkte in dem Koalitionsvertrag und Ihrem Regierungshandeln aus unserer Sicht durchaus positiv gesehen werden, unter anderem die Aufhebung der Residenzpflicht, die Ermöglichung von Bürgerhaushalten und Bürgerkommunen, die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Wir freuen uns auch, dass Sie „die bestehenden demokratischen Mitwirkungs- und Gestaltungsrechte der Bürgerinnen und Bürger ausbauen und damit dem Trend zunehmender Politikverdrossenheit entgegenwirken“ wollen. Nur, warum fangen Sie mit diesem löblichen Vorhaben nicht durch Benennung konkreter Ziele und Vorhaben an?

In Ihrer Regierungserklärung und im Koalitionsvertrag finden sich klare und erfrischende Ansagen immer dann, wenn die Zuständigkeit auf Bundesebene angesiedelt ist, aber wenig Konkretes, wenn es darum geht, landespolitischen Gestaltungsspielraum auszunutzen.

Warum stellen Sie, wenn Sie von der Novellierung des Volksabstimmungsgesetzes sprechen, mit dem Ziel, die Zugangsbedingungen für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, nicht Erleichterungen bei der Durchführung von Volksbegehren in Aussicht? Warum kann man im Stadtstaat Berlin Unterschriften für Volksbegehren in der Kneipe, auf dem U-Bahnhof oder an einer Currywurstbude sammeln, während im Flächenland Brandenburg eine weit entfernt liegende Meldestelle aufgesucht werden muss?

(Minister Speer: Weil es so besser ist!)

Wir fordern, dass die Hürden für alle Formen der direkten Demokratie gesenkt werden. Damit ist sowohl die Absenkung des Unterschriftenquorums für die Einleitung von Bürger- und Volksbegehren, die Anwendung des Mehrheitsprinzips ohne Quorum bei einfachen Volksentscheiden als auch die Möglichkeit, Unterschriften für Volksbegehren frei zu sammeln, gemeint.

(Beifall GRÜNE/B90)

Dass es nicht mehr zeitgemäß ist, dass nicht über finanzrelevante Tatbestände abgestimmt werden darf, bezeugt ein Blick auf das angedrohte Kita-Volksbegehren im Nachbarland Berlin.

(Unruhe bei der SPD)

- Vielleicht können Sie sich noch einen ganz kleinen Moment disziplinieren. Meine Redezeit ist leider sowieso gleich zu Ende.

Bezüglich der 2010 endlich erstmals in Direktwahl stattfindenden Landratswahlen kündigen Sie umgehend die nächste Prüfung an. Nachdem der widerstrebende Tanker Sozialdemokratie vom alten Koalitionspartner in Richtung Direktwahl gedrängt worden war, konnten wir in der zweiten Jahreshälfte 2009 in mehreren Landkreisen beobachten, durch welche Allianzen mögliche Direktwahlen umgangen worden sind. Auch die glühenden Befürworter der direkten Wahlen haben ihre Ideale sehr schnell machtpolitischen Erwägungen geopfert. Kollege Dombrowski weiß als Kreistagsabgeordneter im Havelland, wovon ich spreche. Jetzt kündigen Sie an, aus den 2010 erstmals stattfindenden Direktwahlen müssten Schlussfolgerungen und Konsequenzen gezogen werden. Da auf die schlechte Wahlbeteiligung in Brandenburg regelmäßig Verlass ist, kündigt sich hier schon der Ausstieg aus einer ungeliebten Reform an.

Beim Thema Landräte könnten Sie übrigens das von Ihnen angeführte Querschnittsthema Gleichberechtigung gleich einmal erproben, haben wir doch in Brandenburg nicht eine einzige Landrätin.

(Zurufe von der SPD: Noch nicht!)

Auch bei der Regierungsbildung sind Sie mit drei Ministerinnen doch deutlich hinter Ihrem eigenen Anspruch zurückgeblieben. Quotierung und Frauenförderung, meine Damen und Herren, das können wir Grünen besser.

(Senfleben [CDU]: Haben Sie eine Fraktionsvorsitzende?)

Die von Ihnen angekündigte Evaluierung der Kommunalverfassung bis zum 31. Dezember 2011 werden wir aufmerksam verfolgen und auf Rücknahme der Paragraphen drängen, die die Mitwirkung von Minderheiten erschweren und sie über den Entzug des Fraktionsstatus in ihren Rechten benachteiligen.

(Beifall GRÜNE/B90 und FDP)

Ein weiterer Punkt, an dem die Landesregierung prüft statt zu handeln, ist das Wahlrecht mit 16. Wohl gemerkt, es wird allein das kommunale Wahlrecht geprüft. Vor gut zwei Wochen hat das Land Bremen als erstes Bundesland die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 bei Landtagswahlen beschlossen.

(Minister Speer: Das ist doch eine Kommune!)

In fünf deutschen Bundesländern dürfen 16- und 17-Jährige schon an Kommunalwahlen teilnehmen. Einer Landesregierung, die sich „Aufbruch und Erneuerung“ auf die Fahne geschrieben hat, täte es gut, das Wahlrecht für Jugendliche konkret einzuführen, statt Prüfauftrag an Prüfauftrag zu reißen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Als Partei der Bürgerrechte appellieren wir eindringlich an die Regierung, demokratische Grund- und Freiheitsrechte konsequent zu schützen und zu beachten und der Tendenz, Bürger-

rechte wegen realer oder vermeintlicher Bedrohungen leichtfertig einzuschränken, zu widerstehen.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Dafür ist es gut, dass Sie auf Bundesebene nicht mehr regieren! Da haben Sie in den letzten Jahren eine Menge hingenommen!)

Bezüglich der von Ihnen angekündigten Evaluierung der Maßnahmen des Brandenburgischen Polizeigesetzes wie Telekommunikationsüberwachung und Rasterfahndung fordern wir Sie auf, rechtsstaatlich bedenkliche Verfahren nicht über 2011 hinaus zu verlängern.

Wir vermissen in der Regierungserklärung ein klares Bekenntnis zur Länderfusion Berlin-Brandenburg.

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

- Wir aber!

13 Jahre nach dem in Brandenburg gescheiterten Volksentscheid wäre es dringend an der Zeit, ein konkretes Szenario vorzulegen. Wurde im Jahr 2001 noch eine Fusion bis zum Ende der Dekade diskutiert und im Dezember 2004 ein Fahrplan für die Fusion bis 2013 vorgelegt, so hat die neue Regierung das Thema von der Tagesordnung genommen. Kooperation und Zusammenlegung auf Verwaltungsebene ersetzen nicht ein werbendes und zielgerichtetes Eintreten für ein gemeinsames Bundesland.

Das Konservieren von Ressentiments hat nichts mit zukunftsfähiger Politik zu tun. Berechtigte Ängste der Bevölkerung in berlinfernen Regionen müssen thematisiert und diskutiert werden. Aber es muss auch offen für eine Länderfusion geworben werden. Wenn im Koalitionsvertrag das Wort Länderfusion nicht ein einziges Mal auftaucht,

(Görke [DIE LINKE]: Dann hat das Gründe!)

dafür aber der komplette Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin bis 2019 als wichtiger Beitrag zur inneren Einheit thematisiert wird, dann nimmt die Realitätsverkennerung skurrile Züge an.

Ich komme zum Ende. Auch im Bereich Innen- und Kommunalpolitik, Bürgerrechte und Demokratisierung wird viel evaluiert und wenig gestaltet. Die Politik der rot-schwarzen Vorgängerregierung wird weitgehend fortgesetzt. Erneuerung für Brandenburg oder sogar ein Politikwechsel sind nicht auszumachen. Es bleibt dabei: Im Osten kaum Neues.

(Beifall GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Rednerliste angelangt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 1 und tausche den Platz mit der Vizepräsidentin.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetz über die elektronische Ausfertigung und Verkündung von Gesetzen und Rechtsverordnungen des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Ausfertigungs- und Verkündigungsgesetz - BbgAusVerkG)

Gesetzentwurf
des Präsidenten

Drucksache 5/29

1. Lesung

Ich eröffne die Aussprache. Der Präsident, Herr Abgeordneter Fritsch, erhält das Wort.

Präsident Fritsch:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat am 2. Juli 2009 nach 3. Lesung mit großer Mehrheit eine Änderung der Verfassung beschlossen, die es ermöglicht, nach Maßgabe eines Gesetzes die Ausfertigung und Verkündung von Gesetzen und Rechtsverordnungen fortan in elektronischer Form vorzunehmen. Dieses Gesetz, das Brandenburgische Ausfertigungs- und Verkündigungsgesetz, ist vom Landtag am gleichen Tag mit einer ebenfalls deutlichen Mehrheit verabschiedet worden. Ich will daran erinnern, dass diese breite Zustimmung unter anderem deshalb möglich war, weil der Gesetzentwurf der Landesregierung sehr intensiv beraten worden ist und im Zuge der Ausschussbehandlungen Änderungen erfahren hat, mit denen Bedenken im Hinblick auf die elektronische Archivierung und die Zugänglichkeit für den Bürger aufgegriffen und gute Lösungen gefunden wurden.

Unter Hinweis auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1972 sind später Zweifel an der Wirksamkeit dieses Gesetzes geäußert worden, da dieses am gleichen Tag mit der Verfassungsänderung ausgefertigt und verkündet wurde. Allein ein gestaffeltes Inkrafttreten sei hier nicht ausreichend. Bei dem damals entschiedenen Fall war die Ausgangslage eine andere. Dort musste eine Zuständigkeit des Bundes zum Erlass des strittigen Gesetzes erst durch eine Grundgesetzänderung geschaffen werden. Dagegen war hier die Gesetzgebungskompetenz des Landes von Anfang an gegeben. Auch liegen in Brandenburg anders als im Bund Ausfertigung und Verkündung der Gesetze in einer Hand, nämlich in der des Landtagspräsidenten.

Um jedoch sicherzugehen, dass alle auf Basis dieses Gesetzes ausgefertigten und verkündeten Gesetze und Verordnungen auf einer soliden rechtlichen Grundlage stehen, wollen wir jeden möglichen Zweifel ausräumen. Daher liegt Ihnen heute mit Drucksache 5/29 in 1. Lesung ein inhaltlich unveränderter Gesetzentwurf vor. Lediglich die Übergangs- und Inkrafttretensvorschriften wurden an die aktuelle Situation angepasst.

In den letzten Tagen wurden erneut Zweifel laut. Infrage gestellt wird jetzt, ob der von Ihnen gewählte Präsident der Mitte des Landtages zuzurechnen sei und damit einen Gesetzentwurf einbringen darf. Letztlich steht damit § 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung auf dem Prüfstand; denn der sieht das ausdrücklich vor. Einmal abgesehen davon, dass ich mich sehr wohl der Mitte des Landtages zugehörig fühle,

(Beifall SPD und DIE LINKE)

kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie Gesetzentwürfen des Präsidenten Fritsch ein größeres Gewicht als jenen des Abgeordneten Fritsch beimessen. Im Übrigen fände ich es auch merkwürdig, wenn die Rechte, die ein Abgeordneter hat, einem Präsidenten nicht zustehen sollten. Aber das mögen Juristen entscheiden. Wir haben demnächst Gelegenheit, die Geschäftsordnung zu überarbeiten, und können das dann so klarstellen, dass es in Zukunft keine Missverständnisse mehr gibt.

Ich gehe davon aus, dass weder unsere Geschäftsordnung noch die Vorlage dieses Gesetzentwurfs mit dem für den Präsidenten geltenden Neutralitätsgebot kollidieren, zumal es sich um den rein technischen Vorgang einer Wiedervorlage handelt. Ich kann in diesem Zusammenhang nicht oft genug betonen, dass ich hier keine eigenen politischen Intentionen verfolge, sondern dafür sorgen will, dass ein vom Gesetzgeber bereits beschlossenes Gesetz, ohne Verfahrenszweifeln ausgesetzt zu sein, auch wirksam wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält der Abgeordnete Holzschuher. Er spricht für die SPD-Fraktion.

Holzschuher (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich muss einräumen, dass ich mich anfangs fast ein bisschen gefreut habe, dass wir diesen wichtigen Gesetzentwurf nun in der neuen Legislaturperiode noch einmal aufrufen. Ich hatte in der vergangenen Legislaturperiode darauf hinweisen können, dass wir hier einen historischen Schritt gehen, einen Einschnitt in der Geschichte der Gesetzgebungstechnik wählen. Es gab durchaus Bedenken - der Präsident hat darauf hingewiesen -, die im Gesetzgebungsverfahren damals - wie ich denke - zur Zufriedenheit fast aller Abgeordneter des vorherigen Landtages ausgeräumt werden konnten, was etwa die Archivierung betrifft.

Aber ich musste jetzt erfahren, dass es einigen in diesem neu gewählten Parlament offensichtlich nicht darum geht, das Thema noch einmal aufrufen zu können, sondern sie scheinen neue Probleme aufzubauen, die bisher in diesem Haus und auch in den vergangenen Wahlperioden niemand so gesehen hat. Ich weiß, dass Juristen in der Lage sein müssen, Probleme zu lösen. Manchmal sind sie vielleicht auch dafür da, Probleme zu schaffen. Aber die Abgeordneten des brandenburgischen Landtages sind nun ganz gewiss gewählt, um Probleme zu lösen, und nicht, um Probleme zu konstruieren und zu schaffen. Deswegen habe ich nicht das geringste Verständnis dafür, dass man ein Problem, über das man vielleicht in juristischen Zirkeln diskutieren kann, zum Anlass nimmt, hier nicht nur eine Debatte, sondern geradezu einen Verfassungskonflikt herauf-

zubeschwören. Diese Kritik geht - wie Sie sich denken können - an die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion.

Wenn man wirklich daran zweifelt, ob der Präsident der Mitte des Landtages angehört, oder wenn man versucht, juristisch zu differenzieren zwischen seiner Funktion und seiner Tätigkeit als Abgeordneter, dann wäre es ein Leichtes gewesen zu sagen: Dieses Problem können wir umgehen, indem wir alle gemeinsam einen Neudruck einbringen und die möglicherweise entstehenden Probleme, das mit der Frist ist das einzige, dadurch ausräumen, dass wir sagen: Wir sind dafür, also lasst uns alle gemeinsam einen Neudruck etwa der Parlamentarischen Geschäftsführer einreichen. Das ist nicht erfolgt. Ich entnehme daraus, dass es Ihnen nicht um die Sache geht, wahrscheinlich auch nicht um den Inhalt dieses an sich guten Gesetzes, sondern darum, Probleme zu konstruieren, die im Land niemand verstehen wird, für die aber auch niemand Verständnis hat. Denn die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben weiß Gott andere Themen auf der Agenda als die Frage, ob der Präsident, wie gesagt, in der Mitte des Landtages steht oder über uns oder ob nur die SPD-Fraktion, die in der Mitte des Landtages sitzt, Anträge einbringen kann oder ob das alle können. Das interessiert sie nicht.

Ich bitte jetzt alle Abgeordneten dieses Hauses eindringlich, sich daran zu halten, Sachthemen zu diskutieren und nicht juristisch konstruierte Fragen zu lösen. - Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. - Das Wort erhält Herr Abgeordneter Eichelbaum. Er spricht für die CDU-Fraktion.

(Schulze [SPD]: Jungferrede!)

Eichelbaum (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir behandeln heute einen Gesetzentwurf, von dem die damalige Justizministerin gesagt hatte, dieser sei ein Schritt zu einem bürgerfreundlichen und modernen Land Brandenburg. Ich möchte gleich zu Beginn sagen, dass wir den Grundtenor und die Zielrichtung dieses Gesetzes nach wie vor unterstützen.

Mit der elektronischen Ausfertigung von Gesetzen und Rechtsverordnungen wird der Zugang der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Wirtschaft zum Landesrecht erleichtert. Bedauerlicherweise kam das damalige Gesetz nicht verfassungsrechtlich korrekt zustande. Es ist aber bemerkenswert, dass die Landtagsverwaltung auf diesen Verfassungsverstoß erst durch einen Richter am Verwaltungsgericht am 12. Oktober 2009 aufmerksam gemacht wurde. Das Brandenburgische Ausfertigungs- und Verkündungsgesetz ist unwirksam.

Statt nunmehr ein ordnungsgemäßes und vor allem verfassungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren mit der Beteiligung der Fachausschüsse durchzuführen, wird jetzt versucht, dieses Gesetz in zwei Tagen durch den Landtag zu peitschen. Das entspricht weder der Geschäftsordnung noch den parlamentarischen Gepflogenheiten. Vielleicht ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass sich die Zusammensetzung des Landtages geän-

dert hat. Es gibt zwei neue Fraktionen und neue Abgeordnete. Auch diesen Parlamentariern sollte man die Möglichkeit geben, sich mit einem solch wichtigen Gesetz auseinanderzusetzen.

Natürlich gibt es auch noch inhaltliche Diskussionen zu diesem Gesetzentwurf. So stellt sich beispielsweise die Frage, ob es trotz der vorgesehenen Möglichkeit der Einsichtnahme bei den Amtsgerichten und auch bei den Gemeinden zukünftig allen Bürgerinnen und Bürgern möglich sein wird, genau diese Informationen zu den Gesetzen und Rechtsverordnungen zu bekommen. Diesen Diskussionsbedarf gibt es nicht nur in unserer Fraktion, den gibt es auch in anderen Fraktionen. Herr Kollege Holzschuher, vor einer Woche haben Sie das noch genauso gesehen, als Sie gesagt haben, dass Sie eine erneute inhaltliche Diskussion befürworten.

(Holzschuher [SPD]: Eine inhaltliche!)

- Das habe ich gerade gesagt.

(Beifall CDU)

Fataler ist jedoch, dass auch wieder das neue Gesetzgebungsverfahren gegen die Verfassung verstößt. Das Gesetz verstößt gegen Artikel 75 der Landesverfassung. Dem Landtagspräsidenten steht nach Artikel 75 der Verfassung nicht das Recht zu, Gesetzentwürfe sozusagen auch noch von Amts wegen in den Landtag einzubringen. Er kann Anregungen geben, er kann auch Initiativanträge einbringen, aber eben nicht Gesetzesvorlagen. Es ist nämlich die ureigenste Aufgabe der Abgeordneten und der Landesregierung, Gesetze einzubringen. Das ist in allen Bundesländern der Fall. Das hat auch seinen Sinn und Zweck, denn der Parlamentspräsident ist zu strikter Neutralität verpflichtet.

(Zuruf von der SPD: Der Präsident ist auch Abgeordneter!)

Wie soll denn bitte der Landtagspräsident die Rechtmäßigkeit eines von ihm selbst eingebrachten Gesetzes unparteiisch prüfen? Es wäre überhaupt kein Problem gewesen, diesen Gesetzentwurf interfraktionell einzubringen und zu beraten.

(Beifall CDU - Zurufe von der SPD)

Es hilft auch nicht, diesen Verfassungsverstoß mit der Geschäftsordnung zu rechtfertigen, denn die Verfassung steht über der Geschäftsordnung. Ich darf den Landtagspräsidenten laut Plenarprotokoll vom 21.10.2009 zitieren:

„Egal, wie man die Landesverfassung in dem Punkt zweiter Vizepräsident nun interpretiert oder nicht: dass man mit einer Geschäftsordnung nicht ein Gesetz und eine Landesverfassung ändern kann, dürfte jedem klar sein.“

(Beifall CDU)

Sollte also die Geschäftsordnung des Landtages andere oder widersprüchliche Regelungen enthalten, wird es Zeit, dass die Geschäftsordnung der übergeordneten Verfassung angepasst wird und nicht umgekehrt. Die Verfassung darf schließlich nicht zum Spielball der entsprechenden Mehrheit des Landtages werden.

Sie nehmen mit diesem Gesetzentwurf billigend in Kauf, dass alle Gesetze und Rechtsverordnungen, die auf der Grundlage dieses Gesetzes erlassen wurden, von Anfang an unwirksam wären. Sie fügen dem ersten Verfassungsverstoß aus dem alten Gesetzgebungsverfahren gleich einen neuen Verfassungsverstoß hinzu. Das ist kaum zu toppen. Da kann man nur sagen: Herzlichen Glückwunsch! Aufgrund dieses gesetzgeberischen Stillstandes können wir uns gleich die nächsten Sitzungen des Landtages und der Ausschüsse sparen.

Konfuzius hat einmal den Satz geprägt: Viele Fehler geschehen durch Eile. Wir meinen: Bei einem so wichtigen Gesetzesvorhaben muss Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen.

(Holzschuher [SPD]: Warum beteiligen Sie sich dann nicht daran?)

Deshalb kann ich nur sagen: Herr Landtagspräsident, Sie bewegen sich damit auf verfassungsrechtlichem Glatteis. Nehmen Sie diesen Gesetzentwurf zurück und ermöglichen Sie ein verfassungsgemäßes Verfahren!

(Beifall CDU - Holzschuher [SPD]: Dann lassen Sie uns doch gemeinsam einen Antrag einbringen!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Eichelbaum, und gebe der Abgeordneten Mächtig das Wort. Sie spricht für die Fraktion DIE LINKE.

Frau Mächtig (DIE LINKE):

Ja, Kolleginnen und Kollegen, so ist das! Deshalb hat die Gerichtsbarkeit festgelegt, dass es ehrenamtliche Schöffen gibt, damit die Richterei nicht nur den Juristen überlassen wird. Das ist schwierig, meine Herren.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren und Herr Abgeordneter! Ich sage jetzt bewusst nicht Herr Rechtsanwalt Goetz. Nein, wir durften ja bereits in der vergangenen Sitzung Ihre Leidenschaft als Rechtsanwalt zur Kenntnis nehmen, sich in Interpretationsversuchen von Verfassung und Geschäftsordnung zu üben.

Wer kennt da nicht das Sprichwort - meine Herren, Sie haben es eben belegt -: Drei Anwälte, vier Meinungen. Das ist auch nicht schlimm. Deshalb gibt es den Unterschied zwischen Judikative und Exekutive. Ich kann Ihnen versichern: Auch meine Kollegen und ich verstehen, Herr Goetz, die Schwierigkeiten beim mentalen Wechsel von Beruf und Berufung zum Abgeordneten.

Wie Sie wissen, können nach Artikel 75 der Landesverfassung, Sie sagten es, die Gesetzesvorlagen aus der Mitte des Landtages durch die Landesregierung und im Wege des Volksbegehrens eingebracht werden. Die Kollegen sind auf § 40 der Geschäftsordnung eingegangen, zu dem Sie sagen, § 40 beruhe möglicherweise nicht auf der Landesverfassung. Dazu sage ich: Na gut, wir haben auch noch Artikel 81 der Landesverfassung. Vielleicht beruhigt der ein Stück weit. Vor allen

Dingen haben wir im Zusammenhang, wenn ich daran erinnern darf, mit einem Beschluss vom 28.03.2001 die Feststellung des Verfassungsgerichts:

„Daraus folgt, dass eine Fraktion ebenso wie der einzelne Abgeordnete das Recht hat, Anträge in den Landtag einzubringen.“

Dies bestätigt § 52 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtages, wonach Gesetzentwürfe, Anträge und Entschließungsanträge unter anderem von jedem Abgeordneten einer Fraktion eingebracht werden können. Wir sind uns einig, dass der Präsident Mitglied dieses Landtages ist und damit Abgeordneter.

(Zuruf von der CDU)

- Ich kann Ihren Ärger ja verstehen. Ich verstehe sogar noch eines, das, was nämlich der Kollege von der CDU-Fraktion gesagt hat. Natürlich haben Sie ein Problem, nämlich das Problem der Chancengleichheit. Das trifft zwar nicht auf Ihre Fraktion zu, wohl aber auf einzelne und insbesondere auf die FDP im Ganzen, denn sie hatte nicht die Chancengleichheit, in der Verfassung geschrieben, zu wissen, was hier eigentlich passiert ist.

Was diese Gesetzesinitiative angeht, würde ich Ihnen gern mit Wiederaufnahme der Fraktion der FDP in das Parlament die Chance geben, Chancengleichheit herzustellen. Gestatten Sie mir deshalb, kurz zu sagen, was hier eigentlich passiert ist.

Der Sonderausschuss für Bürokratieabbau hat eines Tages nach hinreichender Recherche festgestellt: Wir wollten prüfen lassen, und wir haben prüfen lassen, ob eine elektronische Fertigung möglich ist und tatsächlich zu Bürokratieabbau führt. Als der Sonderausschuss seine Arbeit einstellte, hat er diese Aufgabe dem Rechtsausschuss übertragen. Der Prüfauftrag wurde vorgelegt, inklusive des Gesetzentwurfs.

Man sollte doch überrascht sein: Fraktionsübergreifend waren alle Kolleginnen und Kollegen des Rechtsausschusses der Auffassung, dieses Gesetz könnte jetzt beschlossen werden. Wenn ich der Website von Herrn Petke glauben darf, hatte man gehofft, dass das der letzte große Erfolg der CDU-Ministerin Blechinger wird. Deshalb gab es auch überhaupt keine gegenteiligen Auffassungen Ihrer Fraktion. Vielleicht sollten Sie sich da wirklich noch einmal schlaue machen.

Die Linke brachte in diesem Zusammenhang übrigens verschiedene Vorschläge ein, unter anderem hat sie gesagt: Es darf sich nicht nur auf die elektronische Ausfertigung beziehen, weil die Haltbarkeitsdauer von elektronischen Daten noch nicht nachgewiesen ist.

(Zuruf)

- Nein, also wenn die Fraktionsvorsitzende spricht ... Nein, Autorität muss sein. - Die Haltbarkeitsdauer von Papier ist gegeben. Deshalb hatten wir erstens darum gebeten, zu der elektronischen Ausfertigung immer auch noch eine Papieraufbereitung zuzulassen.

Zweitens: Bürgernähe wird dadurch hergestellt, dass wir natürlich nicht nur in den Gerichten, sondern auch in den Verwaltungen vor Ort den Zugang zu den Gesetzestexten ermöglichen. Beides hat der Präsident aufgenommen.

Ich sage Ihnen auch, warum, weil nämlich der Präsident den Gesetzentwurf eingebracht hat, eine fraktionsübergreifende Einbringung dieses Gesetzes aufgrund des Unvereinbarkeitsbeschlusses der Fraktion der CDU, mit den Linken niemals und nicht auch nur einen einzigen gemeinsamen Antrag in dieses Haus einzubringen, hier gegriffen hat. Dafür hatten wir Verständnis. Dazu sage ich: Gott sei Dank hat es bei zwei Dingen, immer wenn es gegen Extremismus ging, trotzdem funktioniert. In diesem Fall hat es eben nicht funktioniert.

Wenn Sie, Herr Goetz, jetzt sagen, dieses Gesetz sei blind durchgewunken worden, kann ich Ihnen sagen: Darauf haben mehr als 30 Leute geschaut, und sie haben sich mit diesem Gesetz ein halbes Jahr lang gemeinsam mit den Kollegen aus dem Ministerium, mit dem Landtag und mit dem Rechtsausschuss beschäftigt.

Deshalb gestatten Sie mir abschließend eine Bitte an die Kollegen der FDP: Ich bitte Sie, einfach zu akzeptieren und auch zu respektieren, dass auch in Abwesenheit Ihrer Fraktion in diesem Haus ernsthaft gearbeitet wurde.

Die Kollegen der CDU darf ich daran erinnern, dass Sie dieses Gesetz bereits im Juni dieses Jahres verabschieden wollten und keine rechtlichen Bedenken hatten.

Wir halten deshalb den Inhalt des Gesetzes für unstrittig. Die Formalie soll geregelt werden. Sehr geehrter Herr Goetz, vielleicht finden Sie ja irgendwann den Weg zum Streit um die bessere Lösung statt zum Streit um das bessere Komma. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE - Vereinzelt Beifall SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält der Abgeordnete Goetz.

Goetz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich versuche es einmal mit einem ganz einfachen Beispiel, damit es möglicherweise jeder versteht.

Ich bin Mitglied der Friedrichs Schützengilde zu Teltow 1862 e. V.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

- Wenn Bedarf dafür besteht, Herr Schulze, erkläre ich Ihnen wirklich gern die Welt. Mancher braucht das halt.

Niemand käme auf die Idee, wenn ich unter dem Briefkopf „Friedrichs Schützengilde“ hier einen Gesetzgebungsantrag einbrächte, diesen ernsthaft zu behandeln, weil gefragt würde, was soll das denn, obwohl ich nebenbei auch Mitglied des Landtages bin. Genauso ist die Situation in dem vorliegenden Fall.

(Görke [DIE LINKE]: Sie machen sich lächerlich!)

Der Präsident ist natürlich Mitglied des Landtages, aber er ist aus der Mitte des Landtages heraus gewählt und hat aufgrund der besonderen Situation eine besondere Stellung. Er steht über dem Landtag, er soll neutral die Sitzungen leiten, und er hat auch gewisse Initiativrechte, die die Sitzungsleitung beinhalten und deren die Sitzungsleitung auch bedarf. Das ist die Position des Präsidenten des Landtages.

Insofern diskutieren wir heute gar nicht inhaltlich darüber, ob das Gesetz gut ist, ob es schlecht ist oder was man vielleicht besser machen kann. Natürlich kann man manches besser machen.

Wenn ich an meine 85-jährige Mutter denke, die dann zum Amtsgericht oder zur Stadtverwaltung gehen soll,

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

um ein Gesetz zu bekommen, dann ist das für sie wenig hilfreich. Es ist nicht geklärt, welche Kosten zum Beispiel entstehen, wenn man sich beim Amtsgericht ein Gesetz ausfertigen lässt. Wenn es die Kosten unserer Gerichte sind, heißt das, für zehn Seiten Gesetz zahlt man 5 Euro. Das kann es auch nicht sein. Das kommt hier nicht heraus. Auch diesbezüglich besteht möglicherweise Nachbesserungsbedarf, um das Gesetz bürgerfreundlicher zu machen.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Aber wenn wir im Landtag einen Wissenschaftlichen Dienst haben - wir haben ihn gefragt -, der parteiübergreifend, fraktionsübergreifend arbeitet, dann sollte man einfach ernst nehmen, was von dort kommt. Dieser Wissenschaftliche Dienst hat auf unsere Nachfrage hin bestätigt, dass für beide Positionen - sowohl für Ihre wie auch für unsere - gewichtige Gründe bestehen und beide Positionen vertretbar sind. Das hat er bestätigt; beide Positionen sind vertretbar. Gar kein Dissens.

(Görke [DIE LINKE]: Also offengelassen!)

Nun haben wir ein paar Anwälte im Hause; Kollege Holzschuher hat gesprochen, der Justizminister war Anwalt. Wir kennen die Haftungsrechtsprechung für Anwälte. Wenn irgendwo an einem Punkt Zweifel bestehen, ist jeder gehalten, den sichersten Weg zu gehen. So einfach ist es.

(Zurufe von der SPD und von der Fraktion DIE LINKE)

Der sicherste Weg ist eben nicht, auf zweifelhafte Weise einem alten Verfassungsverstoß einen neuen nachzulegen, sondern dann die ganz normale Tour zu gehen, um diese Zweifel auf ganz normale Weise auszuräumen. Nur darum geht es hier.

(Zurufe von der SPD)

Wir schädigen uns selbst; wir nehmen uns selbst die Möglichkeit zu arbeiten. Wir können nicht weitermachen, ein Gesetz in Kraft zu setzen zu versuchen, wenn von vornherein klar ist, dass es so nicht gehen wird.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Goetz, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Goetz (FDP):

Frau Vizepräsidentin, ich wollte Sie gerade bitten, das Haus und die Fraktionen zur Ordnung zu rufen, wie es der Präsident vorhin getan hat. Aber wenn es dazu beiträgt, dann gern. Bitte.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Bitte schön.

Görke (DIE LINKE):

Herr Abgeordneter Goetz, Sie haben eben geschildert, dass es sowohl die eine als auch die andere Interpretation in dieser strittigen Frage gibt. Können Sie diesem Hohen Haus erklären, warum Ihre Fraktion nicht wollte, dass die fünf Parlamentarischen Geschäftsführer - es gab gestern in der Runde der Parlamentarischen Geschäftsführer einen Vorschlag, um genau dieses Problem zu umgehen - im Rahmen eines Neudrucks die Einbringer dieses Gesetzentwurfs sind?

(Minister Speer: Weil er damit auf Spatzen schießen will! Schützengilde! - Heiterkeit bei der SPD)

Goetz (FDP):

- Der Unterschied, Herr Speer, ist, ich treffe sogar; manch anderer in diesem Hause möglicherweise nicht. So einfach ist das dann. Ich habe dazu nur Stellung genommen.

Es ist doch nicht die Frage, dass ein ordentliches Gesetz gemacht werden soll, nur, wie Konfuzius zitiert worden ist, der das vor vielen, vielen Jahren - vor ca. 2000 - möglicherweise gesagt hat, so ist es eben auch heute, dass gelegentlich in der Ruhe die Kraft liegt, dass mehr Sorgfalt besser ist als Schnellschüsse - in diesem Fall eben auch - und dass es darauf ankommt, hier mit großer Sorgfalt ein ordentliches Gesetz zu machen, das schließlich die Beratungsgrundlage und die Grundlage sämtlicher Tätigkeiten dieses Landtages in den nächsten Jahren sein wird. Die Zeit für diese Gründlichkeit sollten wir uns einfach nehmen. Dazu gehört, dass Zweifel ausgeräumt werden.

Ich verweise noch einmal darauf - weil das vorhin durch die Zwischenfrage etwas abgebrochen wurde -, dass natürlich jeder Anwalt gehalten ist, eine zweifelsfreie Lösung zu finden, die ganz sauber ist. Dazu braucht man im Zweifel ein, zwei Tage mehr. Auch das kann sein, wenn man diese Lösungen finden will.

So, wie jeder Anwalt ein erhebliches Haftungsrisiko hat, wenn er denn so arbeiten und sagen würde, ich mache das mal eben, es ist mir egal, was dabei herauskommt, es kann ja beides möglich sein, so kann man eigentlich nicht arbeiten; nicht als Anwalt im Beruf und auch nicht hier im Landtag. Hier ist es nicht das eigene Geld, hier geht es um das Geld der Steuerzahler, um Geld des Landes. Gerade deshalb sollten wir besondere Sorgfalt auch in diesem Punkt zur Geltung kommen lassen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU - Schulze [SPD]: Da können Ihre Wähler stolz auf Sie sein!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort nimmt jetzt noch einmal im Namen der SPD-Fraktion der Abgeordnete Schulze.

(Oh! bei der CDU)

Schulze (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Situationen, da hält es einen nicht mehr auf dem Stuhl. Sie haben jetzt dauernd Konfuzius zitiert. Deshalb könnte ich auch

mit einem Zitat von Konfuzius kommen. Er sagte einmal - zweieinhalbtausend Jahre ist es her -: Lernen ohne nachzudenken ist sinnlos, aber nachzudenken, ohne entsprechendes Wissen zu haben, führt zu gefährlichen Überlegungen. - Damit haben wir es hier auch zu tun.

Sie haben gerade dem Landtag Brandenburg der 4. Wahlperiode in Bezug auf einen seiner letzten Beschlüsse die Qualifikation für eine sachgerechte Arbeit abgesprochen. Ich finde, dies ist schon ein starkes Stück, und ich verteidige alle Kolleginnen und Kollegen, die damals an der Gesetzgebung mitgewirkt haben und nicht mehr in der Lage sind, sich hier zu verteidigen.

Wir haben in der 1. und 2. Wahlperiode - Sie betrifft es ja nicht - die Abgeordneten des Landes Brandenburg vereidigt, und zwar so wie den Ministerpräsidenten und die Minister „Auf das Wohl des Landes Brandenburg“.

Womit haben wir es denn jetzt hier zu tun? Haben wir es mit Schuldzuweisungen und mit Besserwisserei zu tun? Oder geht es darum, dass wir als Landtag Brandenburg dem dienlich sind, was die Regierung tun muss, nämlich Verordnungen zu erlassen und andere Dinge zu tun, um den Verwaltungsablauf in diesem Lande ordnungsgemäß zu gestalten, und unserer Aufgabe nachkommen, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen? Oder geht es darum, mit dem Finger auf andere zu zeigen, alles besser zu wissen und eine philosophische Diskussion über irgendetwas zu führen?

Wer ist an den Ursachen, dass dieses Gesetz möglicherweise verfassungswidrig ist, schuld, die Landtagsverwaltung oder die Landesregierung?

(Zurufe von der CDU)

Das Justizministerium prüfte genau wie das Innenministerium die Rechtmäßigkeit und die Verfassungsmäßigkeit mit; die Damen und Herren, die in der Regierung waren, wissen, dass Gesetze immer mitgeprüft werden, und sie sind, wie ich weiß, dabeigewesen.

Was mich auf besondere Art und Weise bestürzt, ist, dass auf meine Initiative hin - damals war ich noch Parlamentarischer Geschäftsführer - am 5. November 2009 eine Sondersitzung der Parlamentarischen Geschäftsführer stattgefunden hat. Wir haben das Thema angesprochen und haben gefragt - das war am 5. November; heute ist der 18. November -: Können wir den Weg so miteinander gehen?

Entschuldigung, da muss sich die FDP-Fraktion jetzt fragen lassen, ob sie ihre Parlamentarische Geschäftsführerin mit Prokura ausstattet oder nicht. Wenn nicht, ist das ein ganz schlechtes Zeichen für eine künftige Zusammenarbeit.

(Ah! bei der FDP)

Deshalb möchte ich noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen: So kann das nicht sein. Ich habe dies in der Besprechung mehrfach deutlich gemacht. Im Übrigen, Herr Goetz ...

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Schulze, darf ich ...

Schulze (SPD):

Ich komme gleich zum Ende; ich habe das Recht auf drei Minuten.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Lieber Herr Schulze, ich wollte Sie nur fragen, ob Sie auch Zwischenfragen zulassen. Dann haben Sie vielleicht noch größeren Redebedarf.

Schulze (SPD):

Gleich. Gerne. Lassen Sie mich den Satz noch zu Ende bringen.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Bitte schön.

Schulze (SPD):

Im Übrigen ist ja die Frage, wer Einbringer eines Gesetzes ist, nicht nur von philosophischer, sondern auch von rechtmäßiger und verfassungsmäßiger Bedeutung. Ich meine, es wäre möglich gewesen, es gestern mit den fünf Parlamentarischen Geschäftsführern zu machen. Frau Funck - jetzt Frau Dr. Ludwig - und ich haben es übrigens im Dezember 2004 mit dem Schulgesetz auch gemeinsam so gemacht. Wir haben das Schulgesetz eingebracht, weil andere Fristen sonst nicht zu halten gewesen wären.

Ich darf auf den § 100 der Geschäftsordnung verweisen. Es gibt überhaupt gar keinen Zweifel daran, dass eine rechtmäßige Einbringung nach § 100 auch gestern noch möglich gewesen wäre. Wer sich dieser Tatsache entzieht, der - muss ich sagen - belügt auch das Haus. Anders kann man das nicht nennen.

Herr Eichelbaum, Sie sind ja Jurist. Lesen Sie sich den § 100 der Geschäftsordnung durch.

(Eichelbaum [CDU]: Lesen Sie sich die Landesverfassung durch!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Bitte keine Zwiegespräche!

Schulze (SPD):

Herr Eichelbaum, ich will jetzt mit Ihnen keine Zwiegespräche führen. Ich glaube, dass das, was hier passiert, wieder nur ein Nebenkriegsschauplatz und dem Lande Brandenburg nicht dienlich ist.

(Zurufe von der CDU)

Wenn das die neue Form von Zusammenarbeit ist, dann sage ich: Gute Nacht, liebes Land Brandenburg.

(Eichelbaum [CDU]: Verfassungsbruch, Herr Schulze!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Abgeordneter Schulze, lassen Sie Zwischenfragen zu?

Schulze (SPD):

Ja, klar.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Ich gebe Frau Prof. Dr. Wanka das Wort.

Frau Prof. Dr. Wanka (CDU):

Meine Damen und Herren, es ist doch unstrittig, dass es nicht darum geht, ob das Gesetz sinnvoll ist und dass wir das hier im Landtag in der letzten Legislaturperiode beschlossen haben. Darum geht es doch überhaupt nicht. Das ist doch gar nicht Diskussionsgegenstand.

(Zurufe von der SPD: Frage!)

Was Herr Petke oder irgendjemand anderes gesagt hat, ist doch völlig egal, sondern bei der Verkündung ist ein Verfahrensfehler gemacht worden, der muss korrigiert werden. Darum geht es. Keiner von uns hat Lust darauf, dass wir uns als Landtag Brandenburg wieder zum Affen machen, weil wir nicht in der Lage sind, die Verfahren zu beherrschen. Das ist die Frage, und nicht, was irgendwann war. Es geht nur um die Heilung des Verfahrensfehlers.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Liebe Frau Ministerin a. D., Sie kennen die Geschäftsordnung noch aus der vorigen Legislaturperiode. Da war es so, dass man Fragen stellen konnte. Was Sie eben gemacht haben, war eine Kurzintervention. Auch sie wäre möglich gewesen. Bitte machen Sie in Zukunft von dieser Möglichkeit Gebrauch.

(Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: Ich nehme die Kritik an!)

Frau Blechinger, jetzt haben Sie das Wort.

Frau Blechinger (CDU):

Herr Abgeordneter Schulze, ist Ihnen bekannt, dass für die Verkündung von Gesetzen der Landtag zuständig ist und nicht die Landesregierung?

Schulze (SPD):

Liebe Kollegin Blechinger, ich war zufälligerweise mit der Beratung dieses Gesetzes intensiv beschäftigt, weil ich mit dem ursprünglichen Gesetzentwurf überhaupt nicht einverstanden war, weil ich mit der ausschließlich elektronischen Gesetzgebung mit Signatur und ohne Urdokument nicht einverstanden war. In diesem Zusammenhang sind mehrfach das Justizministerium und das Innenministerium als die Verfassungsministerien beteiligt worden. Bei der Beratung eines solchen Gesetzes hätte das Justizministerium auch einmal den klugen Hinweis geben können, dass es von Anfang der 70er Jahre ein Urteil gibt, wonach man beachten muss, dass die Verkündung des Gesetzes zur Änderung der Verfassung und die darauffolgende Angelegenheit der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt zu beachten sind.

(Zurufe von der CDU)

Das hat aber nicht stattgefunden. Deswegen finde ich es sehr bemerkenswert, dass einige jetzt versuchen, sich da herauszuhebeln, und mit dem Finger auf andere zeigen. Frau Blechinger, da sage ich Ihnen nur: Wer mit dem Finger auf andere zeigt, auf den zeigen drei zurück.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält der Abgeordnete Senftleben. Er hat ebenfalls eine Frage.

Senftleben (CDU):

Herr Kollege, ich gebe Ihnen ja Recht, dass wir über das Thema in der Runde der Geschäftsführer nicht nur einmal beraten haben. Deswegen frage ich, ob Sie mir auch Recht geben, dass uns erst am Dienstag, wo Sie nicht mehr dabei waren, die Ergebnisse des Beratungsdienstes schriftlich vorlagen, die auch inhaltlich unseren Weg, nämlich dass wir die Dinge nach dem jetzigen Vorgehen kritisch betrachten, unterstützen, und dass letztendlich die FDP-Kollegen dies bereits rechtzeitig per E-Mail an die Geschäftsführer mit dem Hinweis verteilt haben, dass darüber am Dienstag noch einmal ausführlich gesprochen werden sollte. Darüber hat man im Vorfeld auch von anderen Fraktionen nichts gehört, um die Dinge im Vorfeld zu klären. Ich sage das nur, damit Sie die Behauptung, dass hier Lügen aufgebaut werden, vielleicht auch anders interpretieren können.

Schulze (SPD):

Herr Senftleben, das ist doch gar keine Frage, dass man über bestimmte Dinge unterschiedlicher Meinung sein kann. Die spannende Frage ist doch eine andere: Ist man willens, konstruktiv mit anderen gemeinsam einen Weg zur Lösung zu gehen, oder baut man einen Popanz auf? Die Frage ist hier doch ganz klar. - Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Ich bedanke mich herzlich. - Das Wort erhält die Abgeordnete Nonnemacher. Sie spricht für die Fraktion GRÜNE/B90.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):

Sehr verehrte Frau Vizepräsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Wiedervorlage des Brandenburgischen Ausfertigungs- und Verkündungsgesetzes ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet, da wir als parlamentarische Neulinge an der Lesung und Verabschiedung des Gesetzes im Sommer nicht beteiligt waren und die Diskussion nicht so nahe verfolgen konnten. Im Vordergrund unserer Sorge stand nicht so sehr die Heilung einer möglichen Unwirksamkeit des Gesetzes durch erneute Erlassung. Wir halten den beschrittenen Weg zur Schaffung von Rechtssicherheit, das Gesetz in unveränderter Form neu vorzulegen, für vernünftig. Unsere Sorge galt vielmehr der Frage, inwieweit eine Zugänglichkeit des Gesetzes in Papierform gewahrt und eine Benachteiligung von Bevölkerungskreisen, die über keinen Internetzugang und keine IT-Kenntnisse verfügen, gewährleistet ist. Durch die Benennung von Stellen, die Ausdrucke bereithalten, durch die Verpflichtung der Kommunen zur Hilfe in Verwaltungsangelegenheiten und durch das Vorhalten der Gesetze bei den Amtsgerichten in Papierform sehen wir in dieser Hinsicht

keinerlei Probleme. Insbesondere durch die Inanspruchnahme der Gemeinden bei der Beschaffung der Papierform bleibt die Information der Bürger unabhängig von funktionierenden Internetzugängen gewahrt. Die Kosten für Fotokopien dürften sich auch in Grenzen halten.

Die Vorteile, die sich durch elektronische Ausfertigung und Verkündung ergeben, sind erheblich: schnellerer Zugriff, vereinfachte Recherche, verbesserte Zugänglichkeit und Gewährleistung von Barrierefreiheit für Menschen mit Handicaps. Hinzu kommen eine Vereinfachung von Verwaltungshandeln und Kostenreduktion für Verwaltung und Bürger. Ja, das neue Ausfertigungs- und Verkündungsgesetz ist ein Fortschritt und wird von uns als solcher begrüßt.

Das Gesetz ist im Juni 2009 mit einer breiten verfassungsändernden Mehrheit über Fraktionsgrenzen hinweg verabschiedet worden. Hinweise, dass der 5. Landtag Brandenburg dem Gesetz gegenüber eine gänzlich andere, ablehnende Haltung einnehmen könnte, sind nicht vorhanden. Die von den Kollegen der FDP vorgebrachten Argumente gegen das Gesetz erbringen auch keine überraschenden, neuen inhaltlichen Argumente, sondern sind ausschließlich formaler, ja formalistischer Natur.

(Beifall GRÜNE/B90 und SPD)

Dass verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine Einbringung des Gesetzentwurfs durch den Präsidenten bestehen sollen, verwundert. Dies ist seit 1990 unbeanstandete Praxis. Im Übrigen wurde im Vorfeld - das ist hier mehrfach betont worden - das Angebot unterbreitet, den Gesetzentwurf gemeinsam durch die parlamentarischen Geschäftsführer einzubringen, um sämtliche bestehende Bedenken auszuräumen. Auf dieses Angebot sind Sie nicht eingegangen.

Wir sehen weder inhaltlich noch formal schwere Bedenken und werden dem Brandenburgischen Ausfertigungs- und Verkündungsgesetz in der vorliegenden Form zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90 und SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete. - Das Wort erhält für die Landesregierung Minister Dr. Schöneburg.

Minister der Justiz Dr. Schöneburg:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte mir natürlich nicht träumen lassen, dass meine Jungferrede im Zusammenhang steht mit einem, wie ich finde, sehr guten Gesetzgebungsvorhaben, das im Wesentlichen die Handschrift meiner Vorgängerin trägt. Ich will versuchen, hier Sachlichkeit hineinzubringen. Es geht letztendlich um die Interessen des Landes Brandenburg, um ein widerspruchsfreies Gesetzgebungsverfahren, das es uns ermöglicht, uns zukünftig auf rechtssicherem Boden zu bewegen. Ich begrüße die neue Einbringung des Brandenburgischen Ausfertigungs- und Verkündungsgesetzes ausdrücklich und will dazu vier Anmerkungen machen.

Der Präsident des Landtages und die verschiedenen Sprecher der Fraktionen haben ausgeführt, dass in unterschiedlicher Qualität rechtliche Unsicherheiten mit dem alten, verabschie-

deten Gesetz verbunden sind. Ich würde nicht so weit gehen wie der Sprecher der CDU, der von Nichtigkeit gesprochen hat. Aber es sind die rechtlichen Unsicherheiten gegeben. Die sind in der Begründung des neu eingebrachten Entwurfs auch ausgeführt worden und basieren auf der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die aber nicht deckungsgleich ist mit dem Sachverhalt, den wir hier haben. Aber es ist einfach wichtig, diese rechtlichen Unsicherheiten durch einen Neuerlass aus dem Weg zu räumen. Noch dazu haben wir im Moment die Situation, dass bis zu einem Neuerlass das bisherige Brandenburgische Ausfertigungs- und Verkündungsgesetz für die Landesverwaltung maßgeblich und bindend ist. Der Landesregierung steht es nicht zu, dieses vom Landtag verabschiedete Gesetz von sich aus infrage zu stellen und von seinen Vorschriften abzuweichen. Dementsprechend hat die Landesregierung die technischen Möglichkeiten für die elektronische Ausfertigung und Verkündung bereits geschaffen. Am 6. November ist die elektronische Verkündungsplattform des Landes in Betrieb genommen und zugleich sind die ersten Verordnungen veröffentlicht worden. Insofern ist es dringend geboten, dass wir zu einer Lösung kommen, und ich appelliere daran, dass wir zu einer sachgerechten Lösung kommen.

Bei aller berechtigten Diskussion um das Problem der Verkündung - darauf habe ich schon Bezug genommen -: Ich will noch einmal ausdrücklich betonen, dass dieses Gesetz inhaltlich ein riesengroßer Fortschritt für das Land Brandenburg ist. Meine Vorrednerin hat das in ausgezeichnete Form dargestellt. Wir eröffnen neue Möglichkeiten, an die Gesetzestexte heranzukommen. Wir flankieren dies mit Maßnahmen wie der Möglichkeit einer Bestellung in Papierform oder der Einsichtnahme bei Amtsgerichten oder in Bibliotheken, sodass auch Menschen, die den Umgang mit den neuen Medien nicht pflegen, Zugang zu den Gesetzestexten haben. Diesem Bedürfnis ist ausreichend Rechnung getragen worden.

Ich sehe, dass dieses Gesetz große Einsparmöglichkeiten bringt; denn es bedeutet eine Vereinfachung und einen schnelleren Zugriff auf die Gesetzestexte. Ich sehe dieses Vorhaben auch im Kontext der weiteren Effektivierung der Arbeit der Landes- und der Landtagsverwaltung. Wir sind ja dabei, mit verschiedenen Programmen das Gesetzgebungsverfahren insgesamt auf eine elektronische Basis zu stellen. Darin ordnet sich das vorliegende Gesetz ein. Von daher: Ich kann nur empfehlen, das Gesetz so schnell wie möglich zu verabschieden.

Zu dem zweiten verfassungsrechtlichen Streit möchte ich nicht im Detail Stellung nehmen.

(Eichelbaum [CDU]: Das ist aber das wichtigste!)

Ich nehme dazu Stellung, aber nicht im Detail. Ich finde schon - im Gegensatz zu manch anderen Aussagen -, dass Formalien wichtig sind.

(Einzelbeifall)

Es hat etwas mit Rechtssicherheit zu tun, dass man auf Formalien insistiert. Das Problem, über das sehr emotionsgeladen diskutiert worden ist, lässt sich an der Stellung des Landtagspräsidenten als Organ und seiner Position als Abgeordneter festmachen; das ist ja der Widerspruch, der thematisiert worden ist. Das Problem ist nicht so einfach vom Tisch zu wischen, es lässt sich in zweierlei Richtungen - je nachdem, welcher

Auffassung man sich anschließt - lösen. Deswegen noch einmal mein Appell, schnell eine Lösung zu finden, damit wir das Gesetz verabschieden können und den rechtsunsicheren Raum nicht weiter ausdehnen. Danach kann die Debatte geführt werden, inwieweit die Geschäftsordnung und die Landesverfassung in Einklang stehen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Ich beende damit die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der Drucksache 5/29. Wer diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Mehrheitlich ist für den Gesetzentwurf gestimmt worden. Das Gesetz ist damit in der 1. Lesung angenommen worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 5/31

1. Lesung

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen, sodass wir gleich zur Abstimmung kommen. Das Präsidium empfiehlt die

Überweisung des Gesetzentwurfs in der Drucksache 5/31 an den noch einzusetzenden Hauptausschuss. Wer dazu seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig ist diese Überweisung erfolgt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Wahl eines Mitgliedes des Präsidiums

Antrag mit Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD

Drucksache 5/50

Auch hier wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Wir kommen damit zur Abstimmung. Der Antrag bezieht sich auf die Wahl des Abgeordneten Dr. Dietmar Woidke zum Mitglied des Präsidiums. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist Herr Abgeordneter Dr. Woidke als Mitglied des Präsidiums gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, DIE LINKE und vereinzelt GRÜNE/B90)

Sehr verehrte Damen und Herren! Ich schließe die Landtagssitzung für den heutigen Tag und mache Sie darauf aufmerksam, dass um 16 Uhr der Festakt in der Nikolaikirche beginnt.

Ende der Sitzung: 14.55 Uhr

Anlage

Gefasster Beschluss

Zum TOP 4:**Wahl eines Mitgliedes des Präsidiums**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 3. Sitzung am 18. November 2009 für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Dietmar Woidke als Mitglied des Präsidiums gewählt.